

Verein
für
Kommunalwissenschaften e.V.



Aktuelle Beiträge
zur Kinder- und Jugendhilfe 28

3. Berliner Diskurs zur Jugendhilfe

Kindertagesbetreuung - eine Investition, die sich lohnt!

Dokumentation des Diskurses
am 20. November 2000
in Berlin

Verein für Kommunalwissenschaften e.V.
Straße des 17. Juni 112 · D-10623 Berlin · Telefon 030 39001-0 · Telefax 030 39001-100

Fachtagungen Jugendhilfe
Telefon 030 39001-136 · Telefax 030 39001-146 · e-mail: agfj@vfk.de · Internet: www.vfk.de/agfj

Dieser Diskurs wurde aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Impressum:

Herausgeber:

Verein für Kommunalwissenschaften e.V.

Ernst-Reuter-Haus · Straße des 17. Juni 112 · 10623 Berlin

Postfach 12 03 21 · 10593 Berlin

Redaktion, Satz und Layout:

Roland Kühne

Fritz-Kirsch-Zeile 24

12459 Berlin

Herstellung:

Verein für Kommunalwissenschaften e.V.

Berlin 2001

Hinweise zur Online-Ausgabe:

Der vorliegende Tagungsband wird vom Verein für Kommunalwissenschaften e.V. nicht mehr als Druckfassung aufgelegt. Seit Januar 2005 besteht die Möglichkeit, die Fachbeiträge und Diskussionen aus dem Internet herunter zu laden. Die Texte sind schreibgeschützt.

Inhaltsverzeichnis	Seite
Vorwort	5
KERSTIN LANDUA <i>Leiterin der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe des Vereins für Kommunalwissenschaften e. V., Berlin</i>	
Die Tagesbetreuung von Kindern - ein Thema nicht nur für die Jugendhilfe - Grußwort an den 3. Berliner Diskurs	7
MINISTERIALRAT DR. REINHARD WIESNER <i>Leiter des Referates Kinder- und Jugendhilferecht im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bonn</i>	
<u>Thema I mit offener Diskussion:</u>	
Wie wachsen Kinder heute in Deutschland auf? Was brauchen Kinder? Was brauchen wir (später) von ihnen?	11
PROF. DR. DR. DR. WASSILIOS E. FTHENAKIS <i>Direktor des Bayerischen Staatsinstitutes für Frühpädagogik, München</i>	
<u>Thema II mit offener Diskussion:</u>	
Kindertagesbetreuung - kommunale Lust oder kommunale Last? Drei Statements aus der Kommunalpolitik	37
LUTZ HERRMANN <i>Beigeordneter der Stadt Schwedt/Oder, Brandenburg, Geschäftsbereich Kultur, Bildung, Sport, Jugend, Soziales und Bürgerangelegenheiten</i> REINHARD MACH <i>1. Beigeordneter des Landkreises Ludwigslust, Mecklenburg-Vorpommern</i> ANNEGRET BOMMELMANN <i>Bürgermeisterin, Dezernentin für Soziales, Jugend, Gesundheit, Wohnen, Schule und Sport der Landeshauptstadt Kiel</i>	
<u>Thema III mit offener Diskussion:</u>	
Qualität in der Kindertagesbetreuung - nur eine Frage des Geldes? Drei Statements aus der Praxis	63
CYNTHIA FAHLAND <i>Leiterin der Kindertagesstätte „Waldblick I“ der Stadt Halberstadt, Sachsen-Anhalt</i> BARBARA BÜTOW <i>Geschäftsführerin des Berliner Institutes für Kleinkindpädagogik e. V. (BIK)</i> DR. RAINER STRÄTZ <i>Stellvertretender Leiter des Sozialpädagogischen Institutes Nordrhein-Westfalen - Landesinstitut für Kinder, Jugend und Familie, Köln</i>	

Abschlussdiskussion:

Zur weiteren Perspektive

83

MODERATION: MINISTERIALRAT DR. REINHARD WIESNER

Leiter des Referates Kinder- und Jugendhilferecht

im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Diskurses

93

Literaturhinweise

98

Vorwort

Dass Kindertagesbetreuung eine Investition ist, die sich lohnt, und dass ein „Nur-Aufbewahren“ von Kindern in Tageseinrichtungen nicht reicht, ist eigentlich ein Allgemeinplatz. Den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz gibt es seit 1996. Wie dieser gesetzliche Anspruch jedoch erfüllt wird, liegt allein im Ermessen der kommunalen Jugendämter. Darin ist auch der Grund dafür zu suchen, warum gerade in letzter Zeit unter dem Blickwinkel von Ressourcenorientierung bei knapper werdenden Kassen die Diskussion um Kosten, Quantität und Qualität von Kindertagesbetreuung wieder neu entbrannt ist.

Diese Zusammenhänge waren Ausgangspunkt für den 3. Berliner Diskurs zur Jugendhilfe, zu dem parlamentarische Vertreterinnen und Vertreter, Vertreterinnen und Vertreter der Kommunalen Spitzenverbände und der freien Wohlfahrtspflege, die Vorsitzenden der Landesjugendhilfeausschüsse sowie Einzelpersonlichkeiten der Jugendhilfe eingeladen waren, gemeinsam darüber zu diskutieren: Wie wichtig sind uns Kindertageseinrichtungen? Welchen Qualitätsansprüchen müssen sie genügen? Was können Kommunen leisten? Was müssen Kommunen leisten?

Betreuung, Bildung, Erziehung und Versorgung von Kindern kann auf verschiedene Art und Weise und in unterschiedlicher Qualität gewährleistet werden. Um jedoch Klarheit darüber zu erlangen, welchen aktuellen Anforderungen Kindertagesbetreuung gerecht werden sollte und was Kommunen realistischerweise leisten können, wurde zu Beginn des Diskurses eine Bestandsaufnahme der Situation in der Bundesrepublik Deutschland aus wissenschaftlicher Perspektive gemacht. Prof. Dr. Dr. Dr. Fthenakis wies in seinem einführenden Beitrag eindringlich darauf hin, dass insbesondere dem Bildungsaspekt in der Kindertagesbetreuung eine höhere Bedeutung als bisher zugemessen werden muss, um den Anforderungen der Postmoderne gerecht werden zu können. Dies bedeutet auch, wie mehrmals in Statements und Diskussionsrunden betont wurde, dass eine kontinuierliche Fortbildung von Erzieherinnen und Erziehern ein wesentlicher Garant für qualitätsgerechte Kindertagesbetreuung sei und lebenslanges Lernen eben nicht „nur“ für die Kinder, sondern auch für die sie betreuenden Erwachsenen gelte. Hierfür müsse eine Aufgeschlossenheit und nachhaltige Motivation geschaffen werden.

Während des Diskurses wurde zugleich deutlich, mit welchen unterschiedlichen Problemen sich Landkreise gegenüber Städten auseinandersetzen müssen und aus welchen Gründen es erforderlich ist, diese Unterschiede zu reduzieren. Dass die Diskussion um Struktur und Qualität von Kindertagesbetreuung eine nicht nur von den Eltern, sondern auch den politisch Verantwortlichen oftmals heftig geführte gesellschaftspolitische Auseinandersetzung sein kann, wurde mehrmals hervorgehoben. Es wurde auf das Problem hingewiesen, dass die Verantwortung für die Angebotsstruktur der Kindertagesbetreuung immer weiter nach unten delegiert wird, aber Quantität und Qualität der Angebote nicht von den Zufällen kommunaler Politik abhängen dürften, sondern auf Länder- und Bundesebene diskutiert werden müssten. Dass Kindertages-

betreuung letztlich nicht ausschließlich eine Frage des Geldes ist, wurde im dritten Block des Diskurses erörtert. So stellte zum Beispiel Dr. Rainer Strätz in seinem Statement die Frage, was eigentlich mit der Sicht der Kinder ist, wenn es um die Qualität von Kindertagesbetreuung geht.

In der abschließenden Plenardiskussion wurden Anregungen und Empfehlungen ausgesprochen, in welche Richtung sich eine im Umbruch befindliche Kindertagesbetreuung entwickeln sollte. Es wurde resümiert, ein Umbruch im Denken mancherorts und ein verstärkter Wille zur Kooperation wären bereits ein Anfang, den „blinden Fleck“ zu beseitigen, über den in dieser Ausgabe noch zu lesen sein wird.

Denjenigen, die der Einladung des Vereins für Kommunalwissenschaften e. V. folgten sowie allen Referentinnen und Referenten sei an dieser Stelle für ihre engagierten Beiträge und produktiven Anregungen ebenso herzlich gedankt wie Barbara Bütow, Lothar Burghoff, Dorothee Engelhard, Inge Kallenberger, Hartmut Schulz und Dr. Reinhard Wiesner, die an der Vorbereitung dieser Veranstaltung mitwirkten.

KERSTIN LANDUA

*Leiterin der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe
des Vereins für Kommunalwissenschaften e. V., Berlin*

Folgende Fragen standen als Leitlinien im Mittelpunkt der Diskussion:

- Kindertagesbetreuung - ein Förderinstrument zur qualitätsgerechten Erziehung und Bildung von Kindern oder eher familienpolitische Maßnahme zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf?
- Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen von Anfang an? Gibt es „die bessere Alternative“ - Krippe, Kita oder Tagespflege?
- Betreuen die Tageseinrichtungen die „richtigen Kinder“? Garantiert ein ausreichendes Angebot an Kindertagesbetreuung mittelfristig einen Rückgang an „Hilfen zur Erziehung“?
- Erziehungspartnerschaft oder Elternwünsche gegen Professionalität der Erzieherinnen und Erzieher?
- Muss die Jugendhilfe auch Schulkinder betreuen oder ist dies die Aufgabe der Schule?
- Wie hoch ist der Stellenwert der Kitas in der kommunalen Daseinsfürsorge?
- Kosten-Leistungsrechnung versus Kindeswohl? Wird der pädagogische Inhalt den Kosten geopfert?
- Fressen die Kosten für Tageseinrichtungen die Jugendhilfebudgets auf?
- Träger- oder Elternförderung - Wie praktikabel sind neue Modelle der Finanzierung wie zum Beispiel die Kita-Card in Hamburg oder das Gutscheinmodell der Universität Bochum?
- Aufsichtsbehörden (Landesjugendamt, Jugendamt, Finanzamt) versus Flexibilität, sind neue Wege zu beschreiten?
- Personalauswahl und Curricula 2010 - welchen neuen Fortbildungsbedarf gibt es?

Die Tagesbetreuung von Kindern - ein Thema nicht nur für die Jugendhilfe - Grußwort an den 3. Berliner Diskurs

MINISTERIALRAT DR. REINHARD WIESNER

Leiter des Referates Kinder- und Jugendhilferecht

im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu Beginn des Diskurses möchte ich die Gelegenheit nutzen, einige einführende Bemerkungen zum Thema zu machen. Mit diesem Diskurs wird, wenn man so will, eine Tradition begründet; es ist in drei Jahren die dritte Veranstaltung zu zentralen Fragen der Kinder- und Jugendhilfe.

Zur finanziellen Dimension

Heute geht es erneut um eine bedeutsame kinder- und jugendpolitische, ja sogar um eine gesellschaftspolitische Fragestellung. Schon vom Volumen her ist die Tagesbetreuung von Kindern heutzutage **der zentrale Ausgabenblock der Kinder- und Jugendhilfe**. So entfielen im Jahr 1999 von den gesamten Ausgaben der öffentlichen Jugendhilfe in Höhe von 35,4 Milliarden DM allein 19,5 Milliarden DM auf die Tagesbetreuung von Kindern. Bundesweit betrachtet geben Jugendämter etwa zwei Drittel ihres Etats für dieses Aufgabenfeld aus. Örtlich und regional können die Anteile sogar noch höher liegen.

Damit hat die Tagesbetreuung von Kindern andere Aufgabenfelder, wie etwa den Bereich der Heimerziehung, der traditionell als sehr kostenträchtig gilt, längst hinter sich gelassen. Allein schon aus dieser finanziellen Dimension ergeben sich natürlich Fragen nach der Finanzierung, nach der Verteilung der Belastung zwischen den Kommunen, den Ländern, den Einrichtungsträgern und natürlich auch den Eltern. Ich erinnere an den jüngsten politischen Vorstoß im Saarland, wo man den Zugang zu Tageseinrichtungen jedenfalls in der letzten Jahrgangsstufe kostenfrei gestalten will, was die politischen Repräsentanten der anderen Bundesländer eher nicht erfreut hat, weil die anderen Bundesländer im Rahmen des Länderfinanzausgleichs den Alleingang des Saarlandes mit finanzieren müssten.

Unterschiedliche Ausgangsbedingungen in Ost und West

Aufgrund unterschiedlicher gesellschaftspolitischer Weichenstellungen in Ost- und Westdeutschland haben wir im Bereich der Tagesbetreuung auch **unterschiedliche Ausgangslagen** vor uns. Aufgrund der gesellschaftspolitischen Situation in den neuen

Bundesländern beziehungsweise schon in der DDR gab es dort ein flächendeckendes Angebot. Im Augenblick ist die Jugendhilfe dort eher mit der Frage konfrontiert, wie sie dieses Angebot aufgrund der Geburtenentwicklung zurückfahren muss. Ganz anders stellt sich die Entwicklung in den alten Bundesländern dar, wo aufgrund anderer gesellschaftspolitischer Grundlagen die Tagesbetreuung in den 60er und 70er Jahren einen geringeren Rang eingenommen hatte.

Der stetige Ausbau, den die Tagesbetreuung nun in den vergangenen Jahren in den westlichen Bundesländern erfahren hat, ist nicht zuletzt das **Ergebnis eines tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels**. Ich will dafür nur einige Stichworte kurz benennen:

- veränderte Lebensentwürfe von Frauen, die traditionell für Erziehung zuständig waren oder sind, bei gleichzeitig im Wesentlichen unveränderten Lebensentwürfen von Männern, was wir natürlich alle nur - mich eingeschlossen - bedauern können,
- das Verschwinden natürlicher Spiel- und Erfahrungsräume von Kindern in ihrem Wohnumfeld,
- die „Vereinzelung“ von Familien,
- der Rückgang der Kinderzahl in den einzelnen Familien; immer mehr Kinder wachsen als Einzelkinder auf; sie können Geschwistersolidarität und Geschwisterrivalität nicht mehr erleben,
- das zunehmende Interesse der Eltern, Kindern möglichst optimale Bildungschancen als Voraussetzung für eine gesellschaftliche Integration zu eröffnen.

Tagesbetreuung von Kindern im Schnittpunkt unterschiedlicher gesellschaftspolitischer Interessen

Die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen ist in unserem tief gegliederten Förderungs- und Sozialleistungssystem der Kinder- und Jugendhilfe zugewiesen. Das ist nicht selbstverständlich. Wenn wir uns in anderen Ländern umschaun, dann ist die Tagesbetreuung dort organisatorisch und politisch auch anderes verortet. Konsequenterweise heißt es in § 22 SGB VIII, dass die Aufgabe der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen drei Aspekte umfasst: Betreuung, Bildung und Erziehung - mit dem Ziel, die Entwicklung von Kindern zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten zu fördern.

Trotz dieser Verortung der Tagesbetreuung im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass etwa der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz im Jahre 1992 nicht als kinder- und jugendpolitisches Ziel realisiert worden ist, sondern als flankierende Maßnahme bei der Neuregelung des Rechts des Schwangerschaftsabbruchs. Und auch heute wird der weitere Ausbau der Tagesbetreuung von Kindern fast ausschließlich aus dem Blickwinkel der Erwachsenen, nämlich ihrem

Interesse an einer besseren Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie, diskutiert. So legitim diese Interessen Erwachsener zweifellos sind und so sehr gerade Männer und Väter aufgefordert sind, bei der Lösung dieses Konflikts die Frauen und Mütter nicht allein zu lassen, so sehr irritiert mich, dass dabei die **Rechte, Interessen und Bedürfnisse von Kindern kaum thematisiert** werden, und das in einer Zeit, in der ständig und überall von Kinderrechten sowie Anwälten von Kindern die Rede ist. Worauf es mir ankommt, ist deutlich zu machen, dass Kinder- und Elterninteressen nicht zwangsläufig übereinstimmen müssen. Ich persönlich fände es schade, wenn der Ausbau von Tageseinrichtungen die einzige Antwort auf die Frage wäre, wie Familie und Beruf besser miteinander vereinbart werden können. Hier bedarf es meiner Meinung nach nicht nur entsprechender politischer und rechtlicher Rahmenbedingungen, sondern auch gesellschaftlicher Leitbilder, die auch die Verfügbarkeit und die Bedeutung der Eltern für ihre Kinder betonen.

Tagesbetreuung ist mehr als die Versorgung von Kindern

Aber auch der Ausbau und die Qualität von Tageseinrichtungen selbst muss sich an den Interessen und Bedürfnissen von Kindern orientieren und darf nicht auf quantitative Aspekte und Versorgungsaspekte begrenzt bleiben. Schließlich müssen Tageseinrichtungen ihren Auftrag als Eltern unterstützende und ergänzende Einrichtungen ansehen. Dies kann nur gelingen, wenn Mütter und Väter als primär für die Erziehung verantwortliche Personen auch im Bereich der Tagesbetreuung akzeptiert und gefordert werden, wenn sie einbezogen werden in die Gestaltung des Erziehungsalltags. Ich halte deshalb die **Zusammenarbeit mit den Eltern für ein zentrales Qualitätsmerkmal** bei der fachlichen Entwicklung von Tageseinrichtungen.

Freilich muss ich auch einräumen, dass Tageseinrichtungen für Kinder in belastenden und belasteten Familiensituationen auch kompensatorische Aufgaben haben, ohne damit die elterliche Erziehung als solche ersetzen zu können. Für die Erzieherinnen - Erzieher sind leider die Ausnahme, was übrigens ein deutliches Zeichen für die geringe gesellschaftliche Reputation für diese wichtige Aufgabe ist - erwachsen daraus hohe Anforderungen, auf alle Kinder in einer Gruppe möglichst individuell eingehen zu können, auf Kinder, die von ihren Eltern überbehütet, und solche, die von ihren Eltern vernachlässigt werden, Kinder, die zart besaitet, und Kinder, die dominant und aggressiv sind, Kinder, die aus Ausländer- oder Aussiedlerfamilien kommen und kaum deutsch sprechen, Kinder mit Behinderungen, die gemeinsam mit nicht behinderten Kindern betreut werden, Kinder, die unter dem Partnerschaftskonflikt ihrer Eltern leiden.

Angesichts der steigenden Ansprüche, die an die Einrichtungen und ihre Fachkräfte gestellt werden, gilt es, die Qualität des Angebots laufend zu verbessern. Voraussetzung dafür ist ein umfassendes Instrumentarium zur Feststellung der Qualität - zuallererst der Faktoren, die die Qualität ausmachen -, ihrer Sicherung sowie ihrer Weiterentwicklung. Ich darf in diesem Zusammenhang auf die **nationale Qualitätsinitiative im System der Tageseinrichtungen für Kinder** hinweisen, einem bundesweiten Projekt-

verbund, der sich mit der Entwicklung von Kriterien zur Erfassung der pädagogischen Qualität in Tageseinrichtungen befasst. Eines der fünf Teilprojekte, die länder- und trägerübergreifend durchgeführt werden, steht unter der Leitung von Herrn Professor Fthenakis, der in seinem Beitrag vielleicht auf diesen Aspekt noch einmal näher eingehen wird.

Fragestellungen für diesen Diskurs

Das Thema des 3. Berliner Diskurses ist mit einem Ausrufezeichen benannt. Nun denke ich, dass der Diskurs nicht nur die Aufgabe haben wird, dieses Ausrufezeichen im Sinn von Akklamation zu betonen. Denn wenn man sich das Programm näher betrachtet, wird man erkennen, dass das Hauptthema des Diskurses mit dem Ausrufezeichen mit mehreren Fragen unterfüttert ist, so zum Beispiel:

- Wie wichtig sind uns Kindertageseinrichtungen?
- Welchen Qualitätsansprüchen müssen sie genügen?
- Was können sich Kommunen leisten, was müssen Kommunen leisten?

Es ließen sich mühelos weitere Fragen anschließen, die sicher im Laufe des Diskurses eingebracht werden.

Kinder sind nicht nur ein knappes Gut in unserem Land geworden, sie sind die Zukunftsressource schlechthin. Ein Staat, der auf die Zukunft hin plant und agiert, muss daher zuallererst dafür Sorge tragen, dass die Erziehung dieser, unserer Kinder gesichert und ihre gesellschaftliche Integration gefördert wird. In diesem Sinne wollen wir das Thema „Tagesbetreuung von Kindern“ unter gesellschaftspolitischen, fachlichen und finanziellen Aspekten diskutieren.

Bevor ich zum ersten Thema überleite, möchte ich der Vorbereitungsgruppe für die Erarbeitung des Tagungskonzepts recht herzlich danken. Mein Dank gilt wie immer auch der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe des Vereins für Kommunalwissenschaften e. V. für die Planung und Durchführung dieses Diskurses.

Thema I mit offener Diskussion:

Wie wachsen Kinder heute in Deutschland auf? Was brauchen Kinder? Was brauchen wir (später) von ihnen?

MODERATION: MINISTERIALRAT DR. REINHARD WIESNER
*Leiter des Referates Kinder- und Jugendhilferecht
im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*

STATEMENT:¹

PROF. DR. DR. DR. WASSILIOS E. FTHENAKIS
Direktor des Bayerischen Staatsinstituts für Frühpädagogik, München

Ministerialrat Dr. Reinhard Wiesner: Im ersten Komplex des Diskurses wollen wir Fragen mit einer gesellschaftspolitischen Dimension erörtern. Dazu möchte ich Herrn Prof. Dr. Dr. Dr. Fthenakis ganz herzlich begrüßen. Aufgrund jahrzehntelanger wissenschaftlicher Tätigkeit im Bereich der Frühpädagogik und Familienforschung gehört er zu den national und international anerkannten Experten, von dem sich unter anderem Bundes- und Landesregierungen unterschiedlicher Couleur gern Rat holen. Ich möchte Herrn Prof. Fthenakis um seinen Vortrag bitten.

Statement

Prof. Dr. Dr. Dr. Wassilios E. Fthenakis: Meine Aufgabe sehe ich darin, in aller Kürze Aspekte der Debatte zu erörtern, die wir seit geraumer Zeit in Bezug auf eine zeitgemäße Erziehung und Bildung unserer Kinder führen. Mein Standpunkt, um das vorweg zu sagen, ist ein postmodernistischer und - wenn man so will - ein sozialkonstruktivistischer Standpunkt. Was bedeutet das? Es bedeutet, dass Bildungskonzepte soziale Konstruktionen sind, die nur solange gelten, bis sich die sozialen Rahmenbedingungen verändert haben. Wenn sich der Kontext verändert, müssen sich die Systeme anpassen, auch das Bildungssystem.

Wir haben gegenwärtig die große Aufgabe vor uns, den riesigen Transformationsprozess von der Philosophie der Moderne zur Philosophie der Postmoderne erfolgreich zu bewältigen. Was ist damit gemeint? Die Moderne geht davon aus, dass im Wesentlichen die Welt, wie sie real existiert, mit allgemeinen Regeln erfassbar ist und allgemeine Grundsätze genutzt werden können, um diese Welt zu ordnen. Wir haben es mit einem linearen Fortschritt zu tun und damit, dass das Finden der Wahrheit in einer grundsätzlich verständlichen Welt mit Hilfe einer objektiv etablierten Wissenschaft möglich ist. Das ist kurz und knapp die Philosophie der Moderne. Ich will das an die-

¹ vom Verein für Kommunalwissenschaften e. V. redigierte Tonbandabschrift

ser Stelle schon deshalb nicht vertiefen, weil diese Philosophie bekannt ist, die von den französischen Grundsätzen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ausgeht, auf deren Grundlage in der Nachkriegszeit die Institutionen, ja sogar die philosophischen und politischen Konzepte größtenteils aufgebaut wurden.

Nun stellen wir fest, dass diese Zeit vorbei ist und statt dessen die Zeit der Postmoderne angebrochen ist, die als Ausgangspunkt moderner politischer Überlegungen akzeptiert wird. Die Postmoderne geht von einer selbstverständlichen Akzeptanz einer Komplexität und Pluralität der Gesellschaft aus, die wiederum als konstitutives Element für die Weltordnung betrachtet wird. Das Projekt der Postmoderne anerkennt die Unsicherheit, die Komplexität, die Diversität, die Nichtlinearität, die Subjektivität dieser Welt sowie die unterschiedlichen Perspektiven, auch zeitliche und räumliche Besonderheiten. Ein absolutes Wissen, eine objektive Realität, die nur darauf wartet, entdeckt zu werden, wird zunehmend in Frage gestellt. Es gibt keine universellen Gesetzmäßigkeiten oder Erfahrungen. Das macht die Aufgabe der Politik dann sehr schwierig, mit uniformen und einheitlichen Konzepten diese pluralen Werte beschreiben zu wollen.

Die Welt und unser Wissen über diese wird sozial konstruiert; das ist ein Prozess, an dem wir alle mitwirken. Aus diesem Grunde ist auch Wissen und dessen Konstruktion stets kontextspezifisch und niemals wertfrei. In Bezug auf die Jugendhilfe bedeutet das: Wir haben die Aufgabe, die Jugendhilfe aus der gewährenden Philosophie eines Leistungsangebotes in eine dialogisch-partizipatorische, auf Komplexität und Pluralität ausgerichtete Strategie mit kokonstruktiven Aspekten überzuführen. Das heißt: Die Empfänger sind nicht mehr Empfänger im wahrsten Sinne des Wortes, sondern Kokonstrukteure einer Entwicklung. Mit eigenen Beiträgen tragen sie Verantwortung und wirken dabei mit, ein demokratischeres System der Jugendhilfe einzuführen.

Die postmoderne Welt besteht aus vielen perspektivischen Realitäten; das Individuum wird als im Kontext handelndes und demnach nicht davon unabhängiges Individuum betrachtet. Das Verhältnis zur Wissenschaft wird relativiert und die Wissenschaft ist nicht mehr der „Philosophenkönig“, der zu verkünden hat, was in der Welt passiert, sondern sie ist eine der Perspektiven in der sozialen Konstruktion.

Wenn wir diesen Standpunkt einnehmen, dann haben wir schon Grund genug, die Frage aufzuwerfen, ob unsere Systeme - und insbesondere das Erziehungs- und Bildungssystem unseres Landes - noch zeitgemäß sind.

Es gibt kontextuelle Veränderungen im Makrosystem. Wenn man die Bildungssysteme in den europäischen Ländern, in besonderer Weise in der Bundesrepublik Deutschland, nach dem Zweiten Weltkrieg überprüft, dann wird man feststellen, dass diese Systeme der Philosophie des Nationalstaates gefolgt sind. Das freilich ist völlig in Ordnung, solange es diese Nationalstaaten wirklich gibt. Und diese Philosophie besagt, dass man die Sicherheit des Nationalstaates nicht nur durch Maßnahmen des Innenministers, sondern vor allem des Familien- und des Bildungsministers erreichen

kann, indem man die Familie als die Keimzelle der Gesellschaft hochstilisiert und dem Bildungssystem die Aufgabe überträgt, die Muttersprache und deren Dominanz zu sichern sowie die Stärkung der elterlichen Autonomie bezüglich ihrer Kinder zu fördern.

Wenn wir jedoch heute - zu Beginn des 21. Jahrhunderts die europäische Realität betrachten, dann werden wir erkennen, dass es diesen Staat in der beschriebenen Form nicht mehr gibt. Die Lebens- und Arbeitsräume unserer Kinder haben sich erweitert. Die Frage ist, ob wir mit dem rein national ausgerichteten Bildungscurriculum weiterkommen werden.

Meine Antwort auf diese Frage ist klar: Wir müssen das Curriculum öffnen, wir müssen Lernprozesse internationalisieren. Das steht nicht im Gegensatz zu einer nach wie vor gesunden, nationalen sowie kulturellen Identität, sondern erweitert und bereichert diese. Insofern werden die Bildungscurricula eine kulturelle Aufgeschlossenheit und eine linguale Kompetenz als neue Dimensionen aufweisen müssen, wenn wir wollen, dass unsere Kinder die Konkurrenz mit den anderen bestehen. Hinzu kommt, dass wir uns im Übergang in die Wissensgesellschaft befinden. Das hat eine Studie aus dem Bundesministerium für Bildung und Forschung sehr anschaulich gemacht. Diese DELPHI-Studie hat sehr exemplarisch die Konsequenzen aufgezeigt, die sich für das Bildungssystem in diesem Land nicht nur für den vorschulischen Bereich, sondern für das gesamte Bildungssystem ergeben.

Die **Konsequenzen** sind aus meiner Sicht drei:

1. Das Wissen und der Wissensvermittlungsprozess sowie der Wert von Wissen als solcher werden relativiert. Die Wissensinhalte werden erweitert; sie umfassen nicht nur das klassische Wissensrepertoire, sondern sie umfassen Kognitionen, Emotionen, Kompetenzen, die in eine völlig andere Richtung gehen.
2. Anstelle der Dominanz der Wissensvermittlung tritt die lernmethodische Kompetenz. Was heißt das? Man wird dem Kind beibringen, wie man lernt, wie man Wissen organisiert und verwaltet, wie man es bewertet, wie generell mit Wissensbeständen umgegangen werden soll.
3. Der meiner Meinung nach wichtigste Bereich sind die Metakompetenzen. Das heißt, in einem modernen Bildungssystem wird man nicht mehr ohne diese auskommen können. Von Anfang an müssen die Grundkompetenzen eines Kindes gestärkt werden, weil diese die Grundlage für lebenslang andauernde Lernprozesse bilden. Diese Grundkompetenzen stellen auch die Grundlage dafür dar, dass Kinder und Jugendliche in einer sich so rapide verändernden Welt, in einer Zeit, in der sich das Wissen so schnell vermehrt, in der Lage sind, ihre individuelle Entwicklung, den Umgang mit dem Wissen sowie die soziale Verortung zu gewährleisten.

Diese drei Aspekte allein reichen aus, um eine gründliche Revision des Bildungskonzeptes vornehmen zu müssen. Unter Experten ist bekannt: Diese Grundkompetenzen entwickeln sich nicht erst mit sechs Jahren, sondern von Geburt an. Es macht keinen

Sinn, eine Bildungskonzeption für die Schule zu reservieren, sondern es macht sehr viel Sinn, ein Bildungskonzept unmittelbar mit der Geburt eines Kindes anzuwenden.

In Deutschland haben wir nicht nur Veränderungen im Makrobereich, sondern wir haben guten Grund, auch kritisch darüber nachzudenken, ob es nicht in anderen Bereichen Anlässe gibt, die Angemessenheit unserer Konzepte zu überprüfen. Ich habe bislang nur den Bereich der gesellschaftlichen Veränderungen angedeutet. Aber es gibt eine Veränderung, die aus dem strukturellen Wandel der Wirtschaft resultiert. Betrachtet man die moderne Konzeption von Wirtschaft sowie die Anforderungen, die diese an das Individuum richtet, wird man erkennen, dass nicht mehr „nur“ Wissen verlangt wird. Von den Auszubildenden werden heute soziale Schlüsselqualifikationen erwartet wie Selbstwertgefühl, Teamfähigkeit, Empathiefähigkeit, das Vermögen, komplexe Situationen zu erkennen und darauf zu reagieren, Entscheidungsfähigkeit, Aufgeschlossenheit, Mobilität sowie linguale Kompetenz. Das bedeutet, dass die gesamte Ökonomie ihre Ansprüche an das Individuum qualitativ verändert hat und von diesem die beschriebenen Metakompetenzen verlangt.

Mit den Bildungscurricula wird gegenwärtig auf die Ausprägung sozialer Strukturen völlig unzureichend reagiert. Dr. Wiesner hat bereits darauf hingewiesen, dass die bisherigen Bildungskonzepte auf die kulturelle und soziale Diversität, auf die ökonomische Diversität dieses Landes lediglich „stumpfe Instrumente“ darstellen - mit der Konsequenz, dass die besonderen Bedürfnisse dieser Kinder aus verschiedenen sozialen Schichten nicht angemessen behandelt werden. Die Folgekosten sind hoch. Insofern wird eine große Aufgabe darin bestehen, das Bildungscurriculum zu hinterfragen, inwieweit es wirklich aus einer postmodernistischen Position heraus der kulturellen Diversität eines Landes gerecht wird und damit einhergehend den besonderen Bedürfnissen von Kindern, auch sozial schwachen Familien.

Ein weiterer Aspekt, auf den ich näher eingehen möchte, sind **familiäre Veränderungen**. Diese kann man in **drei Dimensionen** behandeln:

1. Strukturelle Veränderungen, die in den vergangenen Jahren stattgefunden haben. Wenn man die Indikatoren des strukturellen Wandels der Familien betrachtet, wird man in Deutschland keine neuen Phänomene entdecken. Aber zwei sind doch deshalb relevant, weil sie das strukturelle Bild des Landes in den 90er Jahren bestimmt haben. Wir wissen, dass das Problem der Kindergärten die wachsende Kinderlosigkeit ist. Das ist auch mit ökonomischem Denken verbunden.

Das Wichtigste aus meiner Sicht ist dabei die Veränderung, die sich mit vier Worten bezeichnen lässt: das Leben als Single. Denn das führt dazu, dass gegenwärtig eine starke Polarisierung im System stattfindet, die ein derartiges Ausmaß angenommen hat, dass es mich beunruhigt, dass die Politik das Problem noch nicht thematisiert und zum Inhalt politischer Konzepte gemacht hat. Denn wenn man den Anteil der Singles zum Anteil der Bevölkerung in Beziehung setzt, die Kinder haben, gleich welcher Struktur und welches Verhältnis sie untereinander aufweisen, so wird folgende Proportion deutlich: Sie beträgt bei den unter 35-Jährigen 40 zu 60 Prozent,

bei den unter 45-Jährigen 30 zu 70 Prozent. Die Wahrscheinlichkeit, dass sich das ändert, das heißt, dass noch Kinder hinzukommen werden, ist relativ gering.

Wichtig ist, dass gegenwärtig die gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen diese Entwicklung begünstigen und Menschen unter Druck setzen. Der andere Indikator dazu ist im Grunde genommen lediglich die steigende Scheidungsrate. Gegenwärtig werden 40 Prozent der Familien wieder geschieden. Knapp über 50 Prozent haben Kinder und ein Großteil dieser Kinder ist im Vorschulalter. Das höchste Plateau der Scheidungen liegt zu einem Zeitpunkt, wenn die Kinder drei bis fünf Jahre alt sind, das zweithöchste Plateau liegt zu einem Zeitpunkt, wenn die Kinder die Familie verlassen haben und Ehepartner allein auf sich angewiesen sind. Wir haben gegenwärtig keine hinreichenden Antworten, die uns helfen würden, angemessen darauf zu reagieren.

- 2. Qualitative Veränderungen im Zusammenhang mit den Singles.** Da wird die Frage gestellt, warum man überhaupt im Leben heiratet oder warum man eine Alternative unter Auslassung von vielen anderen wählt. Darauf wird man wohl auch für sich auf Anhieb keine rationelle Erklärung liefern können, es sei denn, nach 30 Jahren diese Entscheidung bedauern.

Aber im Wesentlichen sind es vier Alternativen, mit deren Hilfe sich erklären lässt, warum wir das tun. Das ältere Modell bis Mitte des 19. Jahrhunderts bestand darin, dass man heiratete, um Besitz rechtlich weiter zu sichern. Deshalb heirateten nur diejenigen, die über Besitz verfügten. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts mit der Errichtung des Nationalstaates hatte man die Familie als Institution entdeckt; man heiratete, um eine Familie zu gründen. Was die Betreffenden in der Familie erlebten, war zwar interessant, aber nicht primär in der Motivation. Deswegen waren die Systeme stabil.

Als im 20. Jahrhundert die Systeme zusammenbrachen und die Frage auftauchte, welchem System denn die Familie als Keimzelle der Gesellschaft zu dienen habe, kam - begleitet von anderen sozialpolitischen Veränderungen - das kindzentrierte Modell, dessen Zeugen und Produkte wir vielleicht alle sind. Aber seit 15 Jahren etabliert sich ein viertes Modell des Zusammenlebens. Das werden Sie bei den Singles präsent vorfinden. Dieses Modell besteht darin, dass individuell das Maximum an individuellem Glück in einer auf Dauer angelegten, qualitativ hochwertigen Beziehung erlebt wird.

- 3. Wissen Sie, was das politisch bedeutet?** Der Staat hatte immer Interesse, in die Familien hineinzuregieren, soziale Kontrolle auszuüben und die soziale Konstruktion von Elternrollen vorzugeben. Das zuständige Ministerium hatte uns eine Menge an staatlichen Familienhilfen und an Broschüren darüber beschert, wie wir uns als Eltern zu verhalten haben. Aber das soziale System verliert die Kontrolle. Denn was als individuelles Glück erlebt wird, werden weder die Eltern noch die Nachbarschaft und keineswegs der Staat zu bestimmen haben, sondern das ist das Ergebnis eines subjektiven Aushandlungsprozesses zwischen den beteiligten Part-

nern. Wenn dies nicht gelingt, dann wird die Struktur ausgetauscht; das Modell wird unter anderen strukturellen Bedingungen neu erprobt, das heißt, ein neuer Partner muss her.

Was bedeutet das für die Bildung unserer Kinder? Wenn eine Bildungskonzeption heute - und dabei sollte wir uns einig sein - nicht nur für den Beruf oder auf den Beruf hin vorbereiten soll, sondern auf das gesamte Leben, so muss die Frage lauten: Was können wir tun, um die Gesellschaft nicht in eine rücksichtslose, individualisierte Entwicklung gehen zu lassen. Es gibt aus meiner Sicht nur eine Antwort: Man muss den Jungen und Mädchen die Kompetenzen vermitteln, diesen Austauschprozess erfolgreich und in sozialer Verantwortung zu gestalten. Das ist eine riesige und völlig neue Aufgabe für das Bildungswesen, die aus einem ganz anderen Kontext resultiert, als er bisher ins Auge gefasst wurde.

Ich kann Ihnen heute nicht all das vermitteln, was in einer mehrstündigen Vorlesung möglich wäre. Trotzdem möchte ich nun auf die Antworten kommen, die wir aus einem vielfältigen, von mir bisher lediglich angedeuteten Wandel für das konkrete Erziehungs- und Bildungssystem unseres Landes zu finden versuchen. Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass wir erst sehr spät, Mitte der 90er Jahre, damit begonnen haben, ein wenig kritisch mit uns selbst umzugehen und unsere Unreflektiertheit von 30 Jahren anzuzweifeln, dass das, was wir den Kindern bieten, vielleicht doch nicht zeitgemäß ist. Im Wesentlichen begann vor fünf Jahren eine kritische Diskussion, die zwei Dimensionen aufwies:

1. Von welcher Qualität soll denn eine Erziehung sein?
2. Wie sollte man den Bildungsauftrag für Kinder unter sechs Jahren neu definieren?

Lassen Sie mich nur kurz darauf eingehen, weil wir dies in der Diskussion vertiefen können. Im Wesentlichen sind das zwei Konzepte, die die Frage nach der Qualität zu beantworten suchen. Das erste ist das **relativistische Konzept**. Das bedeutet: Man kann Qualität bestimmen, indem man die beteiligten Parteien zusammenbringt und in einen Diskurs über Qualität einbettet: die Gemeinde, die Erzieher, die Eltern, die Träger und vielleicht auch die Kinder. Das ist ein Verfahren, das vielfach bis jetzt angewandt wird.

Aber wo liegen die Probleme? Die Probleme liegen auf zwei Ebenen. Erstens: Dieses relativistische Konzept muss unter den Akteuren immer wieder neu ausgehandelt werden. Zweitens: Es droht dabei die Perspektive des Kindes unterzugehen, was völlig zu Recht angemahnt wurde. Eine Studie aus Dänemark, die sich mit der Frage befasst hat, wie denn Qualität aus der Perspektive eines Kindes aussieht, kam zu dem bemerkenswerten Ergebnis, dass alle Dimensionen von Qualität, die für wichtig befunden wurden, für die Kinder völlig irrelevant sind. Die relevante Dimension für die Kinder war, ob sie im Kindergarten einen guten Freund, einen Spielkameraden haben. Die zweite relevante Dimension war die Qualität der Interaktion zu den Erzieherinnen. Das heißt, interaktionale Aspekte waren für die Kinder wichtig.

Das zweite, **das struktural-prozessuale Konzept**, ist das am meisten untersuchte Konzept, über dessen Wirksamkeit es hinreichende Forschungsergebnisse gibt. Für Sie als Fachkräfte der Jugendhilfe will ich dieses Konzept gern näher erläutern. Das Konzept beinhaltet drei große Bereiche, nämlich strukturelle, prozessuale und kontextuelle Dimensionen. Unter **der strukturalen Dimension** wird die Gruppengröße genannt. Dafür gibt es Normen. Aber wir haben keine Diskussion in diesem Land über die Frage nach den pädagogischen Standards, die wir einhalten sollten, wenn es darum geht, angemessen pädagogische Interaktionen und Prozesse im Kindergarten sicherzustellen.

Die EU-Normen, die US-amerikanischen und andere besagen eindeutig, dass im Kindergartenbereich eine Größe von 16 Kindern in der Gruppe erforderlich ist. Sie besagen weiterhin, dass für eine solche Gruppe zwei qualifizierte Fachkräfte notwendig sind. Wir haben ein großes Problem in diesem Land, was die Professionalisierung und die Ausbildung der Fachkräfte betrifft. Das Bayerische Staatsinstitut für Frühpädagogik hat das gesamteuropäische System analysiert; es gibt eine englische und eine deutsche Fassung der Ergebnisse. Das Ergebnis ist ziemlich beschämend, denn Deutschland ist neben Österreich europaweit das einzige Land, das das formal niedrigste Ausbildungsniveau für die Fachkräfte dieses Bereiches hat. Alle anderen Länder haben die Ausbildung ihrer Fachkräfte auf Fachhochschul- und die meisten auf Universitätsniveau angehoben.

Vor diesem Hintergrund müssen wir darüber nachdenken, ob die vielen Investitionen noch zu rechtfertigen sind, wenn erfahrungsgemäß viele moderne Konzepte nicht weiter verfolgt werden, weil die Voraussetzungen hinsichtlich der Fachkompetenz fehlen. Statt dessen versuchen wir, über Systeme der Fort- und Weiterbildung die Professionalisierung der Fachkräfte zu stützen, so als würde es sich um chronisch Kranke handeln, die nur ein Paar Krücken brauchen, um laufen zu können. Hier liegt eine der wichtigsten Aufgaben, die in Deutschland gelöst werden müssen. Man kann die interessanteste, komplexeste und wichtigste Bildungsstufe im System nicht mit dem niedrigsten Qualifikationsniveau bewältigen.

Zur prozessualen Dimension: Weder in der Ausbildung noch hinreichend im System der Fort- und Weiterbildung werden Fachkräfte so kompetent gemacht, dass sie die Interaktionen zum Kind, die Beziehung zu den Eltern, Interaktionsprozesse und -verläufe unter dem Personal und anderes angemessen bewältigen können. Das ist ein großes Defizit. Warum ist das so wichtig? Diese Kompetenzen müssen die Grundlagen für einen angemessenen Entwicklungsprozess liefern. Wenn diese nicht vorhanden sind, kann man auch kein angemessenes Bildungskonzept vermitteln, das Kompetenzen stärken will. Insofern haben wir wirklich ein großes Defizit, welches wir vorübergehend über die Verstärkung von Fort- und Weiterbildung auffangen müssen.

Der strengste Prädiktor für die Qualität ist jedoch die Dimension der Qualität der Interaktion zwischen Erzieherin und Kind. Ich habe im Bayerischen Staatsinstitut im Rahmen einer Studie überprüfen lassen, wie die Interaktion zwischen den Erzieherinnen und den Eltern verläuft. Diese erste Studie hat Bemerkenswertes an den Tag ge-

bracht: Es gibt zwar eine sehr positive Einschätzung der Eltern zum Kindergarten, die einen mehr ideologisch-kulturellen Hintergrund hat, aber bei der Bewertung der Qualität der Interaktion treten große Defizite auf. Wenn wir wirklich gemeinsam mit den Eltern eine völlig neue Grundlage der Zusammenarbeit schaffen wollen, dann ist eine ganz andere Kompetenz Voraussetzung, die durch die Ausbildung momentan nicht gewährleistet ist.

Und damit komme ich wiederum zu Ihren Zuständigkeitsbereich. Die **kontextuelle Dimension** ist absolut wichtig: der Führungsstil und die Leitung der Einrichtung. Wir haben kein Konzept, wie man eine Erzieherin über Nacht zur Leiterin einer Einrichtung „hochstilisiert“. Es wird uns nicht helfen, weiterhin so zu verfahren wie bisher. Vielmehr muss darüber nachgedacht werden, welche Bedeutung dieser Dimension im Qualitätsdiskurs zukommt. Dabei geht es auch um die Vergütung des Personals. Die EU hat uns vorgeschrieben, in den nächsten zehn Jahren die Ausbildung anzuheben und dem Niveau der Lehrer bei gleichem Gehalt anzupassen. Ich höre immer den Aufschrei der kommunalen Kämmerer. Dem entgegne ich: Eine bessere Betreuung für die Kinder wurde auch nicht finanziert, als die Kassen noch voller waren. Und selbst heutzutage könnte man in Deutschland die Kindertagesbetreuung noch besser finanzieren als in anderen europäischen Ländern, die das bereits seit zehn Jahren leisten.

Die Trägerschaft der Einrichtung und die Ausbildung der Fachkräfte sind die beiden vergessenen Aspekte bei jeder Bildungsreform. Was die Bundesqualitätsinitiative betrifft, so wurde dabei die Ausbildung auch außen vorgelassen, wobei diesmal wenigstens die Träger berücksichtigt wurden.

Staatliche Finanzierung, Regulierung, Deregulierung - lassen Sie mich einige Bemerkungen zu diesen Stichworten machen. Wir versuchen gegenwärtig das ganze System zu steuern, indem wir uns die Budgetierung als neuen „Königsweg“ ausgedacht haben. Dabei sind wir nicht die Ersten. Wenn man sich das schwedische System anschaut, fällt auf, dass in Schweden bereits seit drei Jahren eine Deregulierung vorgenommen wird und die Entscheidungsbefugnis auf die unteren Ebenen verlegt wurde. In Dänemark zum Beispiel entscheidet vor Ort sogar ein Komitee über die Organisation der Einrichtung, über das Programm, über die Öffnungszeiten sowie über die Einstellung des Personals. In diesem Komitee haben die Eltern die Mehrheit. Die schwedische Regierung hat die „Kopernikanische Wende“ vorgenommen, den Elementarbereich im Jahr 1997 aus dem klassischen Sozialressort herausgenommen und dem Bildungsressort zugeordnet. 1998 wurde in Schweden der erste Bildungsplan für die Erziehung und Bildung der Kinder erarbeitet. Auf der Grundlage dieses Bildungsplanes hat jede Einrichtung auch offenzulegen, welche Bildungsziele sie verfolgt. Diese müssen durch den Bildungsplan legitimiert werden.

Ich kenne übrigens nur ein Land in Europa, das keinen Bildungsplan für Kinder unter sechs Jahren hat, das ist die Bundesrepublik Deutschland. Argumentiert wird immer mit der föderalistischen Struktur des Landes. Aber dann erwarte ich mindestens, dass wenigstens auf Landesebene ein solcher Plan entworfen wird. Ich erwarte, dass solche Pläne diskutiert werden. Man kann heute nicht ohne einen solchen Plan verantwor-

tungsvoll pädagogisch handeln. Das System ist in der Bundesrepublik Deutschland einerseits hochgradig reguliert und andererseits total dereguliert; hochgradig reguliert, wenn es um die Finanzen und um die administrativen Vorschriften geht, und hochgradig dereguliert, wenn es um die wichtigste Frage geht: Was ist denn das für Bildungsqualität, die wir unseren Kindern vermitteln? Die Kinder sind der Kompetenz, der Initiative und dem Einfallsreichtum des konkreten Trägers, der Leiterin oder der Erzieherin ausgeliefert.

Insofern stehen wir vor der großen Aufgabe, das System ausgewogen zu gestalten. Die Dimension von Regulierung und Deregulierung muss neu bedacht werden. Und wir werden nicht umhin können, eine tiefgreifende Reform für die nächste Zeit anzustreben.

Zur Qualität möchte ich noch zwei Aspekte ergänzend erwähnen. Die Qualitätsdebatte ist in eine betriebswirtschaftliche Dimension abgedriftet, seitdem der Begriff „Qualitätsmanagement“ den öffentlichen Sektor erfasst hat. Es gibt aus den vergangenen drei, vier Jahren sehr gewichtige Stimmen, die eine solche Auslegung von Qualität im Elementarbereich absolut und zu Recht in Frage stellen. Wenn es hier wirklich um Bildungs- und Erziehungsprozesse geht, kann man diese nicht mit einer auf ein Ergebnis ausgerichtete Qualität allein fassen und evaluieren. Wir müssen uns den Stellenwert der Evaluation durchaus noch einmal kritisch durch den Kopf gehen lassen. Wir müssen auch die Frage aufwerfen, ob ein reduktionistisches Qualitätskonzept der unvermeidlichen und gewünschten Komplexität und Pluralität im System gerecht werden kann.

Das sind zentrale Fragen, die wir beantworten müssen. Ich glaube, wir sind gut beraten, uns nicht zu schnell in das Boot eines betriebswirtschaftlich ausgerichteten Qualitätskonzeptes zu setzen, weil der Schaden, daraus wieder herauszukommen, enorm sein wird. Ich glaube im Übrigen auch, dass wir im Grunde genommen mit einer solchen Herangehensweise auch die notwendigen Reformen verpassen würden.

In welche Richtung soll die Bildungskonzeption orientieren? Das Bayerische Staatsinstitut für Frühpädagogik hat die Entwicklung der Bildungssysteme weltweit beobachtet und analysiert. Das Institut ist dabei, im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ein zweibändiges Werk mit den weltweit innovativsten Bildungscurricula zu erarbeiten. Ein Ergebnis dieser Analyse besteht darin, dass weltweit eine konsensfähige Entwicklung zu beobachten ist, die zwei große Dimensionen aufzeigt: zum einen Curricula und Bildungspläne, die auf die Entwicklung des Kindes ausgerichtet sind; das sind die entwicklungsfördernden Curricula, fokussiert auf Kompetenzen der kindlichen Entwicklung. Zum anderen resultiert aus den Bildungscurricula als Konsequenz einer großen Diversität die neue Aufgabe, die sozial-integrative Funktion zu gewährleisten. Auf der individuellen Ebene wird das manifest in einer seit zwei Jahren begonnenen kritischen Reflexion des Haupterziehungs- und Hauptbildungszieles, nämlich bei der Autonomie des Kindes.

Wir haben uns darauf verständigt, dass die Erziehungs- und Bildungsaufgabe darin bestehen sollte, dem Kind zu helfen, eine autonome Persönlichkeit zu werden. Heute wird darüber nachgedacht, ob das nicht genuin mit dem zweiten Anspruch verbunden

werden muss, mit der sozialen Verantwortung. Wenn die Welt zunehmend divers wird, dann gewinnen auch andere Aspekte im Bildungskonzept an Bedeutung, nämlich die soziale Orientierung und die Wertorientierung generell. Wenn man diese Konzepte analysiert, dann wird man alle drei Dimensionen vorfinden. Ich kenne keine Phase der Bildungskonzeption, in der die Wertproblematik so einen zentralen Stellenwert eingenommen hat wie in den vergangenen fünf Jahren. Insofern ist das eine hochinteressante Phase der Reflexion.

Ein typisches Beispiel ist das Curriculum, das in Neuseeland in den vergangenen zehn Jahren mit großem Erfolg entwickelt und praktiziert wurde. In Neuseeland wird versucht, die Maori-Traditionen mit den englischen Traditionen zu verbinden. Wir können auch feststellen, dass beispielsweise in Australien und selbst europaweit plötzlich die lokalen Kulturen an Bedeutung gewonnen haben oder anders formuliert: Die kulturelle Diversität Europas wird plötzlich entdeckt, was jahrzehntelang vor dem Hintergrund nationalstaatlicher Orientierungen vergessen oder sogar plattgewalzt wurde. Nun sind wir mittendrin in einer Diskussion, in der die kulturelle Pluralität und die Mehrperspektiven-Position betont wird.

Insofern gehen die Bildungscurricula in Richtung einer Entwicklungsförderung des Kindes. Das jedoch wurde in der Bundesrepublik Deutschland 30 Jahre lang nicht wissenschaftlich untersucht. Es wurde zwar immer hervorgehoben, dass die Sachkompetenz, die Sozialkompetenz und die Ich-Kompetenz des Kindes die Eckpfeiler einer jeden pädagogischen Konzeption ausmachen, aber niemand hat exakt analysiert und herausgearbeitet, wie welche Aspekte dabei strukturiert sind und welche Faktoren unmittelbar zu berücksichtigen sind. Jedenfalls sind - und das sollte uns wirklich zum Nachdenken veranlassen - alle Studien, die der Frage nachgehen, wie Kindergärten und andere Tageseinrichtungen die Unterschiede in der Entwicklung der Kinder erklären, bislang nur mit bescheidenen Ergebnissen unterlegt worden. Es gibt nämlich bisher meiner Kenntnis nach keine Studie, die nachweist, dass der Kindergarten und andere Tageseinrichtungen mehr als 14 Prozent der kindlichen Entwicklung erklären können. Das ist viel zu wenig, um überhaupt die Kosten rechtfertigen zu können. Wenn man sich aber auf andere Studien bezieht, die beispielsweise die Familie einbezogen haben, wächst plötzlich der Varianzanteil auf 33 Prozent. Das heißt, wir sind auch aus ökonomischen Erwägungen gut beraten, dieses System neu zu orientieren.

Das Bayerische Staatsinstitut für Frühpädagogik hat vom Bundesministerium für Bildung und Forschung den Auftrag erhalten, wissenschaftliche Grundlagen zu erarbeiten, die auf eine solche Wende hinsichtlich der Bildungskonzeption im vorschulischen und schulischen Alter abzielen. Wir werden in den nächsten zwei Jahren ein partielles Konzept vorlegen, um zu zeigen, wie so etwas gemacht werden kann. Darin werden drei Schwerpunkte enthalten sein, die ich in Form von Fragen fassen will:

1. Wie kann man Kindern helfen, stark zu werden? Wie kann man Kinder befähigen, mit Schwierigkeiten und Brüchen im Leben umzugehen, ohne daran zu zerbrechen?
2. Wie kann man Übergänge bewältigen?

3. Wie kann man die lernmethodische Kompetenz eines Kindes in der Gruppe und in der Einrichtung fördern?

Ein Konzept, das auf Kompetenzen aufbaut und auf Metakompetenzen von Kindern setzt, hat enorme Vorteile. Als Beispiel dafür möchte ich das schwedische Konzept kurz erläutern. Ich erwähnte bereits, dass in Schweden vor einigen Jahren eine Neuorientierung hinsichtlich der Bildungskonzeption vorgenommen wurde. Jede schwedische Kindertageseinrichtung hat auf der Grundlage des Bildungsplanes eine Konzeption zu erarbeiten. Diese Konzeptionen bauen zentral auf Metakompetenzen auf; sie beinhalten viele Elemente der sozialen Verantwortung und der Wertorientierung und zielen darauf ab, Kinder zur aktiven Teilnahme an Veränderungen in der Gesellschaft zu ermuntern, das Selbstwertgefühl sowie die soziale und kulturelle Identität zu stärken. Es ist beabsichtigt, Raum für Aktivitäten zu schaffen, in denen Kinder einen Sinn sehen. Plötzlich bekommen wir eine ganz andere Qualität von Erziehung, bei der soziale Mitverantwortung, Wertorientierung, der Sinn für das Leben, das Spiel der Kinder stimuliert und unterstützt, Kindern Zukunftsglauben vermittelt und Erfahrungen ermöglicht werden, dass es Handlungsalternativen gibt. Denn in einer diversen Welt kann man nicht mehr eine Antwort auf ein Problem vermitteln. Das Kind muss lernen, selbst Alternativen zu entwickeln und Entscheidungen zwischen diesen Alternativen zu treffen. Bei einer Fehlentscheidung muss man dem Kind beibringen, dass das ein Lernprozess ist, aus dem man sogar stärker hervorgehen kann.

Es soll auch darum gehen, Kindern dabei zu helfen, Engagement und Verantwortungsgefühl zu entwickeln, um für sich und andere bessere Lebensbedingungen zu schaffen. Die Konzeption beinhaltet weiterhin, die Lernfähigkeit sowie die sozial-emotionale, die psychomotorische, die linguistische und die interkulturelle Entwicklung der Kinder zu stimulieren und zu unterstützen. Die kreativen Fähigkeiten sollen gefördert und insgesamt eine gute und sichere Betreuung der Kinder gewährleistet werden.

Wenn man sich diese Konzeption genau anschaut, wird man erstens eine ganz andere Qualität von Erziehung entdecken. Zweitens - und damit beende ich mein Statement - ist diese Konzeption geeignet, gewisse Probleme im System zu überwinden. Das eine Problem ist die vertikale Kontinuität im Bildungswesen, die uns bislang Schwierigkeiten bereitet hat. Man braucht bloß die Philosophie zwischen dem Elementar- und Primärbereich zu vergleichen. Dies ist nicht mehr notwendig, denn wenn wir wirklich auf Metakompetenzen aufbauen, dann beginnen diese Metakompetenzen bereits im Vorschulalter und es macht Sinn, diese in der Grundschule weiter zu verfolgen. Das heißt, wir haben eine gemeinsame Grundlage und tragen der Tatsache Rechnung, dass eine positive Selbsteinschätzung des Kindes besagt, dass die soziale Akzeptanz, die physische Erscheinung, die schulischen Kompetenzen, Verhaltensführung sowie sportliche und künstlerische Fähigkeiten bis zum achten Lebensjahr des Kindes weitestgehend entwickelt sind. Es macht also wirklich keinen Sinn, Bildung mit sechseinhalb Jahren zu beginnen, aber es macht sehr viel Sinn, diese Metakompetenzen über die verschiedenen Stufen des Bildungswesens hinweg zu verfolgen. Das bietet auch die Grundlage für eine vernünftige Konzeption, die auf Life-long-Learning ausgerichtet ist und die uns hilft, die Kluft zwischen den Einrichtungen und den Familien zu sprengen.

Die Förderung von Metakompetenzen ist nicht ausschließlich Aufgabe institutioneller Einrichtungen, sondern geschieht durch jegliche Form der Erziehung von Kindern. In den neuen Elternprogrammen muss das Ziel verankert sein, dem Kind zu helfen, sein Selbst zu entwickeln. Das heißt, die gleichen Metakompetenzen werden auch zum Gegenstand zur Erziehung in der Familie gemacht. Damit hätten wir eine gemeinsame Konzeption für Familie und Kindergarten - wir hätten damit die Dualität gesprengt, die bislang im Grunde genommen zwar keine großen strukturellen Fragen, aber auch keine vernünftige inhaltliche Zusammenarbeit zugelassen hat.

Ich will mit dem Gedanken schließen, dass wir alle miteinander aufgefordert sind, in diesem Augenblick nicht das Machbare, sondern das Optimale für unsere Kinder zu tun. Bestandteil einer optimal ausgerichteten Strategie ist auch eine gründliche Erneuerung des Bildungs- und Erziehungssystems für Kinder, die in einer Welt aufwachsen und handeln werden, die wenig prognostizierbar ist.

Ministerialrat Dr. Reinhard Wiesner: Vielen herzlichen Dank, Herr Professor Fthenakis, für Ihren facettenreichen Vortrag. Meistens wird man als Moderator sehr nervös, wenn der Referent länger spricht als vorgesehen. Heute bin ich Ihnen sehr dankbar, weil Sie in der Ihnen zur Verfügung stehenden Zeit Ihre Positionen ausführlich erläutern und Ihre Thesen eingehend begründen konnten.

Herr Professor Fthenakis hat sehr viele Aspekte in sein Statement eingebracht, über die es sich zu diskutieren lohnt. Ich erwarte nun Positionen, Meinungen, Nachfragen und Fragen aus dem Plenum. Damit ist die Diskussion freigegeben.

Diskussion im Plenum

Ministerialrat Dr. Reinhard Wiesner: Um die Ruhe- und Denkpause zu überbrücken, mache ich den Anfang in der Hoffnung, Sie damit zu Wortbeiträgen animieren zu können. Mir ist aufgefallen, dass Professor Fthenakis sehr stark die Bildungskomponente betont hat. Exemplarisch wurde der schwedische Ansatz erläutert, wo die Verantwortung für die Tagesbetreuung vom Sozialministerium zum Bildungsministerium verlagert worden ist. Für einen solchen Schritt kann es fachlich-inhaltliche Aspekte und, wenn wir an den deutschen Föderalismus und an das deutsche System denken, auch organisatorische Aspekte geben. Wir alle wissen, dass es beispielsweise innerhalb der Kommunalen Spitzenverbände bereits seit geraumer Zeit ein Thema ist, zu fragen, ob denn Tagesbetreuung, insbesondere der Kindergarten, als Angebot für jedes Kind wirklich ein Feld der Kinder- und Jugendhilfe ist oder ob es nicht eher ein Feld vor-schulischer Erziehung ist und damit in den Bildungsbereich gehört.

Ich frage Herrn Professor Fthenakis direkt: Würden Sie solche Konsequenzen wie in Schweden für das deutsche System auch in Betracht ziehen wollen?

Prof. Dr. Dr. Dr. Wassilios E. Fthenakis: Ich habe selbst in den 31 Jahren, in denen ich auf diesem Feld in der Bundesrepublik Deutschland tätig bin, beide Systeme ken-

nengelernt. Ich war zwanzig Jahre dem Kultusministerium unterstellt, bin nun seit sechs Jahren dem Sozialministerium zugeordnet und habe die umgekehrte Erfahrung gemacht. Im Kultusministerium war man sehr an sozialen Fragen interessiert und im Sozialministerium ist man an Bildungsfragen primär interessiert. Ich meine damit, dass es für mich nicht relevant ist, wo der Bereich angesiedelt ist. Der Ausgangspunkt ist für mich eine vernünftige Konzeption. Dabei sollte man den Schwerpunkt lassen. Es gibt zwar in Europa eine eindeutige Tendenz, den Bildungsbereich zu betonen - mit der Konsequenz, den Bereich dem Bildungsministerium zuzuordnen. Ich würde das aber nicht als den „Königsweg“ ansehen.

Wir müssen in der Tat in einer modernen Konzeption die Jugendhilfeproblematik und die Bildungspolitik miteinander verbinden. Das gilt nicht nur für den Elementarbereich, sondern auch für den Grundschulbereich. Jugendhilfe und Bildungspolitik im Grundschulbereich ist ein großes Problem, was wir bei weitem nicht bewältigt haben. Wenn wir auch für diesen Bereich tragfähige Konzepte entwickeln, die von übergreifender Natur sind, dann hätten wir die Grundlage, beide Seiten vernünftig einzubinden. Wenn man heutzutage wirklich soziale Kosten im System reduzieren will, dann ist man gut beraten, ein Jugendhilfeprogramm zu entwickeln und umzusetzen, das auf die Stärkung von Erziehungskompetenz von Eltern orientiert ist.

Ich möchte ein kanadisches Beispiel erwähnen. Dort wurden über einen längeren Zeitraum hinweg zwei große Gruppen begleitet: eine Risikogruppe und eine Nicht-Risikogruppe. Diese beiden Gruppen wurden unterteilt, eine bekam Maßnahmen der Jugendhilfe, die andere nicht. Das frappierende Ergebnis war, dass die Kinder aus den Risikofamilien, die in den Genuss von Maßnahmen der Jugendhilfe kamen, Werte in ihrer Entwicklung erreichten, die denen der Kinder aus normalen, nicht gefährdeten Familien ähnlich sind. Das bedeutet: Wenn man wirklich im System Kosten reduzieren will, dann muss man eine vernünftige Politik der Jugendhilfe in die Wege leiten. Der beste Weg ist heute, das über die Familie zu tun, so präventiv wie möglich.

Ich möchte das ganz dick unterstreichen, denn wir haben auf diesen Gebiet in den vergangenen zehn Jahren einen enormen Kenntniszuwachs. Man ist heute voll in der Lage, ein solches System der Hilfe zu konkretisieren und in die Praxis umzusetzen. Insofern ist das Gebot der Stunde, eine lebendige Jugendhilfe mit einer modernisierten Bildungspolitik zu verknüpfen.

Thomas Mörsberger, *Landeswohlfahrtsverband Baden, Leiter des Landesjugendamtes, Karlsruhe*: Wären wir im 19. Jahrhundert und würde ich den damals üblichen Ehrencodex einhalten, müsste ich mich jetzt eigentlich erschießen. Denn ich teile in vielen Punkten die kritische Sicht von Prof. Fthenakis, kann sie aber als Leiter einer Aufsichtsbehörde nicht durchsetzen. Nun leben wir aber Gott sei Dank nicht mehr im 19. Jahrhundert. Und außerdem möchte ich doch zunächst hier im Expertenkreis erörtern, was denn praktisch und konsequent weitergedacht das Plädoyer von Prof. Fthenakis für eine prozessual-strukturelle Entwicklung in der Politikdiskussion bedeuten könnte. Jedenfalls würde es wenig Sinn machen, resigniert diese Veranstaltung in der Vermutung zu verlassen, dass sich ohnehin nichts verändert.

An einem Punkt habe ich erhebliche Zweifel. Ich frage, ob das Statement von Professor Fthenakis hinsichtlich der Qualifikation des Erzieherinnenberufes in die richtige Richtung weist. Ich sehe zwar das Problem, aber sehe in einer Zuweisung etwa an Fachhochschulen nicht den richtigen Weg, jedenfalls nicht in dieser Pauschalität. Eine vergleichbare Diskussion gibt es schon seit vielen Jahren in der Altenpflege, und zwar zu Recht. Aber das Profil der Altenpflege total an das Ausbildungsprofil der Fachhochschulen zu hängen, wäre dort ebenso falsch wie in der Tagesbetreuung für Kinder.

Direkter formuliert: Wenn ich sehe, welche sehr gute Arbeit jedenfalls in vielen Ausbildungsstätten für Erzieherinnen derzeit passiert, dann bin zunächst einmal ganz froh darüber, dass es bei uns noch nicht so ist, wie es sich Prof. Fthenakis wohl wünscht. Was nichts daran ändert, dass die Ausstattung der Ausbildungsstätten verbessert werden müsste. Da tut sich aber (erst recht) nichts, wenn man die Zuordnung zu Fachhochschulen fordert. Ich fürchte, wir leisten da falschem Prestigedenken Vorschub.

Noch einmal zur Altenpflege: Es mag in medizinischen Fakultäten tolle Professoren geben, aber ich würde mir nicht wünschen, dass die Pflegekräfte dort „untergebuttert“ würden.

Dr. Gerhold Strack, *Stellvertretender Leiter des Geschäftsbereiches Fachschulen, Qualifizierung & Professionalisierung der Stiftung SPI, Berlin*: Die Antwort auf die Frage nach der Qualifikation scheint mir nicht sehr überzeugend. Wenn ich Professor Fthenakis richtig verstanden habe, gab es von ihm sogar noch den Zusatz, dass Qualität sogar noch besser werden würde, wenn die Ausbildung an Hochschulen angesiedelt wäre.

Meine Erfahrungen in der Ausbildung an einer Fachschule - so wie wir sie betreiben - sind besser als das, was ich mir aus der Kenntnis der Fachhochschulausbildung dort vorstellen kann. Vielleicht liegt es auch mit daran, dass wir berufsbegleitend ausbilden, das heißt, die Menschen, die in der Fachschule die Ausbildung machen, sind bereits in diesem Bereich tätig. Das bringt natürlich einen ganz anderen Fundus von Möglichkeiten der Auseinandersetzung und Diskussion. Es ist ein breiter Gedanken- und Erfahrungsaustausch möglich, zumal die Ausbildung auch arbeitsfeldübergreifend ist.

Gerade wenn ich aus der Sicht der Kinder betrachte, welche Qualität sie brauchen und sich wünschen, stellt sich für mich die Frage: Wieso sollte da die Fachhochschulausbildung besser sein als die berufsbegleitende Fachschulausbildung?

Prof. Dr. Dr. Dr. Wassilios E. Fthenakis: Ende Oktober 2000 hatte das Bayerische Staatsinstitut für Frühpädagogik eine bundesweite Fachtagung zum Thema der Ausbildung organisiert. Meine Position, so wie ich sie heute definiert habe, war in aller Kürze, dass europaweit ein höheres Ausbildungsniveau offeriert wird.

Ich trete für ein höheres Niveau der Ausbildung ein, erblicke aber nicht in den vorhandenen Ausbildungsstrukturen von Lehrern mein Vorbild. Ich werde das auch gar nicht

mit den gegenwärtigen Ausbildungsangeboten der Fachhochschule vergleichen, sondern mit anderen europäischen Angeboten, die im Grunde genommen von einer post-modernistischen Position aus entworfen sind und sehr gelungene Formen der Integration von Theorie und Praxis aufweisen. Das deutsche Ausbildungssystem macht die Erzieherinnen bekanntlich theorie-resistent.

In anderen europäischen Ländern wurde ein Ausbildungssystem entwickelt, das dann beginnt, wenn die entwicklungsmäßigen Voraussetzungen für eine solche Ausbildung seitens der Auszubildenden zumindest gegeben sind. In Deutschland haben wir momentan ein Ausbildungssystem, das an Schülerinnen adressiert ist, die selbst noch in der Entwicklung sind, aber sich auch gleichzeitig so ausbilden müssen, dass sie Mütter beraten, die zu 50 Prozent formal höher ausgebildet sind als sie selbst.

Ich bedaure es sehr und halte es für unzulässig, dass bei manchen Ausbildungsangeboten die Entwicklungspsychologie als Bezugsdisziplin, die an sich die wichtigste sein sollte, überhaupt nicht vorkommt. Wenn man sich die Konzepte aus Dänemark und Schweden ansieht, wird man feststellen, dass dort die Erzieherinnen, die ausgebildet werden, eine aktive Rolle im System einnehmen: Sie sind Kokonstrukteure ihrer Ausbildung und haben sogar das Recht, in einem gewissen Umfang Lehrinhalte zu definieren. Das bedeutet, wir brauchen in Deutschland wirklich neue Formen der Ausbildung.

Über die Qualität müssen wir freilich intensiver diskutieren, wobei das das Thema einer weiteren Tagung sein könnte. Ich bitte um Nachsicht, dass in der Kürze der Behandlung dieser Dimension natürlich das Problem in seiner Tiefe nicht im Elementarsten begriffen werden kann. Aber dies ist nicht nur für die Erzieherinnenausbildung eine große Chance, generell die Frage aufzuwerfen, wie modern die Pädagoginnen und Pädagogen wirklich ausgebildet werden. Das ist der Punkt, wo ich ansetzen würde.

Ministerialrat Dr. Reinhard Wiesner: Vielen Dank, Herr Professor Fthenakis. Ich sehe im Plenum, dass sich einige Kollegen zu Wort melden. Wir werden gleich feststellen, ob es sich um Zustimmung, andere Positionen oder um Nachfragen handelt. Bitte.

Dr. Hans Rudolf Leu, *Leiter der Abteilung Kinder und Kinderbetreuung im Deutschen Jugendinstitut (DJI), München:* Herr Professor Fthenakis, Sie haben ein sehr breites und eindrucksvolles Tableau gezeichnet, was alles nötig, wichtig und erforderlich ist. Es macht mich trotzdem ein wenig ratlos. Ein Grund dafür ist sicherlich die Vielfalt und Breite der Themen, die Sie angesprochen haben. Ein anderer Grund ist, dass Ihre Darstellung nahelegt, im Ausland sei alles ganz prima, nur in Deutschland verbessere sich nichts.

Wenn wir in einen Dialog eintreten wollen, dann müssen wir uns auch auf die Arbeiten und die Ansätze in Deutschland beziehen. Es ist ja so, dass das Kind als Kokonstrukteur in der deutschen Fachdiskussion durchaus präsent ist. Im Deutschen Jugendinsti-

tut wird beispielsweise mit diesem Konzept gearbeitet. Bei der Forschung zum Konfliktverhalten sind wir genau davon ausgegangen. Es gibt auch etliche Kolleginnen und Kollegen in anderen Instituten, die diesen Ansatz berücksichtigen.

Ich gehe davon aus, dass die Vertreter von vielen Einrichtungen, von Landesjugendämtern, die hier anwesend sind, wissen, dass auch in ihrem Bereich Einschlägiges läuft. Das, was aus einem schwedischen Plan als Aufgaben für eine Kindertageseinrichtung vorgestellt wurde, kann man in Deutschland auch finden. Als Programm oder Idee ist das da. Die Umsetzung ist die Schwierigkeit. Meiner Meinung nach müsste man sich überlegen, wo man die Schwerpunkte setzt und anschließend relativ detailliert darüber diskutiert, was zu machen und zu verändern ist. In diesem Sinne entdecke ich die Notwendigkeit zur Präzisierung, um von dem allgemeinen Tableau etwas herunterzukommen.

Prof. Dr. Dr. Dr. Wassilios E. Fthenakis: Herr Kollege Leu, ich glaube, Sie können davon ausgehen, dass ich das, was in der Bundesrepublik vorhanden ist, kenne und vor allem das, was im Kontext der Bildungsdebatte zum Elementarbereich seit 1995 vorgetragen wurde, mir durchaus bekannt ist. Ich habe mich bereits zu der engeren Bildungsdiskussion, wie sie bei uns läuft, ziemlich detailliert geäußert.

Es war heute nicht meine Absicht, ein System aus Schweden importieren zu wollen. Wenn das so verstanden wurde, muss ich sagen, dass dies nicht meiner Intension entspricht. Meine Absicht war heute die, die Bedeutung des Bildungsauftrages des Kindergartens aus meiner Perspektive noch einmal zu unterstreichen und die Botschaft zu vermitteln, dass wir in diesem Bereich bei Betonung des Bildungsauftrags des Kindergartens zu Reformen kommen müssen. Und wenn jetzt Kolleginnen und Kollegen damit konform gehen, begrüße ich das. Aber es war heute nicht meine Aufgabe, sozusagen die bundesrepublikanische Landschaft in allen Schattierungen zu präsentieren und zu bewerten, sondern es handelte sich bei meinem Vortrag um ein programmatisches Referat, in welche Richtung die Überlegungen gehen sollten.

Natürlich begrüße ich die Arbeiten des Deutschen Jugendinstitutes zur Partizipation von Kindern im kommunalen Bereich und im Bildungsbereich. Dazu gehören auch die Forschungsprojekte zum Konfliktverhalten in einigen wissenschaftlichen Instituten, die in die von mir dargestellte Richtung gehen. Ich nehme zugleich an, dass wir uns darüber einig sind, den Aspekt des Bildungsauftrages hier und heute stärker in die Diskussion zu bringen.

Was ich bezweifle, ist Folgendes: Ich meine, dass in diesem Augenblick in der Praxis dieses sensibilisierte Bewusstsein nicht in dem wünschenswerten Umfang vorhanden ist. Ich weiß, wovon ich rede, weil das Bayerische Staatsinstitut mittlerweile in neun Bundesländern tätig ist. Ich habe wirklich eine breite Einsicht, um einschätzen zu können, was da und dort gemacht wird. Was allerdings vorhanden ist - und darauf sollten wir aufbauen -, ist eine enorme Aufgeschlossenheit des Feldes für solche Konzepte. Und das ist eine gute Ausgangsbedingung, die alle Fachkräfte, die in die dargestellte Richtung gehen wollen, an sich ermuntern sollte, diesen Ansatz weiter zu verfolgen.

Ministerialrat Dr. Reinhard Wiesner: Vielen Dank, Herr Professor Fthenakis. Die Rede war von Theorie und Praxis. Herr Burghoff, ein Mann der Praxis, Sie sind der nächste Redner. Bitte.

Lothar Burghoff, Dienstleiter (Verwaltungsleiter) des Jugendamtes der Stadt Dortmund: Herr Professor Fthenakis, ich möchte zu drei Punkten Ihres Statements Anmerkungen machen.

Ich beginne mit Ihrer abschließenden Bemerkung, wir sollten nicht das Machbare, sondern das Optimale fordern. Als Privatmann Lothar Burghoff kann ich das uneingeschränkt unterstützen. Als Mitarbeiter eines kommunalen Jugendamtes würde ich diese Aussage gern umformulieren in: Wir sollten uns bemühen, das Machbare optimal zu gestalten. Warum sage ich das? Weil der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe, also das Jugendamt, und damit auch mittelbar die Träger der freien Jugendhilfe innerhalb der kommunalen Verwaltung nicht autonom sind in finanzieller und personeller Hinsicht, sondern in das Gesamtgemeinwesen „Kommunalverwaltung“ und damit in die öffentlichen Finanzen der Kommune eingebunden sind. Da es sich bei der Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) - hier des § 24 - um eine Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung handelt, sind sie auch eingebunden in die finanziellen Zwänge und Grenzen einer Kommunalverwaltung.

Ich will beileibe nicht den Eindruck erwecken, als würde Jugendhilfe und insbesondere der Bereich der Tageseinrichtungen nur mit Geld gemacht und gestaltet, aber ich will ausdrücklich betonen, dass die Möglichkeiten und auch die Begrenztheit von Möglichkeiten sich am Gelde orientieren und dass täglich im Bereich der Kindertageseinrichtungen - wie im Übrigen auch in anderen Feldern der Jugendhilfe - die Gratwanderung vollzogen wird, fachlich gute Arbeit mit den nicht unbegrenzten Ressourcen zu leisten. Das wird um so schwieriger, wenn man sieht, dass in vielen Kommunen - zumindest im Land Nordrhein-Westfalen - mit Haushaltssicherungskonzepten operiert wird, die diese Gestaltungsmöglichkeiten weiter einengen.

Die Forderung halte ich grundsätzlich für richtig. Aber ich plädiere für die kommunale Praxis dahingehend, dass nicht der Eindruck erweckt wird, dass man nur fordern muss und alles möglich wird. Vielmehr muss die Fachlichkeit so weit wie möglich Priorität haben. Man muss zudem für die tägliche Arbeit in den Tageseinrichtungen zur Kenntnis nehmen, dass dieser Teil der Jugendhilfe auch über Geld gesteuert wird.

Meine zweite Bemerkung möchte ich zu den Ausführungen von Herrn Professor Fthenakis über Qualität machen. Ich finde es durchaus richtig, dass es Qualitätsentwicklung geben muss. Beispielsweise hat sich der Verein für Kommunalwissenschaften e. V. mit seinen Fachtagungen zu einem sehr frühen Zeitpunkt mit Qualitätsentwicklung im Rahmen neuer Steuerung für die Bereiche der Jugendhilfe befasst.

Wenn man aber für die Kindertageseinrichtungen die Diskussion über die Qualitätsentwicklung beginnt, dann stellen sich für mich auch die Fragen:

- Was kann man als Eltern oder als Kind von Tageseinrichtungen erwarten?
- Was können Tageseinrichtungen leisten?
- Wo sind die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit?

Es drängt sich mir gelegentlich der Eindruck auf, dass den Tageseinrichtungen Schritt für Schritt die Erwartung zuwächst, sie könnten alle familialen Probleme lösen. Das kann es meiner Meinung nach nicht sein. Hier wäre meines Erachtens eine Definition und eine Abgrenzung der Angebotsbreite und des Leistungsspektrums notwendig, auch im Hinblick auf die wie immer geartete Qualifikation des Personals.

Natürlich kann man alles verbessern. Man kann zum Beispiel die Ausbildung aufstocken, um ständig steigende Anforderungen zu erfüllen. Allerdings - und das ist für mich ein ganz zentraler Punkt - habe ich bisher Kindertageseinrichtungen als eine familienergänzende Hilfe verstanden. Ich möchte sehr davor warnen, sie in die Position einer familienersetzenden Hilfe zu bringen. Die Rangfolge nach KJHG ist nach meinem Verständnis immer noch die, dass zunächst der Erziehungsanspruch des Kindes durch die Familie und danach erst von anderen mit flankierenden Hilfen zu erfüllen ist. Wenn man über die Qualität von Tageseinrichtungsangeboten diskutiert, müsste man vielleicht parallel dazu auch darüber sprechen, wie man die Qualität der Familienerziehung verbessern kann.

Meine dritte Anmerkung: Vielleicht habe ich die Ausführungen von Herrn Professor Fthenakis nicht richtig verstanden. Bei mir ist jedenfalls angekommen, dass wir es in den vergangenen dreißig Jahren versäumt hätten, Initiativen in Richtung Entwicklungsförderung der Kinder zu initiieren. Das kann ich zumindest für mein Bundesland Nordrhein-Westfalen nicht so stehen lassen. Nichts ist so, als dass man es nicht ständig verbessern kann. Aber in Nordrhein-Westfalen hatte es beispielsweise schon Anfang der 70er Jahre einen Modellversuch zur Förderung von fünfjährigen Kindern gegeben. Es stand auch bereits im ersten Kindergartengesetz von 1980, dass dieses Gesetz der Förderung und der Persönlichkeitsentwicklung der Kinder dient. Weitere Beispiele, auch aus anderen Bundesländern, gibt es.

Ein Problem ist sicherlich, dass diese Ausführungsgesetze für den Tageseinrichtungsbereich zum damaligen Jugendwohlfahrtsgesetz und heutigen Kinder- und Jugendhilfegesetz eben Ländergesetze sind, die in pädagogischer und finanzieller Hinsicht unterschiedliche Aussagen beinhalten. Die Bandbreite der Ländergesetze ist sehr groß. Vielleicht wäre es einmal einen Versuch wert, über den Weg der Harmonisierung eine gewisse Standardisierung zu versuchen, ohne damit irgendwelche Schematisierungen vorzunehmen. Wie gesagt, alles ist verbesserungsfähig, aber den totalen Stillstand in den letzten dreißig Jahren hat es nach meinem Eindruck nicht gegeben.

Prof. Dr. Dr. Dr. Wassilios E. Fthenakis: Ich will mich zunächst auf den letzten Aspekt beziehen, weil ich das gar nicht behauptet habe. Ich habe zu keinem Zeitpunkt der Praxis unterstellt, dass sie nichts gemacht und sich nicht bemüht hätte. Das war nicht Inhalt meiner Ausführungen.

Ich merke nur zunehmend und insbesondere jetzt durch dieses lange Statement, dass es wünschenswert wäre, wenn mir der Veranstalter eine dreistündige Redezeit einräumen würde, um auch einigermaßen differenziert dieses wirklich komplexe Feld anzugehen. Was Herr Burghoff sagte, habe ich nicht behauptet. Ich bin auch realistisch und nach meinem Empfinden gut informiert, um zu wissen, was in der Bundesrepublik auf diesem Gebiet passiert und nicht passiert.

Wichtig scheint mir der erste Aspekt in Herrn Burghoffs Statement zu sein, nämlich unser philosophisches Verständnis und die Auslegung der Verantwortung, wenn es darum geht, optimale Angebote für die Kinder bereitzustellen. Ich habe das nicht in einem engeren Sinne verstanden, auf den kommunalen Bereich und auf die Finanzen eingeschränkt, sondern wenn wir wirklich für Kinder eintreten und etwas ändern wollen, dann müssen wir ein viel weiteres Konzept umsetzen. Herr Dr. Wiesner hat es völlig zu Recht gesagt: Im Grunde genommen ist das, was wir mit dem Ausbau der Plätze in den Kindergärten gemacht haben, kein kindzentriertes oder kindadressiertes politisches Mandat gewesen, sondern es war ein mittelbarer Effekt aus ganz anderen Gründen. Das Gleiche kann man in ganz Europa beobachten. Die Probleme der Kinder werden gar nicht als Probleme der Kinder gesehen, sondern als Probleme der erwerbstätigen Mütter. Und im Kontext der Erwerbstätigkeit wird das auch mit verhandelt.

Wenn wir optimale Positionen einnehmen sollen und dies auch wollen, dann muss man wirklich das Kind als Kind sehen und seine Ansprüche im System im breiten Sinne definieren. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf die vielen neuen Erkenntnisse der Kindheitsforschung in den vergangenen Jahren verweisen. Wir müssen das definieren, weil wir sonst keinen Schritt weiterkommen, zumal wir sehr schwach sind hinsichtlich der Ebene der Verteidigung von kindlichen Positionen mittels Finanzen und eines eingeschränkten strukturellen Bereiches. Ich würde auch die Erwartungen nicht allein an den kommunalen Bereich richten, sondern es sind alle Ebenen der Gesellschaft, die hier angemahnt werden müssen.

Zum Thema „Qualität“: Ich bin nicht der Auffassung - und das ist jetzt ein internes diskussionswürdiges Thema unter den Kolleginnen und Kollegen -, dass wir mit einer Qualitätskonzeption, die auf eine Ergebnis- und Outcome-Qualitätsauffassung ausgerichtet ist, in diesem empfindlichen Bereich weiterkommen können. Wenn wir auf Prozesse setzen, dann gehört dazu auch eine ganz andere Perspektive in der Qualitätsdiskussion. Das ist ein höchst fachliches Problem, das wir meiner Meinung nach hier nicht weiter verfolgen sollten.

Ich denke auch, dass wir eine Einrichtung wie den Kindergarten nicht als den Kulminationspunkt für die Lösung der sozialen Probleme betrachten können. Dieser Aspekt ist immer das Problem zwischen Jugendhilfe und Bildungspolitik. Das hat man bisher vor allem in der Grundschule nach dem Tenor thematisiert, die Schule sei nicht verantwortlich für das, was im Kontext passiert, sie sei nicht die „Reparaturwerkstatt“ der Nation usw. Ähnliche Stimmen gibt es auch im Bereich der Kindergärten. Aber dennoch, es wäre meines Erachtens eine Überlegung wert, sich bei der Erarbeitung der Erziehungskonzeption mit Strategien zur Lösung von Problemen auseinanderzusetzen,

die aus dem sozialen Kontext resultieren und ihren Niederschlag in den Einrichtungen der Kindertagesbetreuung finden. Ob man das will oder nicht will, bedauert oder nicht bedauert, bleibt dahingestellt. Die Erziehung steht mit dem Problem da. Ich meine, dass wir sie nicht allein lassen sollten, auch wenn das Ergebnis darin bestehen sollte, im Sinne einer Vernetzung das Problem wiederum zurückzudelegieren. Diese Frage zu thematisieren ist wichtig; wir können uns dem Problem nicht entziehen.

Ministerialrat Dr. Reinhard Wiesner: Vielen Dank, Herr Professor Fthenakis. Wir werden dieses Spannungsverhältnis heute Nachmittag noch einmal ausgiebig erörtern, vor allem die Probleme, die die finanzielle Dimension ausmachen. Professor Wolff steht als nächster in meiner Rednerliste. Bitte.

Professor Dr. Reinhart Wolff, Erziehungswissenschaftler und Soziologe an der Alice-Salomon-Fachhochschule Berlin: Warum ich es überhaupt wage, hier zu sprechen, hat folgende Bewandnis. Ich bilde seit mehr als 30 Jahren soziale Fachkräfte aus. Ich bin beteiligt gewesen an der ersten großen Reform der Kindertageserziehung, an den Versuchen mit neuer Erziehung der bekannten „Kinderläden“ in den 60er Jahren. Ich habe das Kinderschutz-Zentrum begründet, eine der wesentlichen Initiativen der letzten Jahrzehnte, um Jugendhilfe innovativ zu verändern. Schließlich bin ich sowohl wissenschaftlich als auch ganz praktisch in der Qualitätsentwicklung engagiert, nicht nur im Bereich der Kindertageserziehung. Sie wissen vielleicht, dass ich am Kronberger Kreis für Qualitätsentwicklung beteiligt bin, der das Buch „Qualität im Dialog entwickeln“ 1998 vorgelegt hat. Hier werden die programmatischen Ziele und Strukturelemente als Qualitätsstandards präzise formuliert und die beste Fachpraxis beschrieben, wie wir heute Kinder in Kindertageseinrichtungen erziehen sollten.

Nach dem, was Professor Fthenakis in seinem einleitenden Beitrag skizziert hat, müssen wir uns natürlich grundsätzlich die Frage vorlegen, wovon wir in der Kindertageserziehung ausgehen müssen. Was sind denn unsere Ziele? Was kann man heute begründet sagen, was gute Kindertageserziehung wäre? Und: Erreichen wir diese Ziele? Diese Frage stellt sich natürlich sofort auch für die Schule: Was wäre heute eine gute Schule? Und die Frage gilt entsprechend natürlich auch für die Hochschulen aller Art.

Die Antwort auf diese Frage - wie gut unsere Erziehungs- und Bildungsangebote sind - ist nicht zweifelhaft: Unsere Erziehungs- und Bildungsergebnisse in Deutschland sind gegenwärtig desaströs. Hinzu kommt, dass wir noch nicht einmal in der Lage sind, diese Realität tatsächlich wahrzunehmen, uns dem internationalen Vergleich zu stellen. Was den Bereich der Kindertageserziehung betrifft, sind wir nicht nur Mittelmaß, sondern wir sind ziemlich weit hinten im Vergleich mit guten Entwicklungen andernorts. Natürlich gibt es in anderen Ländern auch Probleme. Man könnte beispielsweise über die USA und Skandinavien auch Kritisches berichten. Aber wenn man vergleicht und die Frage nach produktiven, günstigen Entwicklungen stellt, stehen wir in Deutschland in einem ganz zentralen Entwicklungsbereich - der Kindertageserziehung - ziemlich schlecht da. Die Fachleute und die Politiker haben das nur noch nicht ganz realisiert. Die Betroffenen beginnen es zu realisieren, sowohl die Schüler in der Schule, die Studenten in den Hochschulen, die betroffenen Eltern in der Kindertageserziehung.

Ich mache eine Voraussage: Wir werden in den nächsten Jahren nicht nur eine Debatte haben, wie sich unsere Gesellschaft kulturell, ethnisch und politisch weiterentwickeln soll, sondern wir werden eine riesige Debatte darüber haben, was wir tun, um uns zu qualifizieren, wie wir mit den Herausforderungen der Postmoderne umzugehen in der Lage sind. Das deutet sich an ganz vielen Stellen ganz konkret an. Insofern ist die Ausbildungsfrage für Erzieherinnen und Erzieher möglicherweise noch viel dramatischer, als es Professor Fthenakis vorsichtig formuliert hat.

Ich mache zum Beispiel in den Weiterbildungskursen der Alice-Salomon-Fachhochschule für Erzieherinnen und Erzieher die Beobachtung - und wir haben in den letzten Jahren beispielsweise eine postgraduale Ausbildung für Führungskräfte im Kita-Bereich angeboten -, dass die engagierten Kräfte in den Kindertagesstätten uns berichten, dass zunehmend die Eltern besser qualifiziert seien als die Erzieherinnen und Erzieher. Das heißt zum Beispiel, dass nun immer öfter Mütter in der Kindertageseinrichtung auftauchen, die einer Erzieherin nicht nur sagen können, worum es heutzutage in der Erziehung geht, sondern die durchschnittliche Erzieherin ist gar nicht in der Lage, die Konstellation und Problematik von Müttern und Vätern mit ihren Kindern adäquat zu begreifen, ganz zu schweigen, sie zu unterstützen oder ihnen in ihrer Erziehungsaufgabe eine Unterstützung zu sein. Aus diesem Grund stellen sich heute die Ausbildungsfragen ganz dramatisch neu. Die Eltern fordern heute von den pädagogischen Fachkräften umfassende Dienstleistungen und ganz andere Dinge als früher jeden Tag neu, vor allem jedoch eine kreative und zugleich reflektierte Erziehung, die zuverlässig erbracht wird, mit Interesse an den Kindern und im Geist der Partnerschaft mit der ganzen Familie.

Was die Ausbildungs- und Qualifikationsfrage betrifft, so ist es zweifelsfrei so, dass wir hier zu riesigen Investitionen bereit sein müssen. Die Alice-Salomon-Fachhochschule Berlin will jetzt als erste Hochschule in Deutschland mit einem Bachelor-Studiengang für Erzieherinnen und Erzieher beginnen, aber dieser Studiengang ist von der Bund-Länder-Kommission noch nicht genehmigt. Wir wollen mit dieser Ausbildung eine Brücke bauen zwischen den Fachschulen und den Hochschulen. Und wir hoffen, dass wir hier in Deutschland wenigstens im Rahmen eines Modellversuchs einen ersten Schritt machen können, die Erzieherausbildung zur Hochschule hin zu öffnen. Die Notwendigkeit einer solchen Öffnung kann man meines Erachtens jedoch nicht in Frage stellen, indem man herausstellt, auch Fachhochschulen hätten mit Qualitätsproblemen zu kämpfen, seien „schlechte“ Fachhochschulen. Dass es auch dort Probleme gibt, wissen wir und wir arbeiten daran, die Situation zu verbessern. Ich glaube, wir können uns an den Hochschulen der Frage stellen: Was müssen heutzutage Erzieherinnen und Erzieher können und wie können wir die erzieherischen Fachkräfte für ihre Aufgaben besser qualifizieren?

Ich möchte drei Fragenkomplexe formulieren, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen:

1. Wollen wir in der Kindertageserziehung beim Optimum ansetzen, haben wir die Kraft dazu und sind wir überhaupt dazu in der Lage, zur Kenntnis zu nehmen, was das Optimum ist? Sind wir international anschlussfähig, können wir studieren, was

gute Einrichtungen heute zu Wege bringen und kennen wir solche Einrichtungen überhaupt? Haben wir zum Beispiel einen „Michelin-Führer“ der besten Einrichtungen in der Kindertageserziehung? Können wir das, was Spitzen-Einrichtungen leisten, verallgemeinern?

Professor Fthenakis greift in diesem Zusammenhang hoch. Er sagt mit Recht, wir sollten beim Optimum ansetzen. Ich meine, wir müssen an diesem Tag darüber diskutieren, ob wir das wirklich wollen. Natürlich unter realistischen Ausgangsbedingungen. Und natürlich ist die Ausgangslage immer schwierig. Aber es ist doch sehr die Frage, ob wir sie nur resignativ zur Kenntnis nehmen und uns mehr oder weniger „abschreiben“, wie das in Deutschland üblich ist oder ob wir eine Dynamik der Veränderung ermöglichen können.

2. Wir müssen fragen: Wer treibt die Reformen voran? Sind wir das hier in unseren jeweiligen Verantwortungen, in den Kommunen, bei den verschiedenen Trägern, in den wissenschaftlichen Instituten usw.? Und wie müssen wir öffentlich sprechen, um der Reform überhaupt eine Chance zu geben?
3. Wo setzen wir konkret den Hebel an? Was wäre das Wichtigste, womit sollten wir anfangen? Da stellt sich natürlich sofort die Frage, ob die Qualifikation der Erzieherinnen und Erzieher ein wichtiger Hebel ist, ob es die Veränderung der Trägerstrukturen oder gar das Geld ist? Das Geld ist ziemlich wichtig, würde ich sagen. Ich glaube aber, dieser blinde Materialismus, der gegenwärtig gerade von der kommunalen Jugendhilfe ins Feld geführt wird, wird uns in eine dramatische Sackgasse hineinführen.

Also, wo setzen wir an? Bei uns selbst, sind wir diejenigen, die anfangen, anders zu sprechen und zu sagen, wo wir zum Beispiel stehen, wie die Bilanz aussieht und was unsere Ziele sind? Spricht eine Bürgermeisterin, ein Bürgermeister, eine Jugendamtsleiterin, ein Trägervertreter oder ein Jugendhilfeausschussvorsitzender beherzt von der Notwendigkeit qualitativer und quantitativer Reformen in der Kindertageserziehung, beginnen sie anders, das heißt genauer sowie programmatisch und methodisch profilierter zu sprechen? Es hängt natürlich alles davon ab, ob wir die Öffentlichkeit mobilisieren können, damit sie wirklich weiß, was die Stunde geschlagen hat. Da ist unsere Herausforderung.

Vielleicht kommen wir hier auf dieser Tagung einen Schritt weiter. Wir sollten diesen Tag nutzen!

Prof. Dr. Dr. Dr. Wassilios E. Fthenakis: Ich danke Ihnen zunächst für Ihr Statement. Vom Veranstalter war ich ursprünglich gebeten worden, eine Perspektive in diesen Dialog einzubringen. Aus organisatorischen Gründen hatte sich das geändert, ich sollte nun mehrere Aspekte zum Problem anreißen, weil zwei andere Standpunkte ausgeblieben sind. Insofern bitte ich darum, meine Positionen nicht als Angriff, sondern als Versuch zu bewerten, einen anderen Ansatz in die Diskussion gebracht zu haben. Und dieser Ansatz steht für Kritik und zur Diskussion völlig offen.

Zu den drei Fragenkomplexen von Professor Wolff möchte ich sagen: Ich glaube, dass wir im 21. Jahrhundert nicht mehr die Position einnehmen dürfen, zu wissen, was für die Kinder das Optimum ist, und zu bestimmen, was optimal für die Kinder bereitgestellt werden soll. Gerade hierbei ist meines Erachtens der Anfang der Veränderungen zu machen; die Kinder selbst sollen stärker mit in diesen Entscheidungsprozess einbezogen werden. Allein das wäre schon ein gewaltiger Schritt. Wenn Kinder Kokonstrukteure ihrer Erziehung und Entwicklung sind, dann müssen sie auch wirklich ernst genommen werden. Und wenn Sie Kinder fragen, dann fürchte ich, dass Sie dann doch nicht umhin können, als von dem auszugehen, was für die Kinder notwendig und optimal ist. Es wäre auch klug, das zu tun, denn die einzige Ressource, die wir haben, ist das Humankapital. Insofern ist das an sich eine Selbstverständlichkeit, die man nicht diskutieren sollte.

Zum zweiten Fragenkomplex. Wer treibt die Reform voran? Hiermit ist auch aus meiner Sicht eine zentrale Frage aufgeworfen. Ich glaube nicht, dass die bisherigen Modelle der Bildungsreform und deren Implementation für eine so diverse Welt, mit der wir es heute zu tun haben, etwas taugen können. Hier liegt in der Tat eine neue Herausforderung vor. Wie konstruiert man heutzutage moderne Modelle, die es gewährleisten, dass auch eine Bildungsreform nicht nur im Programmatischen einerseits steckt und in die Beliebigkeit deren Auslegung andererseits mutiert. Wie garantiert man, dass wirklich eine rollende Reform stattfindet? Dabei und dafür werden die Wissenschaftler und Pädagogen nicht ausreichen, sondern hier brauchen wir eine breite Beteiligung der gesellschaftlichen Kräfte. Und dafür auch neue Modelle zu entwerfen, das wäre vielleicht eine Botschaft, die von diesem Tag aus hinausgehen könnte.

Der Kern des dritten Komplexes besteht in der Frage: Wo setzt man an? Pragmatisch würde ich sagen, überall, wo es Not tut. Aber man ist gut beraten, evidente Schwerpunkte zu setzen, wenn man solche Konzepte auch wirklich effizient gesamtgesellschaftlich durchsetzen will. Ich bin heute der Auffassung, dass die Debatte über die Erziehungsqualität mit der Bildungskonzeption verknüpft werden kann, in dem Sinne, dass eine optimierte Erziehungsqualität im prozessualen Bereich die Voraussetzung für eine vernünftige Bildungskonzeption darstellt. Da könnte man wirklich den Schwerpunkt setzen und die Frage aufwerfen: Was ist unser Bildungsplan für die Kinder? Das müsste offensiv auf den Tisch gelegt und diskutiert werden.

Die Einschätzung von Prof. Wolff ist sicherlich eine, die Sorgen verdeutlicht, aber wir kommen nicht aus dieser Sorge heraus, indem wir uns verbarrikadieren, sondern indem wir uns offensiv dem Problem stellen und unser Konzept auf den Tisch legen. Niemand ist der Auffassung, dass die Reform von selbst kommen wird, sondern jeder von uns muss seinen spezifischen Beitrag leisten, um diese Reform mit anderen gemeinsam voranzutreiben. Dass wir das tun müssen, das soll eine wichtige Botschaft des heutigen Tages sein.

Ministerialrat Dr. Reinhard Wiesner: Meine Damen und Herren, vor einer Stunde war ich noch dankbar für das recht umfassende Referat von Herrn Professor Fthenakis. Jetzt bin ich wieder in der üblichen Rolle eines Moderators, der nach vielen kon-

troversen Beiträgen etwas nervös auf die Uhr blickt. Ich habe noch zwei Namen auf der Rednerliste. Ich schlage vor, Ihr Einverständnis voraussetzend, die Liste angesichts der fortgeschrittenen Zeit zu schließen. Bitte.

Mathias Selle, *Stellvertretender Leiter des Jugendamtes der Stadt Münster*: Herr Professor Fthenakis, Sie hatten sich auch zum Qualitätsmanagement und zur Qualitätsevaluation in den Kommunen geäußert. Sie hatten vor einem ökonomisierten Ansatz gewarnt und dafür plädiert, dass es sinnvoller wäre, das Thema prozessual anzugehen. Nun weiß ich von verschiedenen Kommunen, dass dort bereits Verfahren zum Qualitätsmanagement angelaufen sind. Ich weiß, dass die Kommunen sehr deutlich und sehr stark ergebnisorientiert denken, vor allem die Kämmerinnen und Kämmerer. Wäre es mit Blick darauf, dass es auch wissenschaftliche Studien und Beweise gibt, die die wirtschaftliche Rentabilität der Aktie „Kind“ belegen, dass diese Investition sich einfach lohnt, nicht auch eine Chance, Qualitätsmanagement zu betreiben?

Prof. Dr. Dr. Dr. Wassilios E. Fthenakis: Ich habe eine wirklich starke Skepsis, wenn wir die Evaluation von Erziehungsqualität allein oder überwiegend auf der Schiene der Ergebnisqualität festmachen würden. Wenn man beispielsweise das Akkreditierungssystem in Australien betrachtet, wird man feststellen, dass dort durchaus gewisse Aspekte von Ergebnisqualität enthalten sind. Aber wenn eine Erzieherin heute ihre Akkreditierung erreichen will, dann bekommt sie zunächst einmal eine gewisse Zeit der eigenen Entwicklung eingeräumt, das heißt, es wird erst einmal der Prozess in den Mittelpunkt gestellt. Das zu verkürzen und gleich auf irgendeine Art auf Ergebnisse zu orientieren, widerspricht zutiefst einer postmodernistischen Auffassung von Qualität.

Das ist nicht nur meine Auffassung. Es gibt zwar keine absolut einheitliche Meinungsbildung zu diesem Problem, aber es gibt eine überwiegende Mehrheit von Wissenschaftlern, die bezweifelt, ob die bisherigen Antworten auf das Problem der Evaluation von Qualität wirklich die richtigen Antworten sind.

Es gibt zwei kritische Debatten auf diesem Gebiet; es gibt die Debatte einer ergebnisorientierten Qualitätsprüfung und es gibt die Debatte über den Stellenwert der Selbstevaluation. Dort hat man das verkürzt formuliert, indem man gesagt hat, dass die Self-Evaluation sehr schnell zu einer Self-Congratulation verfällt. Sie sehen, es existiert eine kritische Debatte, mit der man sich auseinandersetzen sollte, bevor man sich auf irgendeinen Standpunkt fixiert, den man möglicherweise nicht beibehalten kann.

Xenia Roth, *Leiterin des Referates für Kindertagesstätten im Ministerium für Kultur, Jugend, Familie und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz, Mainz*: Zunächst eine persönliche Bemerkung. Ich habe mir vorzustellen versucht, wenn das, was Professor Fthenakis an Bildungskonzeptionen mit Blick in die Postmoderne bereits für uns während des Diskurses gelten würde, wäre für mich die Frage, wie wir miteinander diskutieren könnten und wie die „Spurensuche“ dann aussehen würde. Ich denke, das wäre dann sicherlich auch eine andere Form.

Die Beispiele, die Professor Fthenakis geschildert hat, sind meiner Meinung nach allesamt Beispiele, wo von einer sehr zentralen Stelle aus überlegt wird, wie Qualitätssicherung, Struktur und Anschübe gewährleistet werden können. Wir machen auch in Rheinland-Pfalz die Erfahrung, dass sehr viel Entwicklung von den freien Trägern ausgeht und sehr viel Neues in den Einrichtungen initiiert wird. Es geschieht nicht strukturell, sondern vor allem durch das Engagement der Berufsgruppe, die unabhängig von ihrem Qualifikationsniveau mit Interesse bei der Sache ist.

Gleichzeitig gibt es gegenwärtig eine Kommunalisierungsdebatte, die manchmal wirklich eher davon getragen ist, den Finanzierungsaspekt so zu betonen, dass sie einem jede Lust nimmt, weiterzumachen. Wo sehen Sie, Herr Professor Fthenakis, die Verantwortung angesiedelt? Wie bekommt man das eine mit dem anderen so verbunden, dass man urteilen kann, eine Sozialraumorientierung und die Verantwortung machen auch Sinn vor Ort? Aber es macht auch eine zentrale Steuerung Sinn, damit die Verantwortung nicht an Einrichtungen weitergegeben wird, die letztendlich auch überfordert wären.

Prof. Dr. Dr. Dr. Wassilios E. Fthenakis: Zu dem ersten halbkritischen Teil der Frage: Ich habe selbst gesagt, dass nach einer postmodernistischen Auffassung die Wissenschaft nicht den philosophischen „Königswillen“, sondern eine der Perspektiven im Diskurs bildet.

Hinsichtlich der konkreten Frage möchte ich Folgendes bemerken: Ich habe bereits argumentiert und dafür plädiert, dass wir eine Neuregulierung des Systems brauchen. Und die Neuregulierung wird sicherlich in die Richtung gehen, dass zentralstaatlich die Mechanismen der Ausbildung und der Fremdevaluation gesteuert werden. Die anderen Mechanismen können dezentralisiert werden, vorausgesetzt, es existiert ein Bildungsplan, der die gemeinsame Basis für Erziehungs- und Bildungsprozesse bereitstellt. Ohne jetzt hier und heute die Frage umfassend beantworten zu wollen, besteht die Aufgabe des Staates meines Erachtens nach darin, erstens in moderierender Weise dafür zu sorgen, dass ein Bildungs- und Erziehungsplan entwickelt, zweitens die Ausbildung qualitativ angehoben und drittens das Steuerungssystem der Qualitätsfeststellung in der Hand behalten werden, damit das System nicht abdriftet oder damit nicht vor Ort unterschiedliche Systeme von Qualität entstehen. Alles andere kann meines Erachtens delegiert werden, und zwar mit mehr Gewinn, wenn die genannten drei Aufgaben der zentralen Steuerung auch erfüllt werden.

Wir haben schon vielfältige Erfahrungen. Ich selbst war in den vergangenen zwei, drei Jahren mit Hunderten Erzieherinnen im Gespräch darüber, wie die Arbeit konkret organisiert und gestaltet wird. Ich habe auch angeregt, dass wir im Internet versuchen sollten - es wäre wohl auch eine schöne Aufgabe für den Verein für Kommunalwissenschaften - wirklich gelungene Modelle zu präsentieren, diese als Stimulation für das Feld freizugeben. Beispielsweise hatte mich eine Elterninitiative am vergangenen Mittwoch nach Ottobrunn eingeladen. Sie hat dort seit 15 Jahren einen Kindergarten errichtet und gestaltet; diese Initiative hat die Ressourcen vor Ort wirtschaftlich und politisch in Anspruch genommen. Ein dereguliertes Modell kann, wenn es richtig

funktioniert, mehr Ressourcen politischer und ökonomischer Art für eine Einrichtung erschließen und die Erzieherinnen stärker motivieren. Ich denke, dass wir gut beraten sind, eine gewisse Deregulierung zu vollziehen.

Ein letztes Wort. Ich erhielt gestern die Einladung zu einer Veranstaltung von behinderten Kindern aus Frankfurt am Main. Wenn man sich das dortige Programm anschaut, so setzt dieses genau auf die Linie, die wir heute anzudeuten versucht haben. Es ist nicht so, dass das, was ich vorgetragen habe, eine Programmatik für die Zukunft ist. Für uns hat die Zukunft längst begonnen. Es war mein Anliegen, Sie dafür zu gewinnen, eine solche Entwicklung nicht nur mit Skepsis, sondern mit wohlwollender Begleitung zu unterstützen und in diesem Sinne auch dazu beizutragen, dass wir zu einer Modernisierung der Erziehungs- und Bildungskonzeption unserer Kinder kommen. Eine Alternative dazu sehe ich nicht.

Ministerialrat Dr. Reinhard Wiesner: Vielen herzlichen Dank, Herr Professor Fthenakis. Auch wenn Sie heute Vormittag sozusagen als Einzelkämpfer wirken mussten, haben Sie sich bravourös geschlagen. Dass Kontroversen bleiben, ist bei einem Diskurs - und insbesondere bei diesem Thema - auch gewollt. Sie haben uns viele Ideen und Optionen vorgetragen, die wir vertiefen müssen und die in der weiteren Diskussion relevant bleiben.

Thema II mit offener Diskussion:

Kindertagesbetreuung - kommunale Lust oder kommunale Last? Drei Statements aus der Kommunalpolitik

MODERATION: MINISTERIALRAT DR. REINHARD WIESNER

Leiter des Referates Kinder- und Jugendhilferecht

im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

STATEMENTS:

LUTZ HERRMANN

Beigeordneter der Stadt Schwedt/Oder, Brandenburg, Geschäftsbereich Kultur, Bildung, Sport, Jugend, Soziales und Bürgerangelegenheiten

REINHARD MACH

1. Beigeordneter des Landkreises Ludwigslust, Mecklenburg-Vorpommern

ANNEGRET BOMMELMANN

Bürgermeisterin, Dezernentin für Soziales, Jugend, Gesundheit, Wohnen, Schule und Sport der Landeshauptstadt Kiel

1. Statement

Lutz Herrmann: Zu Beginn einige Sätze zu der Stadt, in der ich lebe und arbeite. Schwedt/Oder liegt im Nordosten des Landes Brandenburg und ist Grenzstadt zur Republik Polen. Über Jahrhunderte war Schwedt ein ländlich geprägtes kleines Städtchen mit nicht viel mehr als 10.000 Einwohnern. Eine sprunghafte Entwicklung nahm die Stadt nach 1958, als zu DDR-Zeiten beschlossen wurde, aus dem kleinen Ackerbürgerstädtchen eine sozialistische Industriestadt zu entwickeln. Es entstanden ein großes Papierwerk und als dominierendes Unternehmen ein Erdölverarbeitungs- werk, das spätere PCK, am Endpunkt einer Erdölleitung aus den Weiten Russlands nach Mitteleuropa.

Die Stadt wuchs in rund 20 Jahren auf rund 55.000 Einwohner mit einem sehr niedrigen Altersdurchschnitt. Schwedt galt über viele Jahre bezüglich seiner Einwohner als jüngste Stadt der DDR. Es ist sicher nicht schwer nachzuvollziehen, dass die Umstellungsprobleme von sozialistischer Planwirtschaft zu sozialer Marktwirtschaft auch nachhaltig auf die Stadt selbst wirkten.

Schwedt ist auch heute noch immer eine von der Industrie geprägte Stadt mit einer bedeutenden Raffinerie; die Oderstadt ist der größte Standort der Papierherstellung in Deutschland und Europa. Schwedt ist aber auch eine Stadt, die im Rahmen dieser doch sehr eng industriell strukturierten Form von maßgeblichen Problemen der Arbeitslosigkeit gekennzeichnet ist. Schwedt hat eine Arbeitslosenquote von rund 23 Prozent

mit allen damit verbundenen Problemen: Vor allem denke ich dabei an die Fluktuation der Bevölkerung und - das ist ganz wesentlich für die Thematik, um die es hier und heute geht - mit einem Wegzug insbesondere der jungen Bevölkerung aus Gründen mangelnder Arbeit und damit verbunden einem dramatischen Rückgang der Geburtenzahlen.

Gab es in Schwedt vor 1990 Jahrgangsbreiten von mehr als 1.000 Kindern, bei einer Geburtenrate, die in einer Größenordnung von etwa 17 bis 18 Geburten pro 1.000 Einwohner im Maximum lag, so erreichen wir heute im Durchschnitt Jahrgangsbreiten von etwa 250 Kindern bei einer Geburtenrate von etwa 6 Geburten pro 1.000 Einwohner.

Die Stadt Schwedt war kreisfrei. Sie ist seit dem 1. Januar 1994 eine kreisangehörige Stadt; sie ist im Landkreis Uckermark aufgegangen, einem sehr großen, aber menschenarmen Landkreis. Schwedt hatte bis zum 31. März 1999 als große kreisangehörige Stadt noch immer den Status eines örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe. Seit 1. April 1999 wird auch dieses durch den Landkreis Uckermark wahrgenommen. Auch dieser Zusammenhang prägt einiges in der Entwicklung Schwedts und seiner Probleme.

So viel zu der Stadt, in der ich lebe und in der ich politische Verantwortung trage. Ich selbst bin als Beigeordneter in Schwedt im Ergebnis der Kommunalwahlen vom Mai 1990 tätig, inzwischen in der zweiten Legislaturperiode. Ich hatte mit meiner Tätigkeit in den Geschäftsbereichen Schule, Kultur und Sport begonnen. Im Zusammenhang mit einer deutlichen Straffung der Verwaltung ist inzwischen das Sozialdezernat und einiges mehr hinzugekommen. Einen nicht unbedeutenden Teil meiner Arbeit nehmen damit auch die Probleme hinsichtlich der Entwicklung von Kindertagesstätten ein.

Nun zu inhaltlichen Aspekten. „Kommunale Last und kommunale Lust“ - unter dieser Maßgabe will ich die Thematik betrachten. Ein **Belastungsfaktor** sind Kindertagesstätten in einer Stadt in der Größe von Schwedt auf jeden Fall. Beispielsweise werden bei einem Verwaltungshaushaltsvolumen von nur 123 Millionen DM allein 9,8 Millionen DM für Kindertagesstätten in Schwedt ausgegeben. Das ist ein bedeutender Anteil, der deutlich macht, welche Last wir letztendlich mit den Kindertagesstätten tragen. Wir erlangen als Einnahmen zur Deckung dieses Aufwandes etwa eine Größenordnung von 6,2 Millionen DM, davon sind 5 Millionen DM Förderungen des zuständigen örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe, also nunmehr des Landkreises Uckermark. Ungefähr 1,1 Millionen DM bezieht Schwedt aus Elterngebühren und rund 0,1 Millionen DM durch die von der Stadt Schwedt mit versorgten Umlandgemeinden. Somit bleibt eine kommunale Zuschusssumme in Höhe von 3,3 Millionen DM übrig.

Betrachtet man das Ganze im Verhältnis zu anderen Förderbereichen, die in einer Stadt wie Schwedt eine vergleichbare Rolle spielen, wie zum Beispiel allgemeine Projekte der Jugendförderung, für die wir nur noch 274.000 DM zur Verfügung haben oder für das Vorhalten von für uns unverzichtbaren Jugendfreizeitstätten mit offenen und pro-

jektbezogenen Angeboten für Kinder und Jugendliche, für die die Stadt 636.000 DM zu Lasten des eigenen Haushaltes aufbringt, wird deutlich, dass die Kindertagesstätten schon eine beträchtliche kommunale Last darstellen, die es der Verwaltung nicht immer einfach macht, die Dinge in den Einrichtungen so zu regeln, wie wir es uns vorstellen und gern hätten.

Hinzu kommt aber noch ein anderer Faktor, der sich aus der Entwicklung Schwedts ganz folgerichtig ableitet. Beim Thema I des heutigen Diskurses spielten ganz maßgeblich vor allem Qualitätsfaktoren eine Rolle, die in erster Linie bestimmt werden durch diejenigen, die in den Kindertagesstätten handeln, die unmittelbar mit den Kindern in den verschiedenen Einrichtungen arbeiten. Qualität in den Kindertagesstätten steht und fällt dabei immer mit der Qualität der Arbeit der Erzieherinnen.

Aber auch diese Fachkräfte sind logischerweise Menschen wie Sie und ich, die natürlich auch von ihrem gesellschaftlichen und kommunalen Umfeld mit geprägt werden. Und wenn hier zu konstatieren ist, dass im Dezember 1991 - also vor neun Jahren - in den Schwedter Kindertagesstätten insgesamt 5.854 Kinder bereut wurden, während es im Dezember 1999 gerade noch 2.000 Kinder waren, dann kann man ahnen, welche wesentlichen Einschnitte es in den Kindertageseinrichtungen geben musste.

Es war ein „Aderlass“ von 3.800 Kindern, der nicht etwa damit begründet ist, dass wir das Angebot von Plätzen in Kindertagesstätten willkürlich zurückgenommen haben, sondern dies nur dem Rückgang von Bevölkerung und Geburten geschuldet ist. Aus den Betreuungsschlüsselzahlen ist nicht schwer herzuleiten, wie viel Personal wir aufgrund dessen freizusetzen hatten, welche Probleme diese Entwicklungen bei den Erzieherinnen in den Kindertagesstätten hervorriefen und wie schwierig es sich in der kommunalen Praxis dann darstellt, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamtes oder für die Leiterinnen der Kindertagesstätten vor all dieser Entwicklung letztendlich auch inhaltliche Faktoren bezüglich der Qualität der Arbeit herüberzubringen und die Mitarbeiterinnen trotz aller Probleme zu ermuntern und zu motivieren, mit den Kindern so zu arbeiten, wie Eltern das zu Recht erwarten. Dort liegt natürlich ein beträchtliches Konfliktpotenzial, welches gerade im kommunalen Alltag zum Ausdruck kommt - und dazu noch in einer Stadt im Osten Deutschlands, die beträchtlich von gravierenden strukturmäandenden Entwicklungen betroffen war und ist.

Ich möchte das aber auch unter einem anderen Gesichtspunkt darstellen. Kindertagesstätten und Schulen sind in den Wohnquartieren der Bürger außerordentlich stark verankert; sie sind ein Faktor, der zur Identitätsgewinnung in den Wohnquartieren beiträgt. Wenn 3.800 Kinder weniger zu betreuen sind, kann man sich natürlich ausrechnen, dass sich das Ganze nicht nur im Personalkörper niederschlägt, sondern natürlich auch in Einrichtungen selbst. Häuser, die für Kinder und deren Familien Identifikationspunkte waren, sind heute nicht mehr das, was sie einmal waren, nämlich Kindertagesstätten, oder sie sind sogar einem Abrissbagger zum Opfer gefallen.

Auf diese Art und Weise mussten in Schwedt im geschilderten Zeitraum 16 Kindertagesstätten geschlossen werden; es waren allesamt vergleichsweise große Kindertages-

stätten. Ich hatte eingangs erwähnt, dass Schwedt zwischen 1960 und 1980 entwickelt wurde und so ausschließlich über neugebaute Kindertagesstätten mit Kapazitäten zwischen 120 und 180 Plätzen verfügte. Ich glaube, spätestens jetzt erkennen Sie, welche tiefe Spuren solche gravierenden Veränderungen letztendlich im organischen Gefüge einer Stadt hinterlassen.

Das alles umreißt deutlich, dass Kindertagesstätten durchaus ein kommunaler Lastfaktor sind, sowohl monetär als auch als Gegenstände der Stadtentwicklung bei der Gewichtung der unterschiedlichen Politikfelder des kommunalen Handelns. Heftige Diskussionen zwischen Kommunalpolitikern, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und Bürgern waren an der Tagesordnung, wenn es darum ging, all dieses durch- und umzusetzen.

Ich möchte den Gedanken im Hinblick auf die kommunale Last noch ein wenig weiterführen, bevor ich dann zu den Lustfaktoren kommen werde. Das Land Brandenburg - und ich kann das Wissen darüber in der heutigen Diskussionsrunde sicherlich nicht voraussetzen - hat vor kurzem sein Kindertagesstättengesetz gravierend geändert, so gravierend, dass beispielsweise der Brandenburger Städte- und Gemeindebund durchaus Zweifel daran hat, ob dieses Kindertagesstättengesetz noch mit den Vorgaben des SGB VIII vereinbar ist. Nicht umsonst ist den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe maßgebliche Kompetenz zugewiesen, sowohl organisatorisch als auch monetär, wenn es darum geht, Angebote wie Kindertagespflege letztendlich zu organisieren, zu fördern und zu begleiten. Brandenburg ist vor kurzem einen Weg gegangen, unter dem Schlagwort „Kommunalisierung der Organisations- und Finanzverantwortung“, die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe um all diese Aufgaben zu entlasten und diese auf die Gemeindeebene zu transportieren.

Bezüglich der Organisationsverantwortung mag das durchaus sinnvoll sein. Bezüglich des Begriffes der sogenannten Leistungsverpflichtung, die künftig ausschließlich bei den Gemeinden liegen wird, erscheint mir das ein Schritt in die falsche Richtung zu sein. Denn die amtsfreien Gemeinden und Ämter Brandenburgs werden künftig diejenigen sein, die den Rechtsanspruch auf Versorgung mit Kindertagesstätten zu erfüllen und diesen im vollen Umfang auch zu finanzieren haben werden. So kann man heute schon erahnen, wie sich der kommunale Lastfaktor „Kindertagesbetreuung“ für die Brandenburger Kommunen entwickeln wird. Das Gesetz in voller Wucht greift ab 1. Januar 2001. Ab diesem Zeitpunkt werden ausschließlich die Kommunen leistungspflichtig sein und damit die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe von einer wichtigen Aufgabe entlastet.

Vor diesem Hintergrund ist es natürlich nicht weit hergeholt, zu unterstellen, dass damit die beträchtlichen Konflikte, die es in der Abwicklung eines kommunalen Haushaltes zwischen den unterschiedlichen Politikfeldern nun einmal gibt, sich vor dem Hintergrund der wachsenden Aufwendungen, die von den Kommunen nunmehr für den Bereich der Kindertagesstättenversorgung zu erbringen sein werden, logischerweise verschärfen.

Der Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung war in Brandenburg sehr weit gefasst. Brandenburg gehörte seit 1995 zu den wenigen Bundesländern, die einen unbedingten Rechtsanspruch auf Versorgung mit Kindertagesstätten für Kinder von Geburt bis zur Vollendung des zwölften Lebensjahres eingeräumt hatten. In der angesprochenen Novelle zum Brandenburger Kindertagesstättengesetz wurde dieser Anspruch geringfügig novelliert. Nach dieser Novelle ist nun der unbedingte Rechtsanspruch nur noch für Kinder des vollendeten zweiten Lebensjahres bis zur Versetzung in die fünfte Schuljahrgangsstufe gegeben. Die Kinder im Alter bis zur Vollendung des zweiten Lebensjahres und die Grundschüler nach Versetzung in die fünfte Schuljahrgangsstufe haben noch einen sogenannten bedingten Rechtsanspruch, der maßgeblich seine Bedingung aus der Erwerbstätigkeit der Eltern erfährt.

Wir sind gespannt, wie sich letztendlich all diese Veränderungen auf die kommunalpolitische Praxis auswirken werden. Ich bin mir in meiner Erwartung aber ziemlich sicher, dass Kindertagesstättenbetreuung nach wie vor ein beträchtlicher kommunaler Lastfaktor bleiben wird.

Nun zu den **Lustfaktoren**. Es gab 1990 in Schwedt keine freien Träger, die Angebote für Kinder in Kindertagesstätten gemacht haben. Das hatte historisch etwas damit zu tun, dass diese Formen in der DDR nicht gewollt waren. Das ist heutzutage glücklicherweise anders. Wir konnten in Schwedt eine Reihe freier Träger gewinnen, die sich gemeinsam mit der Verwaltung der Jugendhilfe dem Aufgabenfeld „Kindertagesstätten“ gestellt haben. Es sind vorrangig nicht die hinlänglich bekannten Großunternehmen der freien Jugendhilfe, die bundesweit oder in mehreren Bundesländern präsent sind, sondern maßgeblich Träger, die sich - bis auf eine Ausnahme - in Schwedt selbst entwickelt haben. Damit werden von den 1.194 Kindern, die bis zum Eintritt ins Schulalter Tagesstätten Schwedts besuchen, heute immerhin 618 Kinder durch freie Träger in deren Einrichtungen betreut.

In Schwedt wurde im Rahmen der Kindertagesstättenbedarfsplanung von vornherein darauf geachtet, dass Kindertagesstätten nur unter den Bedingungen an freie Träger übertragen werden, dass sie begründet auf absehbare Entwicklungsdaten der Kinderzahlen und der Betreuungsverhältnisse auf Dauer in Schwedt erhalten bleiben. Das bedeutet umgekehrt aber auch, die gesamte Abbaulast, die sich aus dem beträchtlichen Rückgang an Kindern, Beschäftigten und Einrichtungen ergibt, hat die Stadt allein im Netz der öffentlich getragenen Kindertagesstätten realisiert. Dies war aber so gewollt und es hat sich bewährt. Wir haben damit zumindest im Bereich der freien Träger sich stabil entwickelnde Einrichtungen, die diese freien Träger auch als Chance für sich begriffen haben.

Ich möchte an dieser Stelle nachdrücklich klarstellen: Auch die Mitarbeiterinnen in den kommunalen Einrichtungen entwickeln eine Vielzahl von Initiativen, sie sind für das Wohl der ihnen anvertrauten Kinder engagiert. Die Nachhaltigkeit ihres Wirkens wird leider nur allzu oft durch den Einschnitt der Schließung gerade ihrer Kindertagesstätte unterbunden. Um so deutlicher wird aber dadurch, dass wir insbesondere im Zusammenwirken mit den freien Trägern Effekte erreicht haben, die uns

sehr zufrieden sein lassen und die zeigen, dass Kindertagesstätten sehr wohl in der Lage sind, sich aus sich heraus auch in eine bestimmte Richtung qualitativ zu entwickeln, unabhängig von den monetär-materiellen Ressourcen, wenn eine klare Entwicklungsperspektive vorhanden ist, so wie wir sie diesen Einrichtungen von vornherein gegeben haben. Und dies hat uns insofern auch Mut gemacht, dass das Problem auch unter den sehr schwierigen strukturellen Umbrüchen Schwedts lösbar und beherrschbar ist.

Wir haben auf diese Art und Weise sowohl im monetären Bereich, vor allem aber auch - und das ist für uns an dieser Stelle wesentlich wichtiger - im inhaltlichen Bereich der Arbeit dieser Einrichtungen ein Maß von Erfolg und Zufriedenheit mit der Arbeit erreicht, welches sichtbar macht, dass die Unterbreitung von qualitativ guten Angeboten im Bereich der Kindertagesstätten sehr wohl auch kommunale Lust sein kann.

Abschließend möchte ich an dieser Stelle noch einige Anmerkungen zum Verhältnis von Kindertagesbetreuung und Schule machen. Es ist unbestritten, dass auch für Kinder im Grundschulalter Tagesbetreuungsangebote unerlässlich sind. Fraglich ist für mich dabei aber durchaus, ob diese als Angebot der Kinder- und Jugendhilfe organisiert sein müssen. Kann nicht auch die Schule selbst Erbringer solcher Betreuungsleistungen sein? In der Praxis erweist sich doch gerade diese Trennung der Zuständigkeiten oft genug als Problem bei der Abstimmung der Abfolge von Unterricht und Betreuung. Die immer wieder geforderte Hinwendung der Grundschule zur ganztägigen Angebotsform wäre am einfachsten darstellbar, wenn durch die Schule selbst Unterricht und, wenn von den Eltern gewünscht, auch Tagesbetreuung aus einer Hand angeboten werden würde.

Die oben genannte Novelle des Kindertagesstättengesetzes in Brandenburg käme einer solchen Lösung sogar entgegen, da die Zuständigkeit für Kindertagesbetreuung unmittelbar bei den Gemeinden angesiedelt wurde und nun der Leistungserbringer des Grundschulangebotes und des Kindertagesbetreuungsangebotes in beiden Fällen die Gemeinde selbst ist.

Ich halte dieses für eine durchaus tragfähige Plattform, von der aus Überlegungen über ein geeignetes Konzept ausgehen könnten. Ich bin gespannt, ob sich eine Diskussion über den heutigen Tag hinaus auch in diese Richtung entwickeln wird. Gute Gründe dafür gibt es. Fürs erste danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

2. Statement:

Reinhard Mach: Zunächst möchte ich einige wenige Bemerkungen zum Landkreis Ludwigslust machen, der im Westen Mecklenburg-Vorpommerns liegt und an der Elbe an Niedersachsen grenzt. Auch der Landkreis Ludwigslust ist ein großer Flächenkreis, aber rund 1.000 Quadratmeter kleiner als die Uckermark in Brandenburg. Allerdings ist der Landkreis dünn besiedelt, es leben dort 132.000 Menschen; das sind 53 Ein-

wohner pro Quadratkilometer. Aber - und das ist für die neuen Bundesländer wohl bemerkenswert - seit einigen Jahren steigen die Einwohnerzahlen an.

Trotzdem: Je dünner eine Region besiedelt ist, desto komplizierter wird Kindertagesbetreuung. Unter solchen geographischen Gegebenheiten trifft das geflügelte Wort leider nicht zu: kurze Beine, kurze Wege. Die Wege sind im Landkreis Ludwigslust ein wenig weiter als anderswo, woran sich aber die Bürger gewöhnt haben. Nicht selten dient das private Auto als Transportshuttle für die Kinder zur Tageseinrichtung.

Der Landkreis Ludwigslust liegt sehr zentral zwischen Hamburg und Berlin; dieser hat die geringste Arbeitslosenquote in Mecklenburg-Vorpommern. Der Landkreis profitiert direkt aus der Nähe zu Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Es gibt rund 15.000 Auspendler und etwa 9.000 Einpendler in den Landkreis. Die wirtschaftliche Situation im Landkreis ist im Vergleich zu anderen Regionen des Landes Mecklenburg-Vorpommern nicht so angespannt.

Aber eine Arbeitslosenquote zwischen zwölf und 15 Prozent ist - denkt man an den Durchschnittswert in der Bundesrepublik Deutschland - immer noch viel zu hoch. Auch in einigen Gebieten des Landkreises Ludwigslust ist die wirtschaftliche Lage dramatisch. Das hat letztendlich damit zu tun, dass insbesondere junge Leute den Landkreis verlassen, weil sie sich zunehmend die Frage stellen, warum man täglich drei oder vier Stunden als Pendler unterwegs ist. Viele entscheiden sich wegzuziehen, in die Nähe des Arbeitsplatzes.

Nachdem Sie nun einiges über den Landkreis Ludwigslust erfahren haben, komme ich zum Thema II des Diskurses. Im Unterschied zu Herrn Herrmann habe ich aber meinen Beitrag nicht so aufgebaut, dass ich zwischen Lust- und Lastfaktoren unterscheide. Ich will versuchen, am Schluss meines Statements kurz zu resümieren.

Die Kindertagesbetreuung ist in Mecklenburg-Vorpommern - wie in den anderen Bundesländern auch - durch ein Gesetz geregelt. Darin sind Ansprüche, Bedarf, Standards und Zuständigkeiten festgelegt, die im Ergebnis praktisch dazu führen, dass für alle Kinder bis zum 10. Lebensjahr die Inanspruchnahme der Kindertagesbetreuung möglich ist. Mecklenburg-Vorpommern hat aber keinen so weitgehenden einklagbaren Rechtsanspruch wie Brandenburg.

Obwohl in dem nordöstlichen Bundesland ein einklagbarer Rechtsanspruch nur vom 3. Lebensjahr bis zum Schuleintritt besteht, hat das OVG Greifswald vor einiger Zeit entschieden, dass der Besuch einer Kindertagesstätte Kindern, die unter drei beziehungsweise über sechs Jahre alt sind, nicht verwehrt werden darf, wenn ein Elternteil nicht berufstätig ist und freie Plätze in der Gemeinde zur Verfügung stehen.

Der Anspruch der Personensorgeberechtigten richtet sich immer gegen die Wohnsitzgemeinde, auch wenn diese keine eigene Einrichtung betreibt. Über die Finanzierungsstrukturen der Kindertagesbetreuung informiert die **Abbildung 1**.

Finanzierung der Kindertagesbetreuung in Kindertagesstätten des Landes Mecklenburg-Vorpommern

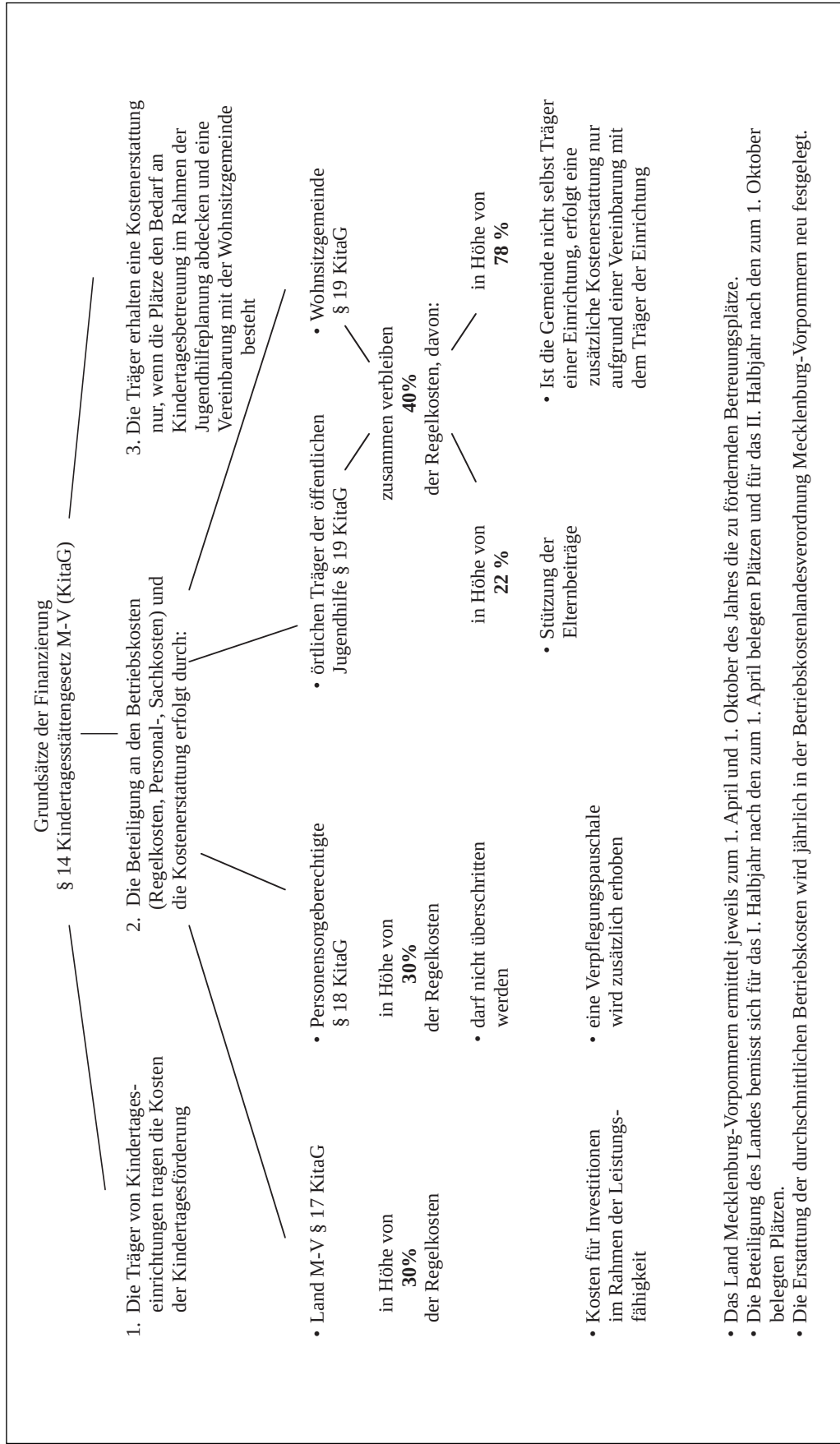


Abbildung 1

Darüber hinaus werden Elternbeiträge für Kinder, die aus sozialen Schwerpunktfamilien kommen und denen aus sozialpädagogischer Sicht ein Kindergartenplatz zur Verfügung gestellt wird, in sehr großzügiger Weise übernommen. Dabei zeichnet sich die Strategie der Jugendhilfe im Landkreis Ludwigslust ab, den Versuch zu unternehmen, sehr frühzeitig sozialpädagogische Hilfe dort anzubieten, wo ein sozialpädagogischer Bedarf ersichtlich wird.

Die Gesamtaufwendungen für die Kindertagesbetreuung sind in der **Abbildung 2** dargestellt. Die Beteiligung der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe an den Elternbeiträgen unterliegt - wie in der **Abbildung 3** ersichtlich - sehr stark der politischen Prioritätensetzung der Vertretungskörperschaften. Während in Rostock und im Kreis Müritz mehr als 20 DM pro Einwohner und Jahr eingesetzt werden, wendet Wismar mit 4,34 DM pro Einwohner und Jahr weniger als ein Fünftel dessen auf.

Mit insgesamt knapp 4,8 Millionen DM beansprucht die Kindertagesbetreuung knapp 20 Prozent des gesamten Jugendhilfehaushaltes des Landkreises. Die Ausgaben für Hilfen zur Erziehung sind mit rund 13 Millionen DM nach wie vor Spitzenreiter; die dafür aufzuwendenden Kosten machen fast die Hälfte des Jugendhilfehaushaltes aus.

Da ich als Beigeordneter nicht regelmäßig mit der Kindertagesbetreuung zu tun habe und mir neben dem im Wesentlichen auf Statistik beruhendem internen Berichtswesen ein Bild zur Situation im Landkreis Ludwigslust verschaffen wollte, wurden als Vorbereitung auf den heutigen Diskurs zwei Workshops mit Leiterinnen von Kindertageseinrichtungen, Fachreferentinnen von Gemeinden sowie ehrenamtlichen und hauptamtlichen Bürgermeistern kreisangehöriger Gemeinden und Städte durchgeführt.

Diese Workshops wurden bewusst unterteilt, und zwar in einen Workshop unter Betrachtung der Kindertagesbetreuung in kreisangehörigen Städten und in einen Workshop unter Betrachtung der Kindertagesbetreuung in den Dörfern des Landkreises - im ländlichen Raum. Ich hatte wohl geahnt, dass es Unterschiede geben würde, aber dass diese Unterschiede mit einer von mir heute darzustellenden Brisanz deutlich wurden, hatte ich nicht vermutet.

Zunächst zu den Gemeinsamkeiten hinsichtlich der Kindertagesbetreuung in Städten und Dörfern des Landkreises Ludwigslust:

Kindertagesbetreuung hat im Landkreis Ludwigslust eine lange Tradition. Sie ist integraler Bestandteil der Wahrnehmung der Aufgaben der Daseinsvorsorge der Kommunen des Landkreises. Man kann sagen, dass die Kindertagesbetreuung im Kontext der Jugendhilfe nicht nur wegen der Höhe der finanziellen Aufwendungen, sondern auch aus seiner inhaltlichen Gestaltung heraus hinsichtlich der Wertigkeit in den Städten und Gemeinden des Landkreises Ludwigslust vor der offenen und verbindlichen Jugendarbeit rangiert. Diese Tatsache ist jedoch auch der aktuellen Gesetzeslage geschuldet. Ich erwähnte bereits, dass das Kindertagesstättengesetz Mecklenburg-Vorpommerns die Kindertagesbetreuung den Städten und Gemeinden als Aufgabe mit Finanzverantwortung zuweist.

Aufwendungen für die Kindertagesbetreuung im Landkreis Ludwigslust im Jahr 2000

	in %	entspricht DM
<u>Land</u>	<u>30</u>	<u>10.539.356,00</u>
<u>Eltern</u> dav. Kreis nach § 18 und 19 KitaG M/V	<u>30</u>	<u>10.539.356,00</u> <u>1.676.644,24</u>
<u>Wohnsitzgemeinde und Kreis</u> dav. Kreis	<u>40</u> 22 (von 40)	<u>14.052.475,00</u> <u>3.091.544,50</u>
<u>Gesamt</u>	<u>100</u>	<u>35.131.187,00</u>

DM/Kind von 0 bis 10 Jahren (bei 11.575 Kindern) = 3.035,10 DM

DM/belegten Platz (bei 5.775 Plätzen) = 6.083,30 DM

DM/Ew. (bei 131.977 Ew.) = 266,10 DM

Abbildung 2

Aufwendungen ausgewählter Kreise und kreisfreier Städte zur Stützung von Elternbeiträgen in der Kindertagesbetreuung

Landkreis/kreisfreie Stadt	betroffene Fälle (Stand 31.12.1999)	bereitgestellte Mittel vom Jugendamt (DM)	DM/Ew.
Bad Doberan	351	765.384,00	6,57
Demmin	615	1.035.718,00	10,80
Greifswald	574	692.765,90	12,54
Güstrow	642	1.344.543,42	11,80
Ludwigslust	1.378	1.695.568,00	12,85
Müritz	1.065	1.600.000,00	22,83
Nordvorpommern	750	1.014.651,50	8,50
Ostvorpommern	795	1.027.200,00	8,92
Parchim	892	1.173.987,00	10,72
Rostock	2.119	4.091.314,41	20,13
Stralsund	keine Angaben	525.100,00	8,56
Uecker-Randow	559	774.245,00	8,96
Wismar	445	206.097,80	4,34

Abbildung 3

Seit 1990 wurden im Landkreis Ludwigslust fünf Kindertageseinrichtungen neu gebaut; die sechste wird in wenigen Wochen übergeben. Darüber hinaus haben die Städte und Gemeinden des Landkreises unter Zuhilfenahme von Zuschüssen des Landkreises und des Landes in den vergangenen zehn Jahren mehr als 15 Millionen DM investiert, um die vorhandenen Kapazitäten zu sanieren.

Dieser Prozess ging mit einem erheblichen Rückgang der Kinderzahlen einher, was dazu geführt hat, dass die Anzahl der Kindertageseinrichtungen im Landkreis Ludwigslust - wie in anderen Gegenden der neuen Bundesländer auch - erheblich sank. Ich verzichte an dieser Stelle darauf, die Anzahl der Kindereinrichtungen im Landkreis zwischen 1990 und heute zu vergleichen, weil sich aufgrund von einrichtungsinternen Umstrukturierungen und Zusammenlegungen im Rahmen der Jugendhilfeplanung ein verzerrtes Bild ergeben würde, das die Realität nicht widerspiegelt - **siehe Abbildung 4**. Rund 44 Prozent der Kindertageseinrichtungen befinden sich in freier Trägerschaft. Daraus folgt im Umkehrschluss, dass 56 Prozent der Einrichtungen in Trägerschaft der Städte und Gemeinden sind.

In der kommunalpolitischen Landschaft des Landkreises Ludwigslust, der Gemeinden und Städte hat die Kindertagesbetreuung einen durchaus positiven Stellenwert. Gleichwohl sind diesbezüglich in den Gemeinden des Landkreises Unterschiede lokalisierbar, die jedoch weniger auf parteipolitische Zugehörigkeit von Parlamentsmehrheiten als auf persönliche Einstellungen von Abgeordneten zurückzuführen sind.

Während in den ländlichen Gebieten eine Kindertagesstätte aus einer oder zwei Gruppen besteht, gibt es in den Städten des Landkreises eine Reihe größerer Einrichtungen mit vier und fünf Gruppen.

Für die Einrichtungen im ländlichen Raum sind folgende Merkmale besonders hervorzuheben:

- Die Kindertagesbetreuung ist eher ein Förderinstrument für familienpolitische Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- Das Personal besteht in der Regel aus Erzieherinnen, die von nicht ausgebildeten Helferinnen unterstützt werden.
- Umfassende berufsbegleitende Qualifizierungen sind in der Regel nicht möglich, weil die Einrichtung dann geschlossen werden müsste.
- Dies führt dazu, dass komplizierte sozialpädagogische Probleme in diesen Kindertageseinrichtungen eher selten gelöst werden können.
- Für Kinder unter drei Jahren trifft man im ländlichen Raum zunehmend auf Tagespflegestellen.
- Aufgrund der komplizierten Finanzausstattung bereitet es den Gemeinden zunehmend Probleme, insbesondere kleine Einrichtungen mit weniger als 15 täglich an-

Entwicklung der Kapazitäten zur Kindertagesbetreuung im Landkreis Ludwigslust

Alters- stufen	Anzahl der dort lebenden Kinder			Anzahl der Einrichtungen		Platzkapazität		
	1998	gesamt	1999	gesamt	1998	1999	gesamt	gesamt
0 - 3 J.	3.041		3.495	117	114		1.050	
3 - 6 J.	2.274	11.538	2.709			3.172	7.997	7.662
6 - 10 J.	6.223		5.349			3.880	3.400	

Alters- stufen	beanspruchte Plätze			Auslastung in Prozent		Anteil beanspruchter Plätze zur Anzahl der Kinder in Prozent	
	1998	gesamt	1999	gesamt	1998	1999	gesamt
0 - 3 J.	737		871	75,2	75,0	24,92	
3 - 6 J.	2.188	6.064	2.409			88,92	49,45
6 - 10 J.	3.139		2.468			46,14	

Abbildung 4

wesenden Kindern zu finanzieren, weil die Kosten pro Platz aufgrund der geringen Kapazität besonders hoch sind.

- Die Einbindung der Kindertagesstätten in das dörfliche Sozialleben ist in der Regel sehr intensiv.
- Die Beteiligung der Eltern bei Renovierungsarbeiten, bei der Gestaltung von Außenanlagen etc. stellt in der Regel kein Problem dar.
- Einige Einrichtungen im ländlichen Raum haben das Erlernen der plattdeutschen Sprache in das Programm der Kindertagesstätte aufgenommen.

Für die Kindertageseinrichtungen in den Städten lässt sich - abweichend von den soeben genannten Merkmalen - Folgendes sagen:

- Kindertagesbetreuung wird überwiegend als ein Förderinstrument zur qualitätsgerechten Erziehung und Bildung von Kindern angesehen.
- Fortbildung und Qualifikation bereiten keine so großen Probleme, so dass festzustellen ist, dass das Personal in den größeren Einrichtungen der Städte durchgehend besser qualifiziert ist als das Personal in den kleineren Einrichtungen in gemeindlicher Trägerschaft.
- In vielen Einrichtungen in den Städten findet man neben staatlich anerkannten Erzieherinnen auch ausgebildete Sozialpädagoginnen, so dass Kinder aus sozialen Schwerpunktfamilien zielgerichtet und kompetent betreut werden können.
- Elternarbeit findet in diesen Einrichtungen zielgerichteter, kontinuierlicher und mit höherer Qualität statt.
- Die Bildungsarbeit steht auf einem höheren Niveau, je nach Ausrichtung der Kindertagesstätte wird musikalische, sportliche oder technische Bildung angeboten.
- Eine große Zahl von Einrichtungen in den Städten hat in den vergangenen Jahren regelmäßige Familienbildungsangebote unterbreitet. Dabei werden inhaltliche Schwerpunkte der Kindererziehung vermittelt, die einerseits von den Eltern bestimmt, andererseits aber auch aus der Sichtweise der Erzieherinnen und Sozialpädagoginnen auf die Tagesordnung gesetzt werden.
- Viele Einrichtungen bieten neben der Horterziehung an einem bis zu zwei Tagen in der Woche Freizeitmöglichkeiten für die sogenannten Lückekinder (elf bis zwölf Jahre) an, weil diese sich oft in den Jugendfreizeiteinrichtungen (noch) nicht wohlfühlen.
- In einigen wenigen Einrichtungen gibt es Versuche, Angebote intensiver Betreuung der Kinder und Eltern mit zusätzlichem sozialpädagogischen Personal zu gestalten, wobei es sich dabei nicht um Erziehungshilfe handelt.

Mit Blick auf die Eltern lässt sich für den Landkreis Ludwigslust feststellen, dass die Bereitschaft zur Mitgestaltung der Inhalte, der Anspruch an Qualität von Bildung und Erziehung im Vergleich zur DDR-Zeit gestiegen ist. Dies liegt sicher daran, dass für

die Kindertagesbetreuung in nicht unerheblichem Maße Elternbeiträge gefordert werden. Darüber hinaus wurden mir von den Leiterinnen der Einrichtungen eine höhere Sensibilität und eine kritischere Haltung der Eltern signalisiert.

Als **besondere Spezifik der Kindertagesstätten in freier Trägerschaft** ist hervorzuheben, dass

1. Erzieherinnen in den Einrichtungen eine Qualifikations- und Fortbildungsverpflichtung haben und
2. alle Kreisverbände freier Träger in eigener Regie Fachberatungen durchführen, was sich in der Qualität der Arbeit der Kindertagesbetreuung deutlich niederschlägt.

Für die Zukunft der Kindertagesbetreuung im Landkreis Ludwigslust ist Folgendes von Bedeutung:

1. Die Unterschiede zwischen Städten und Dörfern, insbesondere hinsichtlich der inhaltlichen Arbeit, sind weiter zu reduzieren. Dies ist durch die Übertragung der Kindergärten in den Dörfern in freie Trägerschaft möglich oder durch die Schaffung von kommunalen Trägerverbänden zur Sicherstellung von fachlichem Austausch und Qualifikation des Personals.
2. Vor dem Hintergrund der jährlich geringer werdenden kommunalen Finanzausstattung ist es in Zukunft Sache des örtlichen Trägers, im Interesse der Jugendhilfe umfassende Lobbyarbeit für die Kindertagesbetreuung durchzuführen. Dabei kommt es darauf an, die politische Prioritätensetzung für die Tagesbetreuung jährlich neu zu erkämpfen.
3. Die Versuche zur Einrichtung sozialpädagogischer Schwerpunktkindergärten sind weiter voranzubringen und positive Erfahrungen in eine größere Breite zu überführen.

Abschließend lässt sich sagen, dass aus Sicht des Landkreises Ludwigslust Kindertagesbetreuung nach wie vor eher kommunale Lust als kommunaler Frust ist. Um diese Aussage allerdings noch in fünf Jahren treffen zu können, bedarf es intensiver fachlicher Arbeit und intensiver Anstrengungen im politischen Raum, weil nach wie vor die Gefahr zu sehen ist, dass es Kräfte gibt, die die Kindertagesbetreuung in den neuen Bundesländern quantitativ auf das Niveau der Kindertagesbetreuung in den alten Bundesländern zurückführen wollen. Ich meine, eher die Umkehrung sollte das Ziel deutscher Kinder- und Jugendpolitik sein.

3. Statement

Annegret Bommelmann: Ich bin mir bewusst, dass ich nach den Ausführungen von Professor Wassilios Fthenakis und nach den bisherigen Diskussionsbeiträgen - vor allem von Professor Reinhart Wolff - den moralischen „Schwarzen Peter“ ziehe, wenn ich die in der Diskussion erörterten Realisierungsmöglichkeiten in mein Statement mit einbeziehe. Und dennoch stehe ich inhaltlich hinter einer Position, die für mich heißt:

„Die Verschuldungspolitik der letzten zehn bis zwanzig Jahre ist strukturelle Gewalt gegen die Generation, für die wir uns heute hier einsetzen und um die wir uns kümmern wollen.“

Ich werde versuchen, mich an den im Programm aufgeworfenen Fragen als Überschriften entlangzuhandeln und dabei einige Positionen zu den Aspekten der Last oder der Lust zu klären.

Kommunen können mit Familien verglichen werden. Kinder in einer Familie bedeuten auch nicht nur Freude und Lust; Kinder bringen auch Sorgen und sind sicher ehrlicherweise auch manchmal Last. Mal sehen, ob Polaritäten für die Diskussion nicht nur ganz spannend und anregend sind oder ob sie uns auch nach vorn bringen. So wird denn auch am Ende meiner Betrachtungsweise - das kann ich schon jetzt ankündigen - nicht nur Lust oder nur Last herauskommen. Kommunen müssen beschreiben, was sie inhaltlich und fachlich wollen und was sie finanzieren können. In der Praxis muss beschrieben werden, was unter diesen Rahmenbedingungen zu leisten ist.

Beispiel Kiel:

- Die Versorgung von 70 Prozent der sogenannten Rechtsanspruchskinder reicht aufgrund tatsächlicher Nachfrage als Planungsgröße in der Regel aus.
- Förderrichtlinien beschreiben die Bedingungen für Einrichtungen der freien Träger und städtische Einrichtungen.
- Keine Ausweitung des Budgets.
- Im Rahmen der bisherigen Finanzierungen bedarfsgerechte Veränderungen des Angebotes.
- Für städtische Kindertageseinrichtungen ist die Entwicklung einer Rahmenkonzeption für alle Einrichtungen verbindlich.
- Im Rahmen von Qualitätsentwicklung - zum Beispiel bei der AWO und in städtischen Einrichtungen - werden Standards entwickelt.

1. Ist Kindertagesbetreuung ein Förderinstrument zur qualitätsgerechten Erziehung und Bildung oder eher eine familienpolitische Maßnahme zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf?

Kindertageseinrichtungen sind selbstverständlich eine familienpolitische Maßnahme zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ohne Kinderbetreuungsplätze können vor allem Frauen keiner Berufstätigkeit nachgehen. Selbstverständlich liegt es im Interesse der Kommunen, wenn die Arbeitslosigkeit sinkt, dass möglichst viele Bürgerinnen und Bürger für ihren eigenen Unterhalt aufkommen und nicht mehr von staatlichen Transferleistungen abhängig sind.

Dazu gehört auch, dass sich Kommunen aktiv darum bemühen, dass beispielsweise junge Mütter, die bisher keine Ausbildung haben, genau das trotz Mutterschaft nachholen können. Dann muss selbstverständlich auch bei Qualifizierungsmaßnahmen beziehungsweise Ausbildungsmaßnahmen eine Betreuung für die Kinder sichergestellt werden.

Kindertageseinrichtungen haben aber ihren eigenen Betreuungs-, Bildungs-, und Erziehungsauftrag und sind ein wichtiges Instrument, um die familiäre Erziehung zu unterstützen und zu ergänzen.

Es hat einen erheblichen Wandel der sozialräumlichen Lebensbedingungen von Kindern gegeben: Dazu zählt häufig das fehlende Geflecht von Geschwistern und Nachbarschaftsbeziehungen. Kinder brauchen Spielorte, „Ersatzorte“, um andere zu treffen und Formen des Aushandelns, der Kooperation und der Solidarität zu üben. Kindertageseinrichtungen sind dementsprechend ein wichtiger eigenständiger Sozialisationsort für Kinder. Ich erinnere daran, dass nicht nur die Geschwisterliebe in den Ein-Kind-Familien fehlt, sondern vor allem lässt die fehlende Geschwisterrivalität keine Erfahrungen in Streitsituationen oder beim Aushandeln von Kompromissen vermitteln.

2. Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen von Anfang an?

Gibt es „die bessere Alternative“ - Krippe, Kindertagesstätte oder Tagespflege?

Schon vor Jahren hat es in Kiel die Entscheidung gegeben, aus pädagogischen Gründen keine eigenständigen Krippen einzurichten und zu fördern. Kinder unter drei Jahren werden in alterserweiterten Gruppen für Kinder zwischen einem und sechs Jahren betreut, das heißt, in einer Gruppe sind bis zu fünf Kinder unter drei Jahren und zehn Kinder zwischen drei und sechs Jahren. Die Plätze (171) reichen aber bei weitem nicht aus, um die Nachfrage zu decken.

Als Alternative steht ein gut ausgebautes Netz an Tagesmüttern und ein System mit eigens qualifizierten Tagesmüttern mit tariflicher Bezahlung zur Verfügung. Kiel hat über die Förderung von Qualifizierungsmaßnahmen für Tagesmütter dazu beigetragen, dass die Tagespflege ein qualitativ gutes alternatives Angebot insbesondere für die Betreuung der unter dreijährigen Kinder ist. Seit 1995 haben rund 150 Frauen und einige wenige Männer an den Qualifizierungsmaßnahmen teilgenommen.

3. Betreuen die Tageseinrichtungen die „richtigen Kinder“ im richtigen Umfang?

Garantiert ein ausreichendes Angebot an Kindertagesbetreuung mittelfristig einen Rückgang an „Hilfen zur Erziehung“?

Statistisch lässt sich nicht nachweisen, dass Kindertagesbetreuung die Jugendhilfekosten verringert. Als isoliertes Angebot können Kindertageseinrichtungen auch nicht alles auffangen, was Familien nicht mehr leisten können. Es müssen Perspektiven für die zukünftige Arbeit von Kindertageseinrichtungen entwickelt werden, zum Beispiel

hin zu Familienzentren und zu stärkerer Vernetzung im Stadtteil. Kindertageseinrichtungen sind oft ein sehr niederschwelliges Angebot für Eltern, wo beispielsweise das Angebot von Elternschulen eher angenommen wird als an anderen Orten.

In Kiel gibt es eine Entwicklung hin zu breiter gefächerten Angeboten in den Einrichtungen: Krabbelgruppen, Stillgruppen, Sprachkurse für Frauen, kulturelle Angebote für Kinder und Eltern im Stadtteil. Meine Vorstellungen zur Zukunft von Kindertagesstätten liegen in einer sozialräumlichen Orientierung; ob man nun Mütterberatung mit Ernährungsfragen in der Kindertagesstätte verortet, die Erziehungsberatung in die Einrichtungen bringt oder die Kindertagesstätte als Standort für Stadtteilkultur ausbaut und damit identitätsstiftend für das soziale Quartier arbeitet.

4. Erziehungspartnerschaft oder Elternwünsche versus Professionalität der Erzieherinnen und Erzieher?

Stichwort „Erziehungspartnerschaft“: Hierbei stellen wir Veränderungen in der Elternarbeit in den Einrichtungen fest. Konkurrenz belebt das Geschäft durchaus auch inhaltlich. Freie Plätze und die Konkurrenz um eine volle Einrichtung, damit der Bestand und die Arbeitsplätze gesichert sind, bewirken auch, dass Eltern als Partner - und zwar gleichberechtigte Partner - ernster genommen werden. Das heißt nicht, dass es nicht zu Konflikten kommt, aber die Einrichtungen haben ein großes Interesse daran, „zufriedene Kunden“ zu haben.

Bei allem guten Willen können alle Elternwünsche manchmal doch nicht erfüllt werden - zum Beispiel ein besonderer Platz in einer speziellen Einrichtung. Aber ein breites Angebot unterschiedlicher Träger und Ausrichtungen, das dem unterschiedlichen Bedarf gerecht wird, ist organisierbar. Unter den bestehenden Bedingungen praktizieren wir so viel Flexibilität in der Anpassung der Angebote an den Bedarf wie möglich. Die Grenze in Kiel ist immer dann erreicht, wenn das Angebot ausgeweitet wird oder die Veränderung mit einer Steigerung der Kosten verbunden wäre. Für alle Träger gilt immer: Veränderungen nur in enger Abstimmung mit der Jugendhilfeplanung.

5. Muss die Jugendhilfe auch Schulkinder betreuen oder ist dies eine Aufgabe der Schule?

In Kiel wurde kürzlich eine Fachtagung zur Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe durchgeführt, weil es viele Anhaltspunkte für die Notwendigkeit einer besseren Zusammenarbeit gibt. Jugendhilfe und Schule betreuen dieselben Kinder. Es ist notwendig, verstärkt zusammenzuarbeiten und neben den traditionellen Angeboten wie Hort, betreute Grundschule, pädagogischer Mittagstisch und offene Jugendarbeit neue Kooperationsformen zu entwickeln, die dem Bedarf von Kindern und Familien gerecht werden.

Gleichwohl sage ich sehr deutlich, dass es nicht sein kann, dass die gesamte Gesellschaft sich weiterentwickelt, sich Anforderungen und Rahmenbedingungen durch die

Arbeitswelt und die wirtschaftliche Situation verändern, in der Regel beide Eltern arbeiten gehen (ganztags oder auf Basis von Teilzeit) und die Schule die Kinder immer noch einmal um diese oder jene Zeit anfordert und sie dann um diese oder jene Zeit entlässt. Es darf eben nicht sein, dass mit der Jugendhilfe ein zweites soziales Versorgungssystem im ersten installiert werden muss, um eine ausreichende Versorgung zu gewährleisten. Es müssen verbindliche Zuverlässigkeiten in den benachbarten Systemen entstehen.

6. Wie hoch ist der Stellenwert der Kindertagesstätten in der kommunalen Daseinsfürsorge?

Abgesehen von der Erfüllung des Rechtsanspruchs für den Elementarbereich ist die Landeshauptstadt Kiel bemüht, auch die Versorgung mit Hortplätzen und Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter drei Jahren zu gewährleisten. Dabei gilt es aber, Formen zu finden, die nicht die teuersten Lösungen zur Regel machen. Ein Kieler Beispiel: Hortkinder können in jeder Elementargruppe bis zur Zehn-Prozent-Grenze in eigener Trägersverantwortung aufgenommen werden.

7. Kosten-Leistungsrechnung versus Kindeswohl? Wird der pädagogische Inhalt den Kosten geopfert?

Um den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz zu erfüllen, waren erhebliche zusätzliche Finanzmittel notwendig. Klare Regelungen des Personal- und Finanzrahmens bieten für alle Beteiligten Planungssicherheit. Und pädagogische Qualität ist nicht eine vorrangige Frage von Finanzmitteln, sondern zum Beispiel abhängig vom Aufbau eines Systems zur Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung.

8. „Fressen“ die Kosten für Tageseinrichtungen die Jugendhilfebudgets auf?

Es scheint, dass die Phase des Ausbaus abgeschlossen ist. Zwar können weitere ökonomische Veränderungen, die zu mehr Arbeitsplätzen auch für Frauen führen, auch eine höhere prozentuale Nachfrage mit sich bringen. Aufgrund der demographischen Entwicklung sind jedoch nicht unbedingt zusätzliche Plätze notwendig. Durch die Nachfrageänderung (Hort und unter Dreijährige) wird jedoch eine Umschichtung innerhalb des Kita-Budgets erfolgen.

9. Träger- oder Elternförderung - wie praktikabel sind neue Modelle der Finanzierung wie zum Beispiel die „Kita-Card“ in Hamburg oder das Gutscheinmodell der Universität Bochum?

Träger- oder Elternförderung? Wo liegt die Zukunft? Die bestehenden Systeme haben oft auch Leerstände oder ein zu hohes Platzangebot mit finanziert. In Kiel gibt es

ebenfalls Überlegungen, die Finanzierung auf kindbezogene Platzförderung umzustellen und die pauschale Förderung des Gruppenangebotes aufzugeben.

Ein solches System verlagert einen Teil des Risikos auf die Träger und dementsprechend gibt es dabei auch Widerstände. Die Patentlösung wird es nicht geben - egal ob „Kita-Card“ oder Gutscheinmodell, weil die örtlichen Traditionen und Gegebenheiten berücksichtigt werden müssen. In Kiel haben wir eine Tradition von vielen kleinen Eltern-Kind-Initiativen, die aus der „Kinderladenzeit“ entstanden sind. Aber vielleicht gibt diese Entwicklung einen neuen Schub für die qualitative Elternbeteiligung.

10. Aufsichtsbehörden (Landesjugendamt, Jugendamt, Finanzamt) versus Flexibilität - sind neue Wege zu beschreiten?

Die bestehenden Möglichkeiten müssen gezielt genutzt und ausgeschöpft werden. Da gibt es mit Sicherheit noch viel ungenutzten Handlungsspielraum. Ich kann nicht feststellen, dass wir aufgrund von Vorschriften der Aufsichtsbehörden bisher Probleme gehabt haben. Es wird jedoch interessant werden, wenn jetzt Reaktionen darauf kommen, dass das Land Schleswig-Holstein auf Antrag die Kindergarten-Standards freigeben will. Mal sehen, ob tatsächlich die Kommunen und Kreise die Gruppengrößen nach oben schrauben werden. Hier sind die Vorschriften und festgesetzten Regelungen wohl eher ein Instrument zum Qualitätserhalt.

11. Personalauswahl und Curricula 2010 - welchen neuen Fortbildungsbedarf gibt es?

Ich habe bereits meine Vision zur Zukunft, zum Sozialraumbezug und zur Entwicklung übergreifender Konzepte mit den sozialen Institutionen im Stadtteil für die Betreuung von Kindern dargelegt. Eine Veränderung im Selbstverständnis der Kindertageseinrichtungen bedeutet für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter immer auch Auseinandersetzung mit der eigenen professionellen Rolle. Zum Beispiel ist ein Ergebnis aus einem Modellprojekt zum Bildungsauftrag von Kindertagesstätten, dass neue Formen der Beteiligung von Kindern in den Einrichtungen zu entwickeln sind.

Zur Veränderung gehört jedoch auch die Idee der „Leitung als Coach“. Führungs- und Leitungsqualität muss vermittelt und gelernt werden. Die Einführung von Qualitätsmanagement in Kindertageseinrichtungen bedeutet insbesondere eine Qualifizierung der Leitungskräfte, damit diese in einen konstruktiven Dialog mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, mit Eltern und mit den Kindern treten können.

Versuch eines Fazits zur Frage von Lust oder Last

Das Bewusstsein für den weichen Standortfaktor wird wachsen, wenn wir uns mit der Frage von Einwohnerverlusten in Ballungsräumen befassen und auch mit der damit

verbunden Einkommenseinbuße wegen der einwohnerbezogenen Finanzausweisungen (für Kiel sind das mehr als 1.600 DM jährlich pro Einwohner), dann wird eine Auswertung solcher Daten immer auch zum Ergebnis haben, dass Menschen vermehrt nur dann in die Stadt ziehen beziehungsweise dort bleiben, wenn die Rahmenbedingungen auch für eine Kinderbetreuung akzeptabel sind.

Kommunen werden mehr Lust bekommen, über den gesetzlichen Anspruch hinaus diese Rahmenbedingungen zu verbessern, weil gerade die Familien, die für die entsprechend qualifizierten Arbeitsplätze gesucht werden, hochwillkommene Einwohner sind. In Kiel haben wir derzeit einen enormen Investitionsschub von Unternehmen des E-Commerce. Das sind junge Menschen, die selbstbewusst beides wollen: Job, Karriere und Familie.

Und dabei ist meine Behauptung, dass dies nicht eine Frage des kostenlosen Angebotes ist. Hier und da wird diskutiert, ob man Kita-Angebote völlig kostenfrei den Eltern anbieten soll. Ich bin nicht dafür. Ich bin deshalb so skeptisch, weil meiner Erfahrung nach mit einem kostenlosen Angebot auch so umgegangen wird, als ob es nichts wert sei. Die Verantwortung, die Eltern haben, will ich ihnen nicht abnehmen. Ich will ihnen Rahmenbedingungen setzen, innerhalb derer die Elternpflichten und die Elternverantwortung auch „zu schultern“ ist - aber ich fordere auch ihren Einsatz dazu.

Ich bin dennoch überzeugt, dass wir Vereinfachungen bei den Sozialstaffelungen erreichen müssen. Manche Gebührenordnungen haben sich zu nicht mehr nachvollziehbaren Ungetümen entwickelt. Also: Preise, die für Familien bezahlbar sind und Sozialstaffelungen, die es jeder Familie ermöglichen, dass alle Kinder in die Kindertagesstätte gehen können. Und ich bin der festen Überzeugung, dass selbst bei den Kämmerern dann irgendwann bei einer Berechnung der „Umwegerentabilität“ eine größere Lust entsteht, in diesen gesellschaftspolitisch so wichtigen Bereich zu investieren.

Diskussion im Plenum

Ministerialrat Dr. Reinhard Wiesner: Zunächst bedanke ich mich bei Frau Bommelmann, Herrn Herrmann und Herrn Mach für ihre inhaltsreichen Statements. Ich stelle nun ganz unmittelbar die Frage nach der Last oder Lust zur Diskussion. Wer möchte sich beteiligen?

Professor Dr. Reinhart Wolff, Erziehungswissenschaftler und Soziologe an der Alice-Salomon-Fachhochschule Berlin: Ich möchte Herrn Herrmann fragen. Er sagte, es gäbe in Schwedt Einrichtungen, die sich aus sich selbst heraus entwickeln können. Würden Sie bitte andeuten, wohin solche Entwicklungen gehen.

Lutz Herrmann: Ich beginne mit dem monetären Aspekt. Wir sind in Schwedt in der glücklichen Situation, über freie Träger zu verfügen, die den Vorschlag gemacht haben, Kindertagesstätten von der Stadt in ihr Eigentum zu übernehmen. Diese freien Träger sehen sich in der Lage, gemeinsam mit der Stadtverwaltung maßgeblich an der

materiellen Entwicklung dieser Einrichtung auch mit nicht refinanzierten Mitteln beizutragen. Das ist für Schwedt eine außerordentlich wünschenswerte Entwicklung, da die Stadt im Rahmen der Instandhaltungslasten der anderen Kindertagesstätten und Schulen natürlich auf diese Art und Weise entlastet wird.

Der zweite Aspekt: Es handelt sich bei einem der zuvor genannten freien Träger insbesondere um einen, der sich sehr stark dem Bereich teilstationärer, integrativer Einrichtungen verschrieben hat, der mit seinen Möglichkeiten Betreuungskonzepte des integrativen Zusammenwirkens zwischen behinderten und normal konstituierten Kindern entwickelt hat.

Ministerialrat Dr. Reinhard Wiesner: Ist es nicht doch eher atypisch, dass sich ein freier Träger solchen finanziellen Risiken aussetzt?

Lutz Herrmann: Das ist in der Tat nicht ganz typisch, aber Sie haben sicher dafür Verständnis, dass wir uns dennoch über das ungewöhnliche Engagement dieser freien Träger gefreut haben. Ich will aber hervorheben, dass es einiger Überzeugungsarbeit im Bereich der Kommunalpolitik bedurfte, um klarzustellen, dass dieses Engagement nicht der Regelfall sein kann. Sehr schnell wird diese ungewöhnliche Bereitschaft in einem Maße vereinnahmt, dass man dieses bereits wieder für völlig selbstverständlich hält.

Ministerialrat Dr. Reinhard Wiesner: Vielen Dank, Herr Herrmann, für die Hintergrundinformation. Ich bitte um weitere Wortmeldungen.

Prof. Dr. Wolfgang Tietze, Lehrstuhl Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Kleinkindpädagogik an der Freien Universität Berlin: Ich habe drei Fragen, die ich an alle drei Referenten richten möchte.

Erstens: Ich habe verstanden, dass in den vergangenen Jahren Fragen der quantitativen Anpassung im Vordergrund standen; im Osten Abbau des Überhangs und im Westen eher Aufbau und quantitative Erweiterung des Systems. Hat es dabei auch Überlegungen gegeben, die Qualitätsfrage mit zu berücksichtigen? Und/oder wird es in Zukunft darum gehen, bewusst Qualitätsmanagementsysteme und damit die Frage der Bildungsqualität in den Vordergrund zu rücken?

Zweitens: Die Frage des Überhangs ist nicht nur eine quantitative Frage und ein Problem der Kosten, sondern es handelt sich dabei auch um eine Frage, die eng mit dem Wahlrecht von Eltern zusammenhängt: Nur wenn man einen systematischen Überhang plant, haben Eltern gewisse Wahlmöglichkeiten. Wie stellen sich die Kommunen dazu? Will man in Schwedt, Ludwigslust und Kiel das, was im KJHG als Elternwahlrecht formuliert ist, auch konsequent umsetzen? In diesem Zusammenhang habe ich an Herrn Herrmann eine spezielle Ergänzungsfrage. Hat die Überführung von kommunalen Einrichtungen in freie Trägerschaft dazu geführt hat, dass Eltern bewusst Wahlmöglichkeiten wahrgenommen haben? Oder ist es bei dem Wohnbereichsprinzip geblieben, so dass aus Elternperspektive die Trägerschaft eher sekundär ist?

Drittens: Meine letzte Frage richtet sich auf die Zukunft. Bei den Kindertagesstätten geht es um ein Spannungsfeld. Frau Bommelmann hat das in ihrem Statement deutlich gemacht: auf der einen Seite Kindertagesbetreuung als familienunterstützende Maßnahme mit dem Ziel der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und auf der anderen Seite Kindertagesstätten als Bildungseinrichtungen.

Wenn wir uns einmal Vergangenheit vergegenwärtigen, dann wurde bereits vor 30 Jahren im Strukturplan des Deutschen Bildungsrates, an welchem Bund, Länder und verschiedene gesellschaftliche Kräfte beteiligt waren, der Elementarbereich, also der Kindergartenbereich, als Bildungsbereich definiert. Wenn man das als ordnungspolitische Aussage ernst nimmt, dann hat das natürlich Konsequenzen. Denn in der Tradition der westlichen Sozialstaaten ist Bildung für den Bürger beitragsfrei. Deshalb stellt sich auch die Frage jenseits aktueller Probleme der Finanzierbarkeit, ob es auf der kommunalen Ebene ordnungspolitische Vorstellungen gibt, den Bildungsanspruch ernst zu nehmen und sich damit langfristig auch mit der Perspektive der Beitragsfreiheit für Eltern anzufreunden.

Annegret Bommelmann: Ich möchte direkt antworten. Die Frage der Elternbeiträge ist diejenige, die ich in meinem Statement aus Zeitgründen nur kurz angerissen hatte. Ich bin skeptisch, ob eine mögliche Beitragsfreiheit der richtige Weg wäre. Herr Tietze hat nach meinem Verständnis den Kindertagesstättenbereich soeben auf Bildung reduziert. Es ist jedoch nicht alternativ, entweder Bildung oder Versorgung, sondern wir haben im Prinzip drei Dinge zu tun: Wir haben die Kinder zu versorgen, wir haben sie zu erziehen und wir haben sie zu bilden.

Ich hatte bei dem Thema I des Diskurses anfänglich einige Probleme mit dem Bildungsbegriff von Professor Fthenakis. Aber als ich dann hörte, welche Bildungsziele denn erreicht werden sollen, lösten sich meine Probleme im Nu auf. Ich hatte diese Ziele oder auch das alles bisher eigentlich unter dem Grobrahmen der Erziehung gefasst, wenn man soziale Kompetenz ausbildet. Ich habe eher den Eindruck, dass das, was kostenlos ist, auch als ohne Wert in Anspruch genommen wird.

Deswegen bin ich gegenwärtig eher auf einer Position zu finden, die sich so beschreiben lässt: Die Beiträge für die Kindertagesstätten müssen finanzierbar sein. Deshalb brauchen wir auf jeden Fall auch eine Staffelung der Beiträge für Menschen, die über weniger Einkommen verfügen, damit es nicht am Geld liegt, ob Kinder in den Kindergarten gehen können. Aber ich bin keine Freundin von Konzepten, die eine Beitragsfreiheit vorsehen, weil ich die Verantwortung der Eltern in diesem Bereich auch gern erhalten möchte. In dem Moment, in dem Eltern ihr Kind in der Regel auch ganztags abgeben können, aber der Staat den Rest kostenlos organisiert, stellt man in vielen Bereichen fest, dass damit auch ein Stück Verantwortung verloren geht, die man ansonsten bereit ist, auch als Eltern auszuüben.

Zur Frage Überhang und Wahlrecht: Ich möchte behaupten, dass in einer Großstadt wie Kiel eine hohe Flexibilität möglich ist. In einer Großstadt ist das sicherlich auch viel einfacher zu realisieren, ob man sich für die Montessori-Pädagogik entscheidet

oder für einen kirchlich gebundenen Träger. Alle Angebote sind in Kiel vorhanden; es gibt eine unmittelbare Zusammenarbeit. Deshalb kann ich sagen, dass wir in den allermeisten Fällen auch wirklich das Angebot für die Eltern finden, das sie wünschen.

Auf die Frage der Qualitätsentwicklung möchte ich nicht noch einmal näher eingehen, weil ich darüber bereits ausführlich in meinem Statement gesprochen habe. In Kiel gibt es Curricula-Entwicklung und Fortbildung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Selbstverständlich hat Kiel ein ausgeprägtes System an Fortbildungen. Aber das ist wohl eine Frage, die in den beiden anderen Statements nicht ganz so deutlich dargestellt wurde wie in meinem Vortrag.

Ministerialrat Dr. Reinhard Wiesner: Herr Mach drängt danach, das Wort zu ergreifen. Ich glaube, er möchte etwas entgegnen ...

Reinhard Mach: Ich möchte auf den Beitrag von Frau Bommelmann eingehen und ihr in zwei Punkten widersprechen, weil wir andere Erfahrungen gemacht haben.

Frau Bommelmann hatte in ihrem Statement erwähnt, dass die Schule sich die Freiheit nehme, Grundschüler mal um diese und mal um jene Zeit anzufordern und zu entlassen - und dies vor dem Hintergrund, dass in der Regel beide Eltern arbeiten. Sie hob hervor, dass kein zweites soziales Versorgungssystem im ersten installiert werden müsse. Nach meiner Erfahrung ist der Bedarf an Kindertagesbetreuung sehr hoch und Jugendhilfe muss ihren gesetzlichen Auftrag dem Bedarf entsprechend wahrnehmen. Im Osten Deutschlands haben Mütter immer gearbeitet, so dass die Bedarfslagen Tradition haben und adäquat gedeckt werden. Die einzige Veränderung in den vergangenen zehn Jahren war, dass der Hort aus der Schule in die Jugendhilfe und damit oft in eine andere Trägerschaft wechselte.

In ihrem Fazit stellte Frau Bommelmann die These auf, dass mit kostenlosen Kitaangeboten so umgegangen werde, als ob sie nichts wert seien. Nach meiner Kenntnis gibt es keine kostenlosen Kitaangebote. Es hat sie in der DDR gegeben und es gab dort - wie heute auch - qualitativ sehr hochwertige Angebote mit intensiver Elternbeteiligung; es existierten aber auch innovationsresistente Kindereinrichtungen. Das Niveau von Kindereinrichtungen sollte von den Eltern bestimmt werden. Dabei spielt der Kostenfaktor meiner Meinung nach überhaupt keine vordergründige Rolle.

In Mecklenburg-Vorpommern sind die Kosten für die Eltern oft so hoch, dass sich vor dem Hintergrund von Minimallöhnen Berufstätigkeit oft nicht lohnt. Insofern kann ich mir vorstellen, dass mit Unterstützung des Bundes und der Länder eine kostenfreie Kindertagesbetreuung verwirklicht werden sollte. Und zwar insbesondere deshalb, weil der Bildungsauftrag in den Kindertagesstätten mit Leben erfüllt wird und die Ausgrenzung von Kindern aus Kostengründen Stigmatisierung und Benachteiligung fördert.

Lutz Herrmann: Zum ersten Fragekomplex von Professor Tietze möchte ich Folgendes antworten: Institutionalisierte Formen des Qualitätsmanagements sind in den Kin-

dertagesstätten Schwedts noch nicht eingeführt worden. Qualitätsmanagement spielt insofern eine Rolle, als dass es natürlich Gegenstand einer fachlichen Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist, insbesondere auch durch die Fachberater moderiert, die im Bereich der zuständigen Jugendämter dann mit den Einrichtungen zusammenarbeiten.

Wir tragen hierbei der in meinem Beitrag geschilderten Situation Rechnung, dass das Netz unserer Kindertagesstätten noch immer sehr im „Fluss“ ist. In den einzelnen Einrichtungen wird daher auch differenziert mit den Instrumenten des Qualitätsmanagements umgegangen. Es liegt auf der Hand, dass damit die Kindertagesstätten am weitesten gekommen sind, die eine gesicherte Perspektive haben.

Zu dem Thema des Wahlrechts der Eltern versus Abbau von Kapazitäten: Das ist in der Tat ein schwieriger Konflikt, den wir zumindest insoweit zu lösen versucht haben, dass in allen Einrichtungen - und hier vor allem in denen in öffentlicher Trägerschaft - freie Kapazitäten in einer Größenordnung von insgesamt 60 bis 100 Plätzen existieren. Das ermöglichte es den Familien, von einem Wahlrecht für eine konkrete Kindertagesstätte Gebrauch zu machen. Auch die Kindertagesstätten der freien Träger verfügen über eine geringe Kapazitätsreserve. Deshalb gab es in Schwedt bisher keine Konflikte bezüglich der Ausübung des Wahlrechts auf Betreuung.

Zur Frage, wie sich die Übernahme von Einrichtungen durch freie Träger im Zusammenhang mit dem bewussten Anwählen dieser Einrichtungen darstellt, möchte ich Folgendes sagen: Die Kindertagesstätten in Schwedt wurden traditionell quartierbezogen genutzt. Das blieb auch so, als einzelne Kindertagesstätten an freie Träger übertragen wurden. Erst sehr langsam entwickelte sich auch eine quartierübergreifende Belegung der Einrichtungen. Inzwischen gibt es quartierübergreifende Austauschprozesse, wo ganz bewusst Einrichtungen einer bestimmten Ausprägung sowohl in öffentlicher als auch in freier Trägerschaft von Eltern gewählt werden. Das freilich ist noch nicht der Regelfall.

Eine kurze Anmerkung zum Gebührenkonzept: Ich möchte Frau Bommelmann zustimmen. Auch in Schwedt haben wir die Erfahrung gemacht, dass in der Widerspiegelung des Wertes einer Sache maßgeblich der Gegenwert, der als Gebühr oder als Entgelt zu leisten ist, auch mit dem Wert einer Sache in Verbindung gebracht wird. Sehr tief verwurzelt ist in der Bevölkerung tatsächlich die Haltung, dass das, was nichts kostet, auch nichts wert ist. Aus der Perspektive Schwedts verfolgen wir auch eine Gebührenpolitik, die sehr wohl eine sozial differenzierte Gebührenstruktur beinhaltet. Bei der letzten Änderung der Gebührensatzung wurde eine grundsätzliche Mindestgebühr für die Nutzer aller Kindertageseinrichtungen in Schwedt eingeführt. Diese liegt bei den Angeboten für Kinder im Alter von null bis drei Jahren bei 480 DM im Jahr, bei Kindern von drei bis sechs Jahren bei 300 DM im Jahr und bei Kindern im Hortalter bei 120 DM im Jahr. Diese Summen werden unabhängig vom Einkommen der Eltern erhoben. Zudem setzt dann eine deutlich progressiv gestaltete Staffelung der Gebühren nach dem monatlichen Einkommen der Eltern ein. Wir werden an diesen Grundsätzen auch in Zukunft festhalten.

Ministerialrat Dr. Reinhard Wiesner: Mich würde noch interessieren, wie im Landkreis Ludwigslust vom Wunsch- und Wahlrecht tatsächlich Gebrauch gemacht wird. Denn dieses Thema wird mitunter nach wie vor kontrovers diskutiert. Man hat manchmal den Eindruck, dass dieses gesetzlich verbriefte Recht in manchen Regionen oder Städten kein Thema ist. Wie ist die Lage im Landkreis Ludwigslust?

Reinhard Mach: In Mecklenburg-Vorpommern ist es so, dass der Landesgesetzgeber das Wunsch- und Wahlrecht etwas eingeschränkt hat, und zwar dahingehend, dass ein Wahlrecht nur dann besteht, wenn die Einrichtung, die man alternativ zu der am Wohnort zuständigen Einrichtung auswählt, eine besondere pädagogische Ausrichtung hat. Ich weiß nicht, ob diese gesetzliche Grundlage schon einmal einer rechtlichen Überprüfung standgehalten hat.

Diese Regelung hat im Landkreis Ludwigslust dazu geführt, dass im ländlichen Raum Auslastungsprobleme in den vorhandenen Einrichtungen bestehen, weil Eltern aus den Dörfern oft Einrichtungen mit besonderer inhaltlicher Ausrichtung in kreisangehörigen Städten auswählen. Der Grund für diese Wahl besteht oft gar nicht in der besonderen inhaltlichen Ausrichtung, sondern in der günstigen Lage zur Arbeitsstelle der Mütter oder Väter, wodurch den Eltern die Organisation der Tagesabläufe erleichtert wird.

Die Bürgermeister in den Dörfern haben dann neben dem Auslastungsproblem für die eigene Einrichtung auch noch den Gemeindeanteil (rund 30 Prozent der Regelkosten) in Einrichtungen der Städte zu zahlen. Die Finanzierbarkeit der Kindertageseinrichtungen in den Dörfern wird dadurch für die Gemeinden als Kostenträger - oft auch Träger der Einrichtungen - zu einem Problem.

Ministerialrat Dr. Reinhard Wiesner: Vielen Dank. Aus dem Schweigen im Auditorium entnehme ich, dass es keine weiteren Fragen oder Anmerkungen zum Thema II des Diskurses gibt. Deshalb möchte ich die Diskussionsrunde jetzt mit einem Dank für Ihr Engagement beenden.

Thema III mit offener Diskussion:

Qualität in der Kindertagesbetreuung - nur eine Frage des Geldes? Drei Statements aus der Praxis

MODERATION: MINISTERIALRAT DR. REINHARD WIESNER
*Leiter des Referates Kinder- und Jugendhilferecht
im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*

STATEMENTS:

CYNTHIA FAHLAND

*Leiterin der Kindertagesstätte „Waldblick I“
der Stadt Halberstadt, Sachsen-Anhalt*

BARBARA BÜTOW

Geschäftsführerin des Berliner Institutes für Kleinkindpädagogik e. V. (BIK)

DR. RAINER STRÄTZ

*Stellvertretender Leiter des Sozialpädagogischen Instituts
Nordrhein-Westfalen - Landesinstitut für Kinder, Jugend und Familie, Köln*

1. Statement

Cynthia Fahland: Die Stadt Halberstadt hat 16 städtische Kindereinrichtungen und acht Einrichtungen, die sich in freier Trägerschaft befinden. Die städtischen Kindereinrichtungen unterteilen sich in eine reine Krippe, das heißt, dort werden ausschließlich Kinder von null bis drei Jahren betreut. Dies ist einmalig im gesamten Landkreis. Es gibt zudem einen reinen Kindergarten. Dort werden Kinder von drei bis sechs Jahren betreut. Weiterhin hat die Stadt Halberstadt elf Kindertagesstätten, in denen Kinder von null bis sechs Jahren oder Kinder von drei Jahren bis zum Abschluss des sechsten Schuljahres aufgenommen werden. Fünf Horte an Grundschulen gehören weiterhin zu den Betreuungsstätten der Stadt Halberstadt.

Gegenwärtig verfügt Sachsen-Anhalt mit dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen vom 31. März 1999 (KiBeG) über eines der modernsten und familienfreundlichsten Kinderbetreuungsgesetze in Deutschland. Damit wird der **Rechtsanspruch** auf einen Kindertagesstättenplatz für jedes Kind von der Geburt bis zum Abschluss des sechsten Schuljahres gewährleistet. Eine hohe pädagogische **Betreuungsqualität** wird aufgrund der Tatsache garantiert, dass alle Erzieherinnen eine pädagogische Fachschulausbildung haben.

Weiterhin bleibt die Kinderbetreuung bezahlbar. Die Höhe des zu zahlenden Beitrages richtet sich nach der Höhe des von den Erziehungsberechtigten oder den im gemeinsamen Haushalt lebenden Eltern nachzuweisenden Familiennettoeinkommens. Wird die-

ses Einkommen nicht nachgewiesen, ist das Entgelt der höchsten Entgeltstufe zu zahlen. In besonderen Härtefällen kann auf Antrag der Erziehungsberechtigten eine Entgeltübernahme teilweise oder ganz durch das Jugendamt des Landkreises Halberstadt erfolgen.

Weiterhin beinhaltet das Kinderbetreuungsgesetz den **Personalschlüssel**; dieser ist nach der Anzahl der von einer Vollzeitkraft zu betreuenden Kinder ausgelegt. Somit ist der Betreuungsschlüssel von Krippenkindern 1:6, von Kindergartenkindern 1:12 und von Hortkindern 1:25 festgeschrieben. Dabei möchte ich erwähnen, dass der Stadtrat von Halberstadt eine **Sonderregelung** erwirkt hat und Kindern von null bis zu einem Jahr ein Betreuungsschlüssel von 1:4 zugute kommt. Weiterhin hat der Stadtrat bei der Leitungstätigkeit eine Stunde pro nachgeordneter Fachkraft zugesichert. Diese erhöht sich demzufolge auf zwei Stunden wöchentlich. Das ist zum Beispiel in großen Einrichtungen sehr wichtig, da sich die Aufgaben einer Leiterin in verschiedene Richtungen ausweiten. Große Bedeutung erhält immer mehr die Elternarbeit, wobei sich diese in großen Einrichtungen mitunter relativ schwierig gestaltet.

Um einen Eindruck über die **Kindertagesstätte „Waldblick I“** zu vermitteln, möchte ich diese kurz vorstellen:

Die Kinderkombination wurde 1976 erbaut. Von 1976 bis 1992 war die Einrichtung eine Kinderkrippe und altersgemäß für Kinder von null bis drei Jahren eingerichtet. Im Jahr 1992 wurde das Haus eine Kindertagesstätte. Seitdem werden Kinder im Alter von null bis sechs Jahren in Mischgruppen betreut.

Die **Kapazität** des Hauses beträgt 90 Kinder. Diese unterteilen sich in 45 Krippen- und 45 Kindergartenkinder. In der Einrichtung sind gegenwärtig 38 Krippenkinder und 46 Kindergartenkinder. Diese werden in fünf Gruppen betreut, das heißt in vier Gruppen von zwei bis sechs Jahren und in einer Gruppe von null bis drei Jahren. Die zuletzt genannte ist die Krippengruppe. Diese wurde aufgrund der großen Nachfrage nach Kleinkindbetreuungsplätzen geschaffen.

In der Kindertagesstätte „Waldblick I“ befinden sich **fünf Funktionseinheiten**, in denen jeweils 18 bis 20 Kinder betreut werden. Für diese Anzahl der Kinder stehen jeweils drei Mitarbeiterinnen zur Verfügung. Die Mitarbeiterinnen der Stadt Halberstadt im Bereich der Kindertageseinrichtungen sind alles ausgebildete Erzieherinnen mit einem Fachschulabschluss. Die hohe Anzahl der Erzieherinnen kommt durch Teilzeitbeschäftigung zustande. In der Einrichtung arbeiten vier Erzieherinnen 27 Wochenstunden und elf Erzieherinnen 30 Wochenstunden. Mit dieser Stundenzahl werden die Kinder ganztägig im Haus „Waldblick I“ betreut. Geöffnet ist die Einrichtung von 6.00 bis 17.00 Uhr. Auf Antrag der Eltern wird in Kürze die Öffnungszeit bis 18.00 Uhr verlängert.

In der Kindertagesstätte wird eine **Ganztagsverpflegung** angeboten. Diese wird über einen Essenanbieter (Ostharz GmbH) gewährleistet. Die Vollverpflegung erhält man zum Preis von 4,80 DM. Die Eltern können jedoch auch nur eine **Teilverpflegung** nut-

zen. Der Preis des Frühstücks beträgt 1,00 DM, das Mittagessen 3,00 DM und die Vespermahlzeit 0,80 DM. Somit können sich die Eltern frei entscheiden, welche Mahlzeiten ihre Kinder in der Einrichtung einnehmen.

Den Kindern des Hauses „Waldblick I“ steht eine **Außenanlage** von 2.876 Quadratmetern Fläche zur Verfügung. Diese bietet großzügigen Freiraum für Sport, Spiel und Spaß. Auf der Außenanlage befinden sich Schaukeln, Rutschen, eine große Sandfläche, Spielhäuser, ein Rodelberg, Klettergerüste, Baumburgen und mit Knochensteinen gepflasterte Wege, die das Fahren mit Roller-Skates, Fahrrädern und Rollern ermöglichen. Für den organisierten Sport der Kinder steht eine Turnhalle im Keller der Einrichtung zur Verfügung. Diese wird je Funktionseinheit zwei Stunden wöchentlich genutzt. Eine Kinderküche, ein Töpferraum mit Brennofen sowie ein Werkraum runden die vielfältigen Betätigungsmöglichkeiten der Kinder in unserem Haus ab.

Um Ihnen **das Raum- und Platzangebot** der Kinder zu verdeutlichen, habe ich die Standardzahlen mitgebracht, die notwendig sind, um eine Kindereinrichtung zu betreiben. So benötigen beispielsweise Krippenkinder (Kinder von null bis drei Jahren) eine Fläche von 5 Quadratmetern; Kindergartenkinder benötigen hingegen nur 2,5 Quadratmeter. Eine Funktionseinheit in der Einrichtung „Waldblick I“ Haus setzt sich aus zwei großen Spielräumen von 96 Quadratmetern Fläche zusammen, aus einem Baderaum von 21 Quadratmetern und zwei kleineren Nebenräumen von 12 Quadratmetern. Diese Räume sind allen Kindern einer Gruppe jederzeit zugänglich. Die Raumgröße bezieht sich in allen fünf Funktionseinheiten auf jeweils 131 Quadratmeter Gesamtfläche.

Das Haus „Waldblick I“ besitzt eine **Hauskonzeption**, in der die Rahmenbedingungen, der Entgelttarif, die Hausordnung und die Benutzersatzung niedergeschrieben sind. Diese Hauskonzeption bekommen die Eltern der neu aufgenommenen Kinder ausgehändigt, um sich mit den Gegebenheiten der Einrichtung vertraut zu machen.

Gemeinsam mit den Kindern wurde in der Einrichtung ein **Energiesparprogramm** entwickelt, das ich ebenfalls kurz vorstellen möchte. Die Kinder und Erzieherinnen haben sich Gedanken gemacht, wie man anfangen kann, Energie zu sparen. Dazu wurden Spiele entworfen und entwickelt. Die Energiesparmappe wurde nach Fertigstellung veröffentlicht und fand großes Interesse bei Eltern und anderen Einrichtungen. Ein positiver Nebeneffekt war, dass die Einsparung an Energie den Kindern in Form einer finanziellen Vergütung zugute kam. Somit konnten die Kinder am Beispiel von zusätzlich gekauftem Spielzeug erkennen, dass sich das Energie-Sparen lohnt.

Da die Einrichtung direkt am Wald liegt, wurde ein sogenannter **Waldtag** ins Leben gerufen. Jeden Mittwoch gehen die Kinder - das wurde zuvor mit den Eltern abgesprochen - in den Wald, ob bei Regen oder Sonnenschein. Mit der richtigen Ausrüstung und zwei großen Bollerwagen geht es dorthin. Im Wald errichteten die Kinder gemeinsam mit den Erzieherinnen ein Waldhaus aus Stöcken, Moos, Laub und den dazugehörigen Naturmaterialien. Die Kinder genießen dort die Natur und lernen den Wald auf ganz natürliche Weise kennen. Dieser Waldtag findet großen Anklang bei Kindern und

Eltern, so dass dieser weiterhin durchgeführt wird. Auch für die Einrichtung bedeutet dieser Tag wenig finanziellen Aufwand. Die einzige Anschaffung für dieses Projekt waren Iso-Matten und zwei große Bollerwagen.

Ein **Patenschaftsvertrag mit dem Halberstädter Tiergarten** bietet optimale Voraussetzungen, um den Kindern die Natur noch näherzubringen. So können Kinder mit dem Förster den Wald erkunden und mit Tierpflegern über Tiere und deren Gewohnheiten sprechen, also viel lernen. Auch bei Festen in der Kindertagesstätte stellt der Tiergarten zeitweise Tiere (Streichelwiese und Pferde) zur Verfügung, die die Kinder anfassen und reiten dürfen.

Ein weiterer **Patenschaftsvertrag** besteht mit der **Halberstädter Jugendfeuerwehr**. Diese wird regelmäßig zu Festen und Feiern eingeladen, wobei sie sich auch aktiv an der Ausgestaltung beteiligt. Die Jugendlichen organisieren Spiele für Kinder und Erwachsene, vor allem Spritz- und Wasserspiele.

Um eine aussagefähige Resonanz auf die Qualität der Arbeit in der Kindertagesstätte zu erhalten, wurde eine **Umfrage** durchgeführt. Unter der Frage „Wie gut ist unsere Einrichtung?“ wurden Vordrucke erarbeitet und an die Eltern ausgegeben, die anonym antworteten. Das Ergebnis stimmte die Mitarbeiterinnen zufrieden; es verdeutlichte aber auch Möglichkeiten für weitere Verbesserungen im Ablauf und der Organisation der Arbeit.

Da es im Landkreis Halberstadt noch keine **Qualitätsstandards** für Kindertageseinrichtungen gab, war eine Information im Nachbarkreis Quedlinburg notwendig. Da aber nicht alle Aspekte der Quedlinburger Standards zu übernehmen waren, wird sich die Stadt Halberstadt demnächst an die Erarbeitung eigener Qualitätsstandards wagen, um somit eine Richtlinie für städtische Einrichtungen vorweisen zu können.

Das Haus „Waldblick I“ hat eine **Elternvertretung in Form eines Elternkuratoriums**. In dem Kuratorium arbeiten acht Eltern, die für jeweils zwei Jahre gewählt werden. Diese Eltern entscheiden maßgeblich bei der Erstellung des Konzepts und bei Planungen über Feiern mit. Sie sind Ansprechpartner für andere Eltern und können somit Probleme an der Basis aufgreifen. Probleme werden in regelmäßigen Versammlungen ausgewertet. Gemeinsam werden Wege und Möglichkeiten zur Problemlösung gesucht.

Auch bei der **Anschaffung von Spielmaterialien** haben die Eltern Mitspracherecht. Am Anfang des Jahres werden die Kuratoriumsmitglieder über den jeweiligen Haushalt informiert. Im Jahr 2000 standen der Einrichtung zum Beispiel 6.800 DM für Mobiliar und 3.400 DM für Bastel- und Spielmaterial zur Verfügung. Der Haushalt variiert pro Jahr um 200 bis 400 DM. Somit sind größere Anschaffungen planbar und zu verwirklichen.

Ich möchte meinen kurzen Bericht mit der Einschätzung beenden, dass die Betreuung der Kinder nicht ausschließlich von finanziellen Mitteln abhängt. Denn das Wichtigste

sollte die liebevolle Betreuung der Kinder sein, die nur durch eine große Einsatzbereitschaft einer jeden Erzieherin möglich ist, zumal ich mich nicht zu weit aus dem Fenster lehne, wenn ich erkläre, dass gerade die pädagogischen Fachkräfte in den neuen Bundesländern das Improvisieren gewohnt sind.

2. Statement

Barbara Bütow: Gestatten Sie mir zunächst einige Sätze zu dem Träger, den ich hier vertrete. Das Berliner Institut für Kleinkindpädagogik und familienbegleitende Kinderbetreuung ist ein 1990 gegründeter, anerkannter freier Träger der Jugendhilfe. Neben Forschung und Weiterbildung betreibt das Institut Kindertagesstätten in Berlin, Brandenburg und Sachsen - derzeit 2.000 Plätze für Kinder bis zu 12 Jahren. Seit September diesen Jahres bin ich dort als Geschäftsführerin eingesetzt.

Die Frage, ob Qualität in der Kindertagesbetreuung nur vom Geld abhängt, möchte ich unter zwei Fragestellungen betrachten:

1. Welche Möglichkeiten und Chancen bietet eine Kindertagesstätte der Kommune für die Betreuung, Bildung und Erziehung der Kinder?
2. Welche Voraussetzungen brauchen Kindertagesstätten, damit sich die Investition auch lohnt?

Überlegungen zu dem Begriff „Qualität“

Nach der DIN 8402 ist Qualität *„die Gesamtheit von Merkmalen einer Einheit bezüglich ihrer Eignung, festgelegte und vorausgesetzte Erfordernisse zu erfüllen“*. Sie ergibt sich also aus der Übereinstimmung von Erwartungen an eine Leistung und der tatsächlich erbrachten Leistung. Eine sehr verkürzte Definition, bei der ich im Folgenden auch bleiben möchte, lautet: *„Qualität ist, was nützt.“*¹

In der Pädagogik muss der Nutzen am Wohl des Kindes gemessen werden. Also was und in welcher Art benötigt ein Kind etwas, das ihm hilft, sich gemäß § 1 SGB VIII/KJHG zu einer „eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit“ zu entwickeln? Im § 22 SGB VIII wird bestimmt, dass diese Entwicklung auch durch Kindergärten, Horte oder andere Einrichtungen gefördert werden soll. Hieße das nicht eigentlich, dass wir mit dem Kind beziehungsweise seinen Eltern eine Vereinbarung über eine Leistung unter dem Aspekt aushandeln müssten, dass sie nützt? Und da jedes Kind und jede Familie anders ist, dürfte das kein Angebot „von der Stange“ sein, sondern ein maßgeschneidertes, was je nach Situation auch flexibel verändert und kombiniert werden kann - nicht nur unter dem Aspekt der Arbeitszeiten der Eltern.

¹ siehe Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hrsg.), Irkens, Beate/Vogt, Herbert: Qualität und Evaluation, Frankfurt/Main: Selbstverlag (2000), S. 31

Nun gibt es aber in der Jugendhilfe keinen direkten Zusammenhang zwischen dem Anbieter und dem Abnehmer wie in einem Kaufhaus, sondern es existiert das bekannte Dreiecksverhältnis: Die Kommune hat, unterstützt durch Landesmittel, den Auftrag, ein Angebot bereitzustellen, das sie dann bei sich selbst oder bei „Fremdfirmen“ einkauft. Dabei gibt es große Spielräume. Ich erlebe die ganze Palette der Möglichkeiten, meines Erachtens auch am Gesetz vorbei, besonders in Brandenburg. Dort scheint es so zu sein, als wenn ab dem 1. Januar 2001 jeder machen kann, was er will.

Ich erlebe Kommunen, die wenig Geld haben, aber alle Möglichkeiten ausschöpfen und eben auch ganz andere. Und spätestens jetzt wird deutlich, dass die Frage nach der Qualität - also was nützt etwas - auch eine philosophische Frage ist. Qualitätsdiskussionen sind abhängig vom Menschenbild, von der Haltung zu den Dingen.

Wenn man der Meinung ist, der Bahn gehört die Zukunft, fördert man den Ausbau des Schienensystems. Wenn eine Familie davon überzeugt ist, dass Bildung ein hohes Gut ist, wird sie darin investieren, auch unter Verzicht auf anderes. Immer ist die erste Frage, welche Haltung habe ich zu einer Sache, also welchen Wert hat sie für mich; erst die zweite Frage ist die nach der Finanzierung.

Wir sehen das ganz deutlich an unseren nördlichen Nachbarn, die meines Wissens nicht reicher sind als die Bundesrepublik Deutschland. Aber sie haben offensichtlich eine andere Haltung zu Kindern und zur Berufstätigkeit der Frau. In Dänemark beispielsweise waren Anfang der 90er Jahre mehr als 85 Prozent der Frauen berufstätig, die mindestens ein Kind unter fünf Jahre hatten; in Deutschland waren es zu diesem Zeitpunkt 54 Prozent. Erinnern Sie sich bitte auch daran, dass wir den Rechtsanspruch auf einen Halbtagsplatz für Kinder von drei bis sechs Jahren der Neuregelung des Abtreibungsparagraphen zu verdanken haben.

Nun zur 1. Fragestellung, also den Möglichkeiten und Chancen, die eine Kindertagesstätte der Kommune bieten kann.

Kindertagesstätten sind herrliche Orte. Ich erlebe das gerade in geballter Form, weil ich eine Rundreise durch alle Häuser unseres Trägers mache. Neulich war ich in Chemnitz. In der dort besuchten Einrichtung hatte mich unter anderem besonders der Kinderrat beeindruckt, den es dort gibt. Aus meiner Sicht ein wunderbares Beispiel für Partizipation und Demokratie. Natürlich ist es für die Erzieherinnen nicht immer einfach, sich mit Argumenten und Forderungen auseinanderzusetzen, Handeln zu begründen, Lösungen auszuhandeln und Kompromisse einzugehen. Das alles muss mühsam erlernt werden. Das Ergebnis ist spürbar. Auch die Lehrer der in der Nähe angesiedelten Chemnitzer Grundschule bemerken dies.

Kindertagesstätten sind oftmals in kleinen Orten die letzten Stätten der Begegnung. Es gibt keine Schule, keine Gaststätte und keinen Konsum mehr. In einer kleinen Kommune in Brandenburg hatte mir neulich eine sensible Abteilungsleiterin ihre Konflikte beschrieben, weil die dortige Einrichtung wegen der Unwirtschaftlichkeit dieser klei-

nen Häuser geschlossen werden muss. Dabei könnte man mit wenig Mitteln eine hervorragende Begegnungsstätte daraus machen.

Besonders für Familien, in denen Armut und Vernachlässigung eine Rolle spielen, ist die Kindertagesstätte eine wichtige Lebenshilfe. Erzieherinnen sind oftmals die einzigen institutionellen Ansprechpartner und Vertrauenspersonen für diese Eltern. Wenn hier sensibel reagiert wird, kann die Kindertagesstätte eine hervorragende Stätte informeller Erziehungsberatung sein. In das Jugendamt oder zu einer Beratungsstelle zu gehen, ist eine enorme Hürde. Erzieherinnen können hierfür den Weg ebnen.

Untersuchungen in Berlin und Brandenburg haben belegt, dass überproportional viele Kinder bei der Einschulung nur unzureichend die Sprache beherrschen. Besonders häufig sind davon Kinder von Eltern mit niedrigem sozialen Status, also von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern, betroffen. Die Forderung, „*dass dazu die Erzieherinnen in den Kindertagesstätten mehr hingucken müssen*“, trifft nur die halbe Wahrheit. Denn dazu müssten die Kinder in der Einrichtung sein. Ich befürchte, dass durch die Veränderung der Gesetze über die Kindertagesstätten in Brandenburg und Berlin, also durch die Erhöhung der Elternbeiträge und Neudefinition des Bedarfs, gerade diese Kinder durchfallen werden. Wie viel Geld wird die Kommune dafür später ausgeben müssen? Inzwischen gibt es in den USA eine Untersuchung, die in Dollar beziffern kann, was frühe Prävention bewirkt.

Das alles können Einrichtungen nur leisten, wenn sie dafür bestimmte Voraussetzungen haben - und damit bin ich bei der zweiten Ausgangsfragestellung.

Pädagogik ist Beziehungsarbeit. Damit ist die Frage, ob der Aufenthalt des Kindes in der Einrichtung für seine Entwicklung nützlich ist, ganz entscheidend die Frage nach der Beziehung zwischen Kind und Erzieherin. Natürlich sind auch strukturelle Bedingungen nötig. Die Gruppengröße beziehungsweise eine zu knappe Personalausstattung kann verhindern, dass überhaupt Beziehungen entstehen. Dann gibt die Einrichtung zwar den Eltern die Möglichkeit, berufstätig zu sein, für die Entwicklung des Kindes wäre sie aber eher als schwierig zu bewerten.

Welche Kompetenzen brauchen nun Erzieherinnen, um den gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden? Diskowski¹ hat unter dem Aspekt „neue Konzepte für die Ausbildung“ beschrieben, dass Betreuung, Bildung und Erziehung heute Fachkräfte erfordert, die

- die Lebenslagen von Kindern und ihrer Eltern erkennen und verstehen,
- sich in Kinder und Erwachsene einfühlen können,
- Vermittlungs- und Aushandlungsprozesse organisieren können,
- diagnostisches Wissen über Kompetenzen, Bedürfnisse und Entwicklungsmöglich-

¹ Diskowski, Detlef D.: Neue Konzepte für die Ausbildung, Freiburg i. Br.: Lambertus (1998)

keiten der Kinder in verschiedenen Altersstufen besitzen und entsprechende Angebote durchführen können,

- die Fähigkeit und Bereitschaft besitzen, über eigenes Handeln zu reflektieren und
- über Kooperations- und Kommunikationsfähigkeiten verfügen, um familienergänzende und familienunterstützende Hilfen zu ermöglichen.

Mir ist aufgefallen, dass genau diese Kompetenzen häufig fehlen. Der Weg dorthin führt über Fortbildung und Fachberatung.

Nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz haben Jugendämter und Landesjugendämter diese zu gewähren und dabei das Gebot der partnerschaftlichen Zusammenarbeit von öffentlicher und freier Jugendhilfe zu beachten (Stellungnahme der AGJ). Von den Fortbildungsstätten in Berlin und Brandenburg weiß ich: Es gibt ein sehr anspruchsvolles Programm, das Interesse der Erzieherinnen ist groß und das Angebot kann die Nachfrage bei weitem nicht abdecken. Die Befragungen der Teilnehmerinnen im Anschluss ergaben meist eine hohe Zufriedenheit. Über den tatsächlichen Effekt, also wie das Gelernte die pädagogische Praxis beeinflusst, gibt es meines Wissens wenige Aussagen.

Erfahrungen - auch meine eigenen - mit Fortbildungen besagen, dass die ein- oder zweitägigen Seminare zu bestimmten Themen im Verhältnis zum Aufwand zu wenig nachhaltig sind. Es ist dem Erlernen einer Fremdsprache ähnlich. Man belegt einen Kurs, hat aber keine Gelegenheit, das Gelernte danach anzuwenden. Oder man ist in Paris. Begeistert von der Sprache oder frustriert von der Tatsache, dass man sich nicht verständlich machen konnte, plant man, an einem Kurs teilzunehmen. Angekommen im Alltag und überschüttet mit dem Alltäglichen, ist die Absicht jedoch schnell wieder verdrängt. Hinzu kommt, dass für Erzieherinnen in ländlichen Gebieten der Aufwand, zur Fortbildungsstätte zu kommen, mitunter sehr groß ist. Zu fragen wäre auch, ob immer nur die interessierten Kolleginnen daran teilnehmen.

Deshalb haben wir¹ eine andere Art der fachlichen Begleitung entwickelt - „**Jugendhilfe präventiv**“. Aus unserer Sicht ist eine inhaltlich aufeinander abgestimmte In-House-Begleitung effektiv, an der alle Mitarbeiterinnen teilnehmen. Zu bestimmten Themen, zum Beispiel wenn es um Kooperation in der Region geht, kommen auch Fachkräfte anderer Professionen und aus der Verwaltung hinzu, mitunter auch Eltern. Es gibt einen Rahmen, aber die Themen werden mit allen Beteiligten in der Praxis entsprechend den Bedingungen entwickelt - **siehe Abbildung 1**.

Wir haben diese Begleitung „**Fit-Machen für Begegnungen**“ genannt. Sie zielt genau auf die Entwicklung der Kompetenzen, die ich bereits nannte; sie ist ein Mix aus Fortbildung, Organisationsberatung, Coaching, Supervision, Kommunikationstraining und Teamentwicklung.

¹ Autorinnen des Konzeptes „Jugendhilfe präventiv“ zur fachlichen Begleitung sind Barbara Bütow und Ute Ziegenhain, siehe <http://www.ifis-consult.de>

„Fit-Machen“ für Begegnungen - ein Qualifizierungsprogramm für Kindertagesstätten

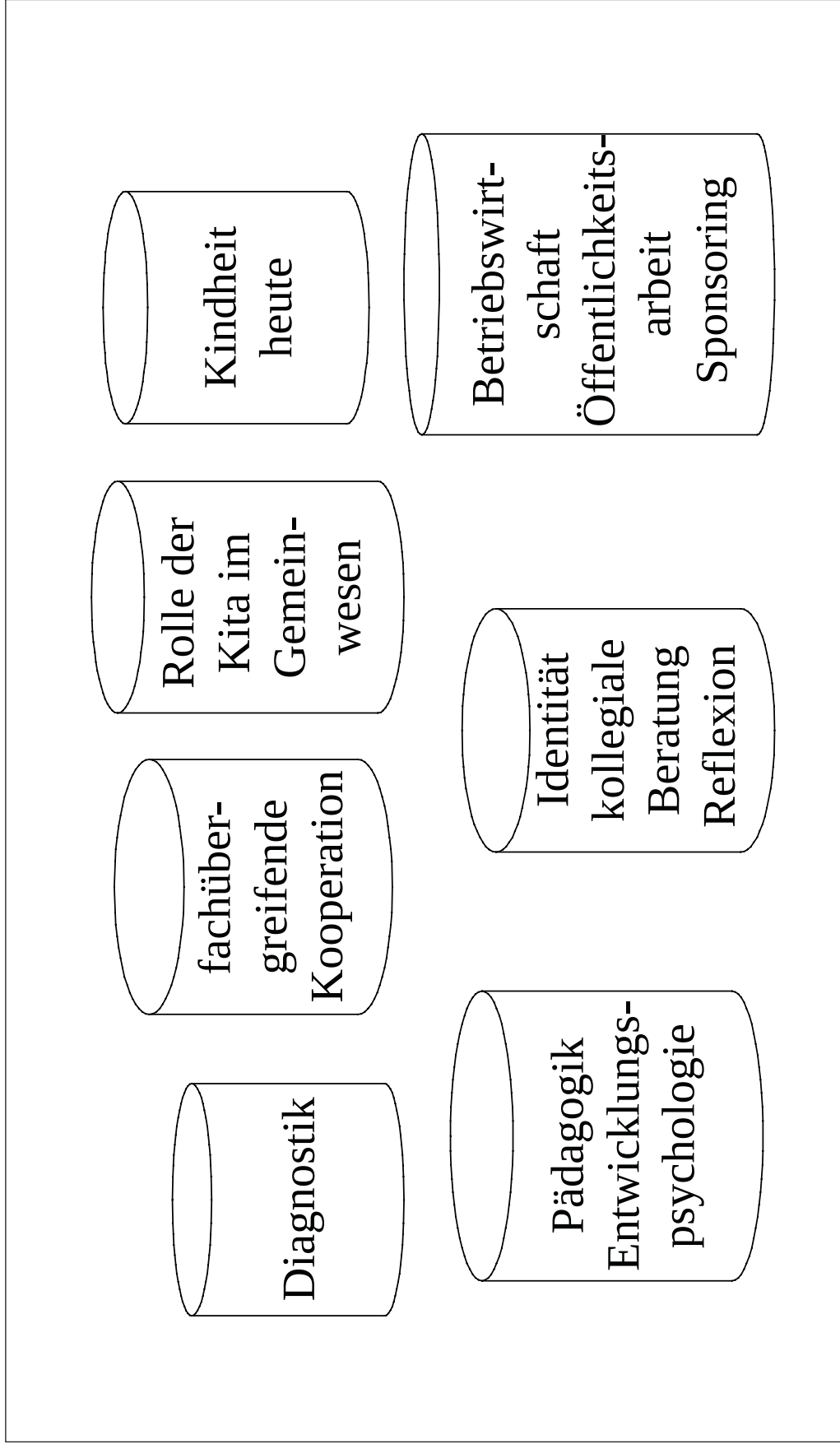


Abbildung 1

Wichtig ist uns, die Dinge miteinander in Bezug zu setzen. Eine Erzieherin kann nur adäquat auf ein Kind reagieren, wenn sie über entwicklungsdiagnostisches Wissen verfügt. Sie kann Hilfe nur organisieren, wenn sie die Lebenslagen von Eltern erkennt und Kenntnisse über das Hilfesystem hat; sie kann mit Kindern und Eltern nur dann wertschätzend umgehen, wenn sie selbst Wertschätzung erfährt. **Unsere Erfahrungen mit bisherigen Fortbildungen geben uns das sichere Gefühl, dass dieses Programm im Sinne der Qualitätsdefinition nützlich sein wird.** Damit komme ich zum Schluss meines Beitrages und möchte versuchen, **eine Antwort auf die Frage zu geben, ob Qualität in der Kindertagesbetreuung nur eine Frage des Geldes ist.**

1. Wer die §§ 1 und 22 SGB VIII ernst nimmt, muss in den Kindertagesstätten eine Leistung anbieten, die sich am Wohl des Kindes orientiert und die damit auf den Bedarf des Kindes zugeschnitten ist und nicht nur auf die Zeiten der berufsbedingten Abwesenheit der Eltern. Armut darf nicht dazu führen, dass Kinder die Kindertagesstätten nicht nutzen können.
2. Träger müssen auf den Bedarf flexibel reagieren können. Es muss möglich sein, besonderen Situationen von Eltern und Kindern unbürokratisch Rechnung zu tragen. Dazu brauchen Träger Partner in der Kommune und im Landesjugendamt, die mit ihnen gemeinsam am Wohl der Kinder interessiert sind und deshalb nach Möglichkeiten suchen, trotz knapper Mittel etwas Nützliches für Kinder und Familien zu tun. Wenn das als Lust und nicht als Last empfunden wird, kann sich Kreativität entfalten.
3. Träger von Einrichtungen haben die Pflicht, Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Erzieherinnen gute Arbeit machen können. Dazu gehören strukturellen Bedingungen und vor allem Fortbildung und Beratung. Das muss bei der Finanzierung angemessen berücksichtigt werden.
4. Nicht die Qualität an sich, sondern die Leistung hat einen Preis. Sie einzukaufen lohnt sich aber nur dann, wenn damit der vereinbarte Zweck erfüllt wird.

Lassen sie mich zum Schluss noch einmal den Bogen zu dem Motto „Eine Investition in die Zukunft“ schlagen. Wer im Alter sorgenfrei leben will, muss rechtzeitig investieren. Um gewinnbringende und sichere Anlagen zu finden, lässt man sich am besten fachkundig beraten, von Leuten, die etwas davon verstehen. Wenn man alle Empfehlungen und auch Warnungen in den Wind schlägt, wird es wahrscheinlich nichts mit dem viel gepriesenen Platz an der Sonne. In diesem Sinne wünsche ich uns allen einen angenehmen Lebensabend.

3. Statement

Dr. Rainer Strätz: Mit zwei Vorbemerkungen will ich mein Statement einleiten:

1. Ich weiß nicht, ob der Titel des Veranstaltungsblocks tatsächlich so scheinheilig gemeint war, wie ich ihn aufgefasst habe. Wie überall, gibt es auch hier gute und wich-

tige Dinge, die Geld kosten, und andere, mindestens ebenso gute und wichtige Dinge, die kein Geld kosten. Ich komme darauf zurück.

2. Es geht beim Thema „Qualität“ nicht nur um das, was in den Tageseinrichtungen für Kinder selbst passiert: Verantwortung für Qualität haben zwar alle, die dort arbeiten, aber auch alle, die in anderer Weise für die Einrichtungen Verantwortung tragen.

Und über die Qualität einer bestimmten Einrichtung hinaus gibt es auch eine Qualität des Systems der Tageseinrichtungen insgesamt. Bei aller gesunden und auch einer vielleicht nicht so gesunden Konkurrenz zwischen Einrichtungen muss es doch gemeinsame Standards und auch eine verlässliche Form der Zusammenarbeit geben. Nicht zu vergessen: Es gibt auch eine Qualität der Gesellschaft, die für Kinder und Familien eine mehr oder weniger gute „Kultur des Aufwachsens“ bereithält.

I. „Qualität“ - das unbekannte Wesen?

Was wollen wir unter „Qualität“ verstehen? Wir haben **erstens die Wahl zwischen einem statischen und einem dynamischen Blickwinkel:**

- Die statische Auffassung bestünde darin, dass es einen festgelegten, gleichbleibenden Katalog von Anforderungen gibt, der so gut wie möglich „abzuarbeiten“ wäre, also: **Qualität als Übereinstimmung mit festgelegten Anforderungen**, Qualität (im Extremfall) als Abarbeiten dicker Handbücher und Erstellen umfangreicher Tätigkeitsnachweise.
- Die „dynamische“ Auffassung würde demgegenüber betonen, dass es **einen permanenten Wandel der Anforderungen** gibt. Qualität würde dann bestimmt durch die Fähigkeiten, diesen Wandel zu erfassen, die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen, überzeugend die (bei knappen Ressourcen immer notwendigen) Prioritäten zu setzen, sie in Änderungen des pädagogischen Konzepts und der Angebotsstruktur (zum Beispiel andere Öffnungszeiten) umzusetzen und natürlich dann auch, in bestmöglicher Übereinstimmung mit diesem derzeit - und bis auf weiteres - gültigen Konzept zu handeln.

Tageseinrichtungen für Kinder haben drei Aufgabenkomplexe, wobei die Reihenfolge keine Wertigkeit bedeutet:

1. Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern,
2. präventive Arbeit für Kinder und Familien,
3. Mitwirkung bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

In keinem dieser drei Bereiche können wir von gleichbleibenden Aufgabenstellungen ausgehen:

1. Neue Bildungs- und Erziehungsanforderungen wurden in den vergangenen Jahren eingeführt (zum Beispiel ökologisch bewusste Pädagogik, Antworten auf Medien- und Konsumkindheit, integrative Erziehung), weitere anstehende werden diskutiert (zum Beispiel Vorbereitung auf die kommende Informations- und Wissensgesellschaft).¹
2. Weil sich Lebenslagen von Familien und Entwicklungsbedingungen bei Kindern ändern, sieht auch die präventive Arbeit heute anders aus als früher.
3. Auch die Familienstrukturen und die Bedingungen der Arbeitswelt ändern sich. Und wenn die Tageseinrichtungen auftragsgemäß „familienergänzend“ arbeiten sollen, dann sollten sie auch wissen und berücksichtigen, wie sich das verändert, was sie ergänzen sollen.

Es spricht also einiges dafür, bei der Bestimmung von Qualitätsmerkmalen die dynamischen Aspekte zu betonen.

Wir können zweitens „Qualität“ entweder allgemeingültig („eine Qualität für alle“) **oder spezifisch** (Qualität bestimmt sich für jede Einrichtung unterschiedlich) **auffassen**. Qualitätskriterien, die Allgemeingültigkeit beanspruchen, wollen unabhängig vom jeweiligen pädagogischen Konzept und auch unabhängig vom Einzugsgebiet der jeweiligen Einrichtung sein. Eine Auffassung, die Qualität als „kontextabhängig“ auffasst, würde demgegenüber betonen, dass „Qualität“ nicht darin bestehen kann, dass alle Einrichtungen dasselbe tun. „Qualität“ könne statt dessen nur heißen, dass jede Einrichtung in Übereinstimmung mit ihren jeweiligen pädagogischen Orientierungen und Konzepten handelt und zudem die Schwerpunkte setzt, die angesichts der Lebenslagen von Kindern und Familien im jeweiligen Einzugsgebiet notwendig sind.

Mein Standpunkt: Qualitätskriterien, die der Eigenart jeder Einrichtung gerecht werden wollen, sollten so weit wie möglich kontextabhängig formuliert sein.

Ein dritter Gesichtspunkt zur Bestimmung von Qualität bei Tageseinrichtungen für Kinder: Der Gedanke der familienergänzenden Einrichtung hat sich heute auch zum Gedanken der Einrichtung für Kinder und Familien weiterentwickelt, das ist das Nachdenken über die Tageseinrichtung für Kinder im Verbund (Vernetzung) und möglicherweise zu einem Angebot für Kinder und Familien. Es ist höchste Zeit, Urie Bronfenbrenners Aufforderung einzulösen: *„Hört auf, das Leben in Scheiben zu schneiden! Schafft Verbindungen zwischen den verschiedenen Lebenswelten von Kindern und schafft auch Verbindungen zwischen den Lebenswelten von Kindern und denen ihrer Eltern!“*

Qualität im Licht der drei angesprochenen Gesichtspunkte wäre dann in erster Linie die Fähigkeit einer Einrichtung, die notwendige **Profilbildung** und die dauernden

¹ Reflexionen pädagogischer Zielsetzungen haben immer zwei Stränge: erstens den Bezug auf die Gegenwart, die derzeitigen Bedingungen des Aufwachsens von Kindern und Familien und die Aufgaben, die sich daraus ergeben; zweitens den Zukunftsbezug, die Reflexion der Lebenswelten und Anforderungen, denen sich die heute zu erziehenden und zu bildenden Kinder und Jugendlichen später (voraussichtlich) gegenübersehen werden.

Veränderungsprozesse - unter Bereitstellung von solchen Unterstützungsressourcen wie fachliche Beratung oder Zusammenarbeit mit anderen Institutionen in Netzwerken - selbst professionell zu gestalten. Eine Orientierung dabei wäre der Gedanke eines „Hauses für Kinder und Familien“.

Dabei lassen sich die folgenden **Qualitätsbereiche** unterscheiden, denen jeweils ein **Leitmotiv** zugeordnet werden kann:¹

- **Strukturqualität** - Kultur des Aufwachsens,
- **Prozessqualität** - Förderung eigenverantwortlicher und gemeinschaftsfähiger Persönlichkeiten,
- **Entwicklungsqualität** - Tageseinrichtungen für Kinder als „lernende Organisationen“,
- **Orientierungsqualität, Ergebnisqualität** - Transparenz und Verbindlichkeit.

Qualität wird erstens bestimmt von Strukturen; sie bilden den Rahmen des Geschehens in der Einrichtung. **Dies gilt auf drei Ebenen:**

- Zunächst auf der Ebene der **Rahmenbedingungen** (das heißt der personellen, sachlichen und finanziellen Ausstattung) und der **Angebotsstruktur** (zum Beispiel den Öffnungszeiten oder der Altersspanne der aufgenommenen Kinder).
- Zweitens wird das Geschehen in der Einrichtung durch **die lokalen Strukturen** in ihrem Umfeld bestimmt sowie durch die spezifischen Gegebenheiten im jeweiligen Wohngebiet.
- Drittens schließlich werden die Aufwuchs- und Lebensbedingungen von Kindern und Familien durch **gesellschaftliche**, durch sozio-kulturelle und politische **Strukturen** mit bestimmt.

Die Frage nach der Qualität von Strukturen geht daher über eine Aufzählung „angemessener“ Rahmenbedingungen oder „bedarfsgerechter“ Angebotsstrukturen weit hinaus. Sie ist vielmehr die Frage nach der „Kultur des Aufwachsens“ (L. Krappmann) hier und heute, bei der sich kein institutionelles Angebot als „Insel der Seligen“ missverstehen und die Gegebenheiten außerhalb der Einrichtung ausblenden kann.

Es gibt eine Qualität der Gesellschaft wie auch eine Qualität des jeweiligen Sozialraums, durch die das Aufwachsen von Kindern vielleicht massiver beeinflusst wird als durch institutionelle Gegebenheiten. Im Hinblick auf Strukturqualität ist es besonders wichtig, dass Strukturen nicht als „gegeben“ und unveränderlich hingenommen werden; vielmehr stellt sich gerade unter Qualitätsaspekten die Frage, inwieweit eine Ein-

¹ entnommen aus dem Projekt „Qualität für Schulkinder in Tageseinrichtungen“ (QUAST): Qualitätskriterien-Katalog für Angebote für Schulkinder, Entwurf 11/2000, Arbeitspapier, Bezugsadresse: Sozialpädagogisches Institut NRW (SPI) – Landesinstitut für Kinder, Jugend und Familie, Postfach 10 31 41, 50471 Köln

richtung ihre Aufgabe auch darin sieht, Strukturen auf allen drei Ebenen mitzugestalten und zu verändern.

Qualität manifestiert sich zweitens in pädagogischen Prozessen, insbesondere bei den Interaktionen zwischen Erzieherin und Kind. Die Leitfrage ist dabei, ob diese Prozesse so gestaltet sind, dass sie die Entwicklung des Kindes zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit (Auftrag nach § 1 SGB VIII) unterstützen.

Die Qualität einer Einrichtung bemisst sich drittens danach, inwieweit teaminterne Prozesse so organisiert und strukturiert werden, dass sich die Einrichtung nicht nur als „lernende Organisation“ bezeichnet, sondern auch die damit gemeinten permanenten **Weiterentwicklungen** tatsächlich und nachweisbar selbst gestalten kann.

Schließlich ist zu fragen, von welchen pädagogischen Orientierungen eine Einrichtung ausgeht und wie transparent und wie nachvollziehbar sie diese Orientierungen in Handlungsziele übersetzt und in pädagogischen Prozessen zu realisieren versucht. Als zweite Seite dieser „Medaille“ werden systematisierte Formen der Reflexion über das Verhältnis von Handlungszielen und tatsächlich beobachtbaren Ergebnissen zu fordern sein.

II. Vom Wollen, Dürfen und Können

Wie kann Qualität der skizzierten Form entstehen? Drei Aspekte sind wichtig:

Qualität muss man wollen. Eine erste notwendige Voraussetzung liegt bei der Einrichtungsleitung und den Mitarbeiterinnen: Sie müssen „*eine positive Einstellung gegenüber der Änderung und Verbesserung ihrer eigenen Arbeitsweise entwickelt*“ haben.¹

Etwas euphorischer ausgedrückt: Es geht um „... *kontinuierliche Verbesserung - die gewohnheitsmäßige Erwartung einer Organisation und der einzelnen in der Organisation, dass sich alles, absolut alles verbessern lässt und dass der Prozess des Verbesserns einer der interessantesten, herausforderndsten und erhebensten Prozesse ist, an denen man teilhaben kann.*“²

Das heißt zweitens auch: Man muss Transparenz im Team und in den internen Abläufen wollen, klare Verantwortlichkeiten und Konsequenzen. Leitung - sie hat die Schlüsselfunktion - muss leiten wollen.

Das heißt drittens: Man muss sich in die „Karten schauen“ lassen wollen, muss interessiert sein auch an kritischen Rückmeldungen von außen, von Kolleginnen nicht nur

¹ vgl. Hummel, Thomas/Malorny, Christian: Total Quality Management - Tips für die Einführung, 2. Aufl., München: Hanser (1997), S. 97 ff.

² Kline, Peter/Saunders, Bernard: 10 Schritte zur Lernenden Organisation, Paderborn: Junfermann (1996), S. 42

aus der eigenen, sondern auch aus anderen Einrichtungen. Ein Team muss sich vergleichen wollen - auch mit den (angeblich oder tatsächlich) „besten“ Nachbareinrichtungen (Benchmarking) - und sich bemühen, herauszufinden: „*Was tun die, was wir nicht tun - und sollten wir uns vielleicht umstellen?*“¹

Offenheit nach außen heißt auch, eine **externe** Evaluation nicht als Bedrohung, sondern als interessant und möglicherweise nutzbringend anzusehen, vorausgesetzt, die oder der Externe ist fachlich wirklich kompetent. Ein gesundes Misstrauen, wenn der Einsatz von Qualitätsfeststellungsverfahren zumindest zeitlich mit Diskussionen über angebliche Einsparnotwendigkeiten zusammenfällt, gestehe ich den Fachkräften in den Tageseinrichtungen allerdings zu. **Die Forderung nach Qualität in den Einrichtungen ist nur glaubwürdig, wenn nicht gleichzeitig die Rahmenbedingungen drastisch verschlechtert werden.**

Ein Team auf dem Weg zu mehr Qualität muss Perspektivenwechsel als Hilfe und nicht als Last und Verunsicherung verstehen: Qualität lässt sich sicher nicht realisieren, ohne dass die Perspektive mindestens der Kinder und der Eltern kontinuierlich und systematisch erfasst und berücksichtigt wird.²

Auch der Träger muss Qualität wollen. Das bedeutet nicht nur, dass er seinen Einrichtungen die Unterstützung gibt, die sie brauchen. Dazu gehört zunächst, zu realisieren, dass die „eigenen“ Einrichtungen nicht alle gleich sein müssen, nicht „gleich gut“ sein können. Auch die Einrichtungen eines Trägers können und sollen spezifische Profile bilden, es wird immer Einrichtungen geben, die anderen Hilfe geben können - zum Beispiel Konsultationseinrichtungen, mit denen verschiedene Bundesländer offenbar gute Erfahrungen machen. Es wird immer Einrichtungen geben, die - zumindest zeitweise - Hilfe brauchen.

Zweitens muss man Qualität anbieten dürfen. Hier muss über einengende rechtliche Regelungen nachgedacht werden, die Qualität verhindern können, zum Beispiel feste Vorgaben zu Gruppenarten wie in Nordrhein-Westfalen.

An dieser Stelle wäre auch zu fragen, warum über Rahmenbedingungen wie personelle Besetzung oder Gruppengröße nur oder vorwiegend als feste Größe gesprochen wird. Wenn Qualität kontextabhängig ist, dann brauchen zum Beispiel nicht alle Einrichtungen dasselbe Personal, sondern Einrichtungen in bestimmten Einzugsgebieten brauchen mehr als andere. Das muss ausgehandelt und anschließend auch gezielt refinanziert werden.

Das gilt auch für Regelungen, die ermöglichen müssen, dass Angebote aus verschiedenen „Erbhöfen“ integriert gemacht werden können. Ein Paradebeispiel für mögliche

¹ Auf meine Frage während einer Veranstaltung mit Erzieherinnen, ob sie interessiert an kollegialer Rückmeldung von Kolleginnen aus benachbarten Einrichtungen wären, sagten die meisten gar nichts und eine: „*Ich weiß nicht, ob wir schon so weit sind.*“ Immerhin ehrlich, wenn auch unbefriedigend.

² Ein bequemes „Fluchtargument“ könnte lauten: „*Aber das machen wir doch schon alles!*“ Mag sein; aber es kommt darauf an, es jetzt systematisch und transparent zu machen.

Schwierigkeiten war die gemeinsame Erziehung behinderter und nicht behinderter Kinder in Tageseinrichtungen, die lange Zeit nicht wegen mangelnder Bereitschaft der Fachkräfte oder fehlender pädagogischer Konzepte schwierig war, sondern wegen Problemen bei den Finanzierungsregelungen. Wenn jetzt darüber nachgedacht wird, dass Angebote aus dem gesamten KJHG-Bereich zusammen mit Angeboten aus der Sozial- oder Familienhilfe „unter einem Dach“ eingerichtet werden sollten, dann darf die Realisierung nicht an Abrechnungsproblemen scheitern.

Drittens muss man Qualität entwickeln und sichern können. Damit sind in erster Linie - und hier geht es ans Geld - die Kompetenzen des Personals und die Qualität der Unterstützungssysteme (zum Beispiel Fachberatung, Fortbildung, Supervision) gemeint. Dazu gehört aber auch die dem Personal zur Verfügung stehende Zeit, denn auch in Tageseinrichtungen für Kinder muss viel Arbeit „hinter den Kulissen“ geleistet werden.

Ein Beispiel als Illustration: Jeder Mensch geht davon aus, dass ein Bahnunternehmen „vor den Kulissen“ Qualität zeigt, dass die Züge pünktlich und sauber sind. Ebenso geht aber jeder Mensch davon aus, dass entscheidende Qualitätsbausteine hinter den Kulissen in Ordnung sind, dass die Technik verlässlich ist, die Auskünfte stimmen und die Züge gut gewartet werden. Ob und wie das geschieht, sieht der Kunde nicht, aber die Auswirkungen bekommt er gegebenenfalls schmerzlich zu spüren.

Deshalb sind Begriffe wie „Servicequalität“, worunter die Qualitätsaspekte verstanden werden, die unmittelbar „von außen“ sichtbar sind, fragwürdig.

Das Geld, das ein Träger, eine Kommune beziehungsweise ein Bundesland in die Sicherstellung der notwendigen Rahmenbedingungen - insbesondere in die Zeitbudgets der Fachkräfte - und die Verbesserung der internen Kompetenzen stecken, ist besser angelegt als das, was nur in externe Maßnahmen - beispielsweise zur Überprüfung der Einrichtungen durch Externe - geht. Eine externe Überprüfung kann eine Einrichtung „über sich ergehen lassen“; eine interne Auseinandersetzung mit der Qualität des bisherigen Angebots und den Weiterentwicklungsmöglichkeiten setzt zwangsläufig Prozesse in Gang, die der Qualität zugute kommen.

Tageseinrichtungen für Kinder brauchen heute Fachkräfte mit mehr und anderen Kompetenzen als noch vor zehn Jahren. Wenn wir die Weiterentwicklungsperspektiven vom Kindergarten zum Kinderhaus einerseits und vom Angebot für Kinder zum Angebot für Kinder und Familien andererseits wirklich ernst nehmen, dann muss das Auswirkungen auf die Kompetenzen der Fachkräfte haben, die sowohl in der **Ausbildung** als auch in der **Fort- und Weiterbildung** vermittelt werden müssen.

Ein wichtiges Stichwort in diesem Zusammenhang: **Qualität ist nicht nur eine Frage des Geldes, sondern auch eine Frage der Zeit.** Auch wenn eine ungeduldige Gesellschaft immer schnelle Resultate sehen will: Änderungen - zum Beispiel im Ausbildungskonzept - können sich erst langfristig auswirken und müssen deshalb frühzeitig in die Wege geleitet werden.

Eine Schlüsselrolle hat die Leitung der Einrichtung. Es gibt inzwischen Langzeitfortbildungen und Aufbau-Bildungsgänge (zum Beispiel Sozialmanagement), die deutlich Schluss machen mit der Idee, die „frischgebackene“ Leiterin (oder der Leiter) einer Einrichtung könne sich die notwendigen Kompetenzen gewissermaßen im Vorbeigehen aneignen. Lernen durch Versuch und Irrtum ist zwar prinzipiell möglich, aber erfahrungsgemäß die schmerzhafteste Lernform, und zwar für alle Beteiligten.

Qualität ist Leitungsaufgabe, sie lässt sich weder innerhalb der Einrichtung delegieren noch auf andere Ebenen - zum Beispiel beim Träger - auslagern. Nur die Einrichtungsleitung kennt sowohl die inneren Abläufe als auch die Strukturen genau genug, in denen sich die Einrichtung bewegt.

Ein letzter Gesichtspunkt: Es gibt Auswüchse eines rein statischen Qualitätskonzeptes, die viel unnötige Arbeit bedeuten können: Die Formulierung langwieriger Anträge etwa, die umfangreiche Pflicht zu Berichten, die viel Arbeitszeit bindet. An solchen „Zeitfressern“ muss ein Weg vorbei führen. Es muss doch für einen Geldgeber beziehungsweise Träger intelligentere Möglichkeiten geben, als sich zu vergewissern, ob das Geld gut angelegt ist, zumal Papier heute ebenso geduldig ist wie früher.

III: Zum Verhältnis von Kosten und Nutzen

Damit sind wir bei der Frage, die eigentlich interessanter ist als die nach den Kosten: Bei der Frage nach dem Verhältnis von Kosten und Nutzen.

Was kostet Qualität? Philip B. Crosby¹ hatte vor zwanzig Jahren die betriebswirtschaftliche Szene „aufgemischt“ mit der These und dem Buchtitel: Qualität kostet nichts, „Quality is free“. Er ging dabei von Betrieben und Angestellten aus, die einfach nur versuchen, irgendwie über die Runden zu kommen. Die Fehler zulassen in der Hoffnung, dass die Kontrolleure sie nicht bemerken und in der Gewissheit, dass die unvermeidlichen Reklamationen nicht bei ihnen, sondern bei anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Firma landen. Philip Crosbys Botschaft an solche Betriebe und Leute war einfach und überzeugend: *„Hört auf, Euch durchzuwursteln. Wenn Ihr es gleich richtig macht, spart Ihr Nerven, Zeit und wahrscheinlich auch Geld. Qualität kostet nichts.“*

Der Gedanke, übertragen auf die Tageseinrichtungen für Kinder, würde bedeuten: *„Wenn wir sie einrichten und betreiben, dann auch gleich richtig. Anfängliche Investitionen zahlen sich aus, sie sparen Nerven, Zeit und Geld.“* Das würde heißen, dass wir den Kosten der Tageseinrichtungen ihren Nutzen - und zwar auch ihren ökonomischen Nutzen - gegenüberstellen und Bilanz ziehen müssten. „Ökonomische Bildungsgesamtrechnungen“ hat Manfred Weiß² solche Unternehmungen genannt. Er beschreibt

¹ siehe Crosby, Philip B.: Qualität bringt Gewinn, Hamburg: McGraw Hill (1986)

² siehe Weiß, Manfred: Ökonomische Bildungsgesamtrechnungen, Frankfurt/Main: Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (1994); zum angesprochenen Projekt siehe auch Weikart, David P.: Über die Wirksamkeit vorschulischer Erziehung, In: Zeitschrift für Pädagogik, Weinheim und Basel: Beltz 21 (1975), S. 489-509

in seinem Papier die Ergebnisse des „Perry Preschool Programme“, das in den 60er Jahren in Michigan/USA durchgeführt wurde. Die langjährige Begleitung der Kinder und Familien, die an diesem Projekt teilnahmen, zeigte unter Kosten-Nutzen-Aspekten sehr klar: *„Der ermittelte gesamte Nettonutzen weist das Programm als eine gesellschaftlich höchst profitable Investition aus.“*

Natürlich ist die Studie inzwischen vierzig Jahre alt und selbstverständlich sind die Voraussetzungen, Ziele und Methoden dieses Programms nicht mit denen unserer Tageseinrichtungen für Kinder identisch. Aber alles, was ich sagen will, ist Folgendes: **Warum bündeln nicht auch wir einmal pädagogischen, kaufmännischen und administrativen Sachverstand für eine solche Analyse?** Auf die Ergebnisse dürften wir gespannt sein. Wenn Sie mir eine Vermutung gestatten: **Auch in unserem Bereich zahlt sich Qualität letztlich aus, und zwar sowohl immateriell als auch ganz handfest materiell, das heißt ökonomisch.**

Dazu müssten alle drei Aufgabenkomplexe der Tageseinrichtungen für Kinder einbezogen werden. **Fragen** könnten beispielsweise sein:

- Wie häufig ermöglicht erst ein Platz für das Kind in einer Tageseinrichtung die (Wieder-)Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, verhindert den Gang zum Sozialamt?
- Welche Kosten würden durch unzureichende Öffnungszeiten für Familien entstehen, die auf zusätzliche Betreuungsarrangements zurückgreifen müssten - von den Auswirkungen auf die Kinder einmal abgesehen?
- Welche Einsparungen entstehen durch Synergieeffekte, wenn beispielsweise der Allgemeine Soziale Dienst regelmäßig Sprechstunden in einer Tageseinrichtung für Kinder abhält? Welche Familien werden so erreicht, die auf andere Weise nicht erreicht würden?
- Welche Aufgaben können Leitungskräfte mit Zusatzqualifikation besser erledigen als früher? Welche Aufgaben können sie nur mit einer solchen Qualifikation übernehmen?
- Welche Förderungseffekte sind durch die pädagogische Arbeit der Erzieherinnen in Tageseinrichtungen zu erzielen? Die Modellversuche der 70er Jahre - beispielsweise der Modellversuch „Kindergarten-Vorklasse“ in Nordrhein-Westfalen in den Jahren 1970 bis 1975 - haben damals solche Förderungseffekte nachgewiesen, ablesbar an den Schulnoten bis zum Ende der Grundschulzeit. Wir müssen dabei auch fragen: Unter welchen Rahmenbedingungen sind solche Förderungseffekte möglich? Wie hängen Strukturqualität und Prozessqualität zusammen?

Wir sollten auch einzelne Hinweise sammeln, die sich in der Literatur finden, wenn auch verstreut und manchmal versteckt. Es gab zum Beispiel in einem Landes-Sozialbericht in Nordrhein-Westfalen eine Studie über Lebenslagen und Lebensformen von Alleinerziehenden. In ausführlichen Interviews schilderten rund 90 allein erziehende Frauen sowie zwölf Männer, in wie vielen Fällen Alleinerziehende diese Lebensform

nicht von vornherein bewusst wählen, sondern gezwungen sind, aufgrund krisenhafter Zuspitzungen ihr Leben und auch das des Kindes beziehungsweise der Kinder sehr schnell neu zu organisieren und dass **die entscheidende Hilfe dabei ein umgehend zur Verfügung stehender Platz in einer Tageseinrichtung** (bei entsprechenden Öffnungszeiten) **war**.

Natürlich bedeutet ein solches Programm Aufwand und Kosten. Aber, um es drastisch zu sagen: **Bei den Fragen nach dem Nutzen des Systems der Tageseinrichtungen, den nachweisbaren positiven Effekten „wursteln wir uns“ mehr oder weniger „durch“**. Philip Crosby würde uns ganz sicher raten: **„Macht es doch endlich mal richtig, es zahlt sich aus!“**

Diskussion im Plenum

Ministerialrat Dr. Reinhard Wiesner: Ich bedanke mich bei Herrn Dr. Strätz, der in seinem Beitrag den Bogen gespannt hat zu den Positionen von Professor Fthenakis, sowie bei Frau Fahland und Frau Bütow für die Berichte aus der Praxis. Wir haben in der dritten Diskussionsrunde Beispiele vorgestellt bekommen, bei denen deutlich geworden ist, dass es bei dem Bemühen, Kindertagesbetreuung in guter Qualität anzubieten, nicht nur um Geld geht. Genauso wichtig wie der Einsatz finanzieller Mittel sind persönliches Engagement, Phantasie und Kreativität. Viele Entwicklungen wären nicht möglich ohne den persönlichen Einsatz von Fachkräften, aber auch von Eltern in Tageseinrichtungen. Dennoch dürfen Staat und Gesellschaft Eltern und Erzieher nicht allein lassen. Was diese tun, ist nicht ihre Privatangelegenheit, sondern Mitwirkung an einer gesamtgesellschaftlichen Angelegenheit.

Ich sehe in unserer Diskussion zwei Stränge: einmal die moderne Wissensgesellschaft mit ihren Anforderungen an Tageseinrichtungen, woraus sich zwingend die Notwendigkeit der Qualifizierung ergibt. Ich sehe auf der anderen Seite die kommunale Realität mit Budgets, die eher kleiner werden, den Verteilungskampf in den Kreisen und Städten, was heute auch an einigen Beispielen deutlich geworden ist. Kann es uns gleichgültig lassen, wenn jede Aufstockung der Mittel für die Tagesbetreuung zwangsläufig zu einer Kürzung im Bereich der Jugendförderung führt? Wie schaffen wir es, Kosten und Nutzen der einzelnen Aufgabe stärker in den politischen Prozess zu bringen? Es ist sicher gut und wichtig, dass wissenschaftliche Organisationen das Material besser aufbereiten. Aber dann bleibt immer noch die Aufgabe, dieses Material in die politische Diskussion einzubringen, um letztlich den Stellenwert der einzelnen Aufgaben deutlicher zu machen. Denn es geht bei all den aufgeworfenen Fragen letztlich immer um Prioritäten. Geld ist meiner Meinung nach immer noch genügend vorhanden; die Frage ist nur, wofür es schließlich eingesetzt wird.

Dirk Friedrichs, Dezernent für Grundsatzfragen im Landesjugendamt Hessen, Wiesbaden: Ich möchte Frau Fahland direkt fragen. Sie erwähnten, in Halberstadt Qualitätsstandards entwickeln zu wollen. Mich würde interessieren, ob Sie sich schon Ge-

danken darüber gemacht haben, wie Sie das tun und wen Sie daran beteiligen wollen. Wie stellen Sie sich das vor?

Cynthia Fahland: Quedlinburg, die Nachbarstadt von Halberstadt, besitzt bereits Qualitätsstandards, die die materielle und personelle Seite betreffen. Somit haben die Leiterinnen der kommunalen Einrichtungen der Stadt Halberstadt bereits einen Einblick bezüglich der Standards. Wir streben an, dass die Fachberater Halberstadts und Quedlinburgs zusammenarbeiten. Vor kurzem waren Leiterinnen kommunaler Halberstädter Kindertagesstätten zu Hospitationen in verschiedenen Einrichtungen, um mit den Kolleginnen darüber zu sprechen, wie was künftig sein soll und wird.

Es ist aber immer wieder so eine Art Gummiband, weil es noch keine für alle verbindlichen Standards gibt. Jeder definiert Qualität noch anders. Wenn jedoch weiterhin Kündigungen ausgesprochen werden, so dass die Gruppen in den Kindertageseinrichtungen immer größer werden, dann müssen wir wohl oder übel Abstriche bei der Arbeit mit dem Kindern machen.

Dirk Friedrichs: Wurde denn auch daran gedacht, Eltern und Kinder zu beteiligen?

Cynthia Fahland: Das Elternkuratorium jeder einzelnen Einrichtung wird einen Elternvertreter auswählen, der an der Erarbeitung der Qualitätsstandards beteiligt wird.

Ministerialrat Dr. Reinhard Wiesner: Danke. Weil es keine Wortmeldungen mehr gibt, möchte ich diese Diskussionsrunde beenden.

Abschlussdiskussion:

Zur weiteren Perspektive

MODERATION: MINISTERIALRAT DR. REINHARD WIESNER
*Leiter des Referates Kinder- und Jugendhilferecht
im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*

Ministerialrat Dr. Reinhard Wiesner: In der abschließenden Diskussion sollten wir versuchen, aus den Beiträgen Konsequenzen für praktisches Handeln auf den unterschiedlichen Ebenen abzuleiten. Wie kann es uns gelingen, die öffentliche Aufmerksamkeit und damit auch die Aufmerksamkeit der Politik stärker auf die Tagesbetreuung von Kindern als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu lenken? Vielleicht gibt es aber auch noch Nachfragen oder Anmerkungen zu den einzelnen Aussagen ...

Joachim Henkel, Leiter des Jugendamtes der Stadt Köln: Ich fühle mich immer noch durch die Aussagen von Professor Wolff provoziert und möchte etwas zu den Rahmenbedingungen der Kommunen sagen. Die Einnahmen sind nicht mehr gestiegen. Der jährliche Haushalt der Millionenstadt Köln, der etwa sechs Milliarden DM ausmacht, ist sozusagen eingefroren worden. Aber gerade in dieser Zeit ist aufgrund des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz und aufgrund gestiegener Nachfrage der Bereich der Kindertagesbetreuung weiter ausgebaut worden. Das begann im Jahr 1989 auf der Grundlage von Beschlüssen des Rates der Stadt Köln und wurde nach dem Inkrafttreten bundesgesetzlicher Regelungen beschleunigt.

Die innovative Weiterentwicklung der Kindertagesbetreuung wird jedoch durch die Finanzsituation der Kommunen und Länder erschwert. In Köln haben wir seit etwa elf Jahren den gleichen Finanzumfang des Haushalts.

Die Jugendhilfe sollte in der öffentlichen Diskussion und bei der jährlichen Diskussion um die Schwerpunkte für den jeweiligen Haushalt deutlich machen, dass es sich bei den Kindertagesstätten um wichtige Infrastruktureinrichtungen handelt. Je besser diese Dienstleistung ausgestattet und entwickelt ist, umso besser ist es für die Arbeitsbedingungen der Eltern und für die Kinder hinsichtlich ihres Übergangs in die Grundschule.

In den Tageseinrichtungen der Stadt Köln und denen der Träger der freien Jugendhilfe sind Kinder aus 102 Nationen untergebracht. Die Kindergärten sind meist die ersten und einzigen Einrichtungen, in denen in der Kleinkind- und Vorschulzeit die deutsche Sprache gelernt und gesprochen wird. Das Ergebnis einer Befragung der Kindergärten in Köln besagt, dass ausländische Kinder, die drei Jahre den Kindergarten besuchten, die deutsche Sprache erlernt hatten und grundschulfähig waren. Ein Problem besteht aber darin, dass die ausländischen Kinder die deutsche Sprache beherrschen, deren Eltern nur ungenügend oder zum Teil gar nicht.

Hinsichtlich der Ausbildung für die Fachkräfte der Tageseinrichtungen für Kinder halte ich nicht nur die Verzahnung von Fachschulen und Fachhochschulen für wichtig, sondern auch die Verzahnung von Fachschulen, Fachhochschulen, Forschung mit der Praxis. Entsprechend der Rahmenvorgaben des Kindergartengesetzes NRW (GTK) gehört zum Arbeitsalltag der Kindergärten ein umfangreiches Fortbildungsangebot, das viel zur Weiterentwicklung der Kindergärten und zur Motivation der Fachkräfte beiträgt - für Fachkräfte, die sich überwiegend drei bis vier Jahrzehnte in dem Berufsfeld engagieren.

Ministerialrat Dr. Reinhard Wiesner: Herr Henkel, ich denke, Sie haben auf zwei zentrale Aspekte aufmerksam gemacht:

- einmal auf die über den Bereich der Jugendhilfe hinausgehende strukturelle gesellschaftliche Bedeutung der Tagesbetreuung und
- zum anderen auf die Notwendigkeit ständiger berufsbegleitender Fortbildung für die Fachkräfte.

Wenn ich erlebe, wie manche Kommunen ihre Fortbildungsetats systematisch ausdünnen und Fortbildung zur Privatangelegenheit engagierter Fachkräfte wird, dann sabotieren die kommunalen Gebietskörperschaften damit ihren eigenen Anspruch auf Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung.

Dr. Rolf-Peter Löhr, *Geschäftsführer des Vereins für Kommunalwissenschaften e. V., Berlin:* Ich möchte etwas aus einer ganz anderen Perspektive als aus dem Bereich der Jugendhilfe sagen. Herr Henkel hat soeben darauf hingewiesen, dass die kommunalen Haushalte seit Jahren nicht mehr gestiegen und die Mittel begrenzt sind. Andererseits wachsen die Aufgaben. Wie gehen die Kommunen damit um?

Wenn man das strukturell betrachtet, gibt es - ganz unabhängig von Jugendhilfe - drei Möglichkeiten, den Handlungsrahmen der Kommunen einzuschränken oder auszuweiten: Das ist erstens der Handlungsspielraum, der durch rechtliche Rahmenbedingungen vorgegeben wird. Darauf haben die Kommunen gar keinen Einfluss, das heißt, es besteht für sie keine Möglichkeit, etwas weiterzuentwickeln oder zu entscheiden, bestimmte, rechtlich vorgegebene Aufgaben nicht mehr wahrzunehmen. Zum Beispiel ist der Anspruch auf einen Platz in einer Kindertagesstätte da, ob man das will oder nicht. Damit müssen die Kommunen leben.

Der zweite Bereich, wo man einen Spielraum entwickeln könnte, ist die Handlungskraft, das sind die Finanzen und das Personal. Die Finanzen wachsen nicht. Ob die Steuerreform und die positive Entwicklung der Wirtschaft da eine gewisse Entlastung bringen, mag sein. Aber es wird nichts Revolutionäres sein, was da passiert. Vor allem wird hier nicht die Möglichkeit bestehen, so weiterzumachen wie bisher und darauf zu hoffen, irgendwann mehr Geld zu bekommen, um alle Probleme lösen zu können. Wichtig sind in diesem Handlungsfeld allerdings die Personalentwicklung, Fortbildung, Motivation und Verantwortung.

Der dritte Bereich ist einer, der an uns alle erheblich hohe Anforderungen stellt - das ist die Ausweitung der Handlungseffizienz. Es bedeutet, unter denselben Rahmenbedingungen effektiver zu arbeiten. Das ist keineswegs eine betriebswirtschaftlich verengte Sichtweise, sondern das bedeutet beispielsweise, Kooperationsmöglichkeiten zu entdecken und die in ihnen liegenden Möglichkeiten und Aufgaben effektiver und effizienter zu erfüllen. Heute wurden mehrfach Kooperationsbezüge zur Schule, zu Sozialhilfe und - bezogen auf präventive Ansätze in Kindertagesstätten - auch zur Polizei genannt. Diese vielfältigen Kooperationsmöglichkeiten, oft nicht einmal im Ansatz erprobt, sind bisher nicht ausgeschöpft worden.

Ich beschäftige mich gegenwärtig intensiv mit dem Programm „Soziale Stadt“, wo es auch darum geht, Kooperation zwischen Planung, Stadterneuerung, Jugendhilfe, Sozialhilfe und Schule aufzubauen. Nach meiner Erfahrung ist es mitunter ziemlich schwer zu erreichen, dass beispielsweise das Stadtplanungsamt mit dem Wirtschaftsförderungsamt auch nur redet. Alle Bereiche haben bisher ganz unterschiedliche Denkansätze, so merkt man gar nicht, dass man an verschiedenen Enden desselben Stricks zieht. Aber nur wenn verschiedene Ressorts an demselben Strick in dieselbe Richtung ziehen, haben sie allesamt einen Vorteil.

Das ist meiner Meinung nach die wichtigste Botschaft des heutigen Tages. Professor Fthenakis hatte hervorgehoben, wir müssten erkennen, dass Kindertagesstätten nicht lediglich eine Betreuungsfunktion haben; sie sind Bildung und haben für die gesamte Gesellschaft große Bedeutung. Dabei muss das fortdauernde Einüben in die gewohnten Traditionen und Säulen der Verwaltung ein Ende haben. Dazu gehört, wie erfolgreiche Beispiele zeigen, Führung und ein politischer Wille. Aber das sind Dinge, die die Kommunen selbst lösen können. Dafür bedarf es keiner Hilfe von außen. Und dafür brauchen sie nicht einmal Geld, sondern können unter Umständen sogar einsparen, um in wichtigen Bereichen der Jugendhilfe mehr ausgeben zu können. Es muss dazu kommen, dass auch hinsichtlich der Finanzen die Prioritäten richtig gesetzt werden.

Dazu kann meiner Meinung nach auch dieser Diskurs beitragen, wenn wir deutlich machen, dass der Einsatz von Geld in der ersten Entwicklungsphase von Kindern nicht nur für diese Kinder und deren Familien wichtig ist, sondern auch für die Entwicklung der Gesellschaft insgesamt. Denn wir wissen alle, dass wir in 50 Jahren in einer Situation leben werden, in der ein Beitragszahler einem Rentner gegenübersteht. Das ist nicht mehr lang hin. Die Kinder, die heute geboren werden, werden das alle erleben.

Wenn es uns nicht gelingt, die Rahmenbedingungen zu verändern und zu vermitteln, dass es sich lohnt, Kinder zu kriegen, dass dies nicht nur Spaß macht, sondern auch keinen Verzicht auf Berufserfolg bedeutet, werden sich die gesellschaftlichen Probleme potenzieren. Und natürlich brauchen wir für diese positive Aufgabe auch Engagement, Phantasie und Aufopferung von Erwachsenen. Das jedoch muss auch gesellschaftlich anerkannt und - durch Kindergeld, Kinderbetreuung und insgesamt kinderfreundliche Rahmenbedingungen - unterstützt werden.

Ich kann Sie nur alle auffordern, mit dafür zu sorgen, dass Effizienzsteigerungen durch die Bündelung von Mitteln in der Kooperation möglich werden. Diese Kooperation bezieht sich nicht nur auf die Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung und der Jugendhilfe; sie bezieht sich auch auf die Wirtschaft. Denn wenn wir etwas für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie tun, dann tun wir auch etwas für die Wirtschaft. Der Zukunftsforscher Matthias Horx sagt, das 21. Jahrhundert werde das Jahrhundert der Frau, weil vor allem auch die Kompetenzen der Frauen gefordert seien, nämlich, was wir heute auch gelernt haben, Partnerschaftlichkeit und Einfühlsamkeit bei Leitung und Steuerung. Da ist auch eine Kooperation mit der Wirtschaft notwendig, um von dorthier Unterstützung für Frauenerwerbstätigkeit und vielleicht auch Geld für Tagesbetreuung von Kindern zu bekommen.

Hinzu kommen muss die Kooperation mit den Bürgern, mit den Eltern. Sie sind auch Koproduzenten der sozialen Leistungen. Das prägt nach Aussagen von Professor Fthenakis den Übergang von der Moderne zur Postmoderne. Die Moderne war dadurch gekennzeichnet, dass der Staat wusste, was für die Bürger wichtig und richtig war, der Staat sozusagen eine Fürsorge- und Geschmacksdiktatur ausgeübt habe. In der Postmoderne haben die Bürger sehr differenzierte Ansprüche und sehr differenzierte Erwartungen - und zu deren Befriedigung müssen sie selbst beitragen. Das alles müssen und können wir zusammenbinden, damit Kommunen die Effizienz in ihrem Handeln steigern können, nicht als Selbstzweck und zur Haushaltskonsolidierung, sondern im wichtigsten Interesse unserer Gesellschaft, dem Leben und Wohlergehen von Kindern.

Ministerialrat Dr. Reinhard Wiesner: Ich bin sicher, dass der von Ihnen, Herr Dr. Löhr, angesprochene Aspekt des Generationenvertrages, der gegenseitigen Verantwortung von Jung und Alt, in der nächsten Zeit (wieder) an Bedeutung gewinnen wird. Durch die Vergesellschaftung der Alterssicherung ist lange ausgeblendet worden, dass dieser Generationenvertrag nur funktioniert, wenn eine junge Generation heranwächst, die bereit und in der Lage ist, Mitverantwortung zu übernehmen. Insofern geht es in der Tat beim Ausbau der Tagesbetreuung nicht nur um günstige Rahmenbedingungen für die Förderung der Entwicklung von Kindern oder um die Verbesserung der Erwerbstätigkeit von Müttern, sondern um einen zentralen Beitrag für den Fortbestand von Staat und Gesellschaft schlechthin.

Dr. Gerd Mager, Leiter des Jugendamtes Berlin-Spandau: Herr Löhr, ich bin ausgesprochen dankbar für Ihre Sichtweise. Die kommunalen Rituale, die hinter vielen Dingen stehen und sehr viel verhindern, sind sogar noch mehr mein Problem. Ich behauptete, es ist genug Geld vorhanden, aber zum Teil sind wir in unserer Entscheidungsfreiheit eingeengt, das Richtige zu tun. Wenn ich sehe, dass in Berlin rund zwölf Prozent aller Kinder, die in die 1. Klasse eingeschult werden sollen, vom Schulbesuch erst einmal zurückgestellt werden, dann brauche ich eigentlich gar nicht viel zu sagen.

Meines Erachtens behindern die kommunalen Finanzierungsrituale sehr viel. Ich habe heute morgen einen Blick in eine US-amerikanische Untersuchung geworfen. Wenn ich diese richtig verstanden habe, sind Elemente der Frühförderung in Langzeituntersuchungen über fast 30 Jahre untersucht worden. In den Bereichen, in denen Frühför-

derung betrieben worden ist, sind erstaunliche Ergebnisse erzielt worden. Ich kenne solche Untersuchungen aus Deutschland überhaupt nicht. Ergebnisse: 30 Prozent weniger Krisenintervention als die Vergleichsgruppe. Nach 27 Jahren stellte es sich heraus, dass 60 Prozent der damaligen Kinder ein höheres Einkommen hatte als die Vergleichsgruppe.

Ich meine, so etwas ins Bewusstsein von Politik zu rücken, wäre unsere Aufgabe. Aber ich erlebe immer wieder, dass die Jugendhilfe in Höhe der Fußleiste anklopft. Ich vermisse eine Offensive für die Jugendhilfe, denn ich erlebe immer nur das Ringen um den Haushaltsplan der jeweiligen Jahres. Ich vermisse eine Perspektive, die sich wenigstens auf eine Legislaturperiode hin orientiert oder vielleicht sogar noch weiter. Ich glaube, das ist der eigentliche Mangel. Und daran ist die Jugendhilfe zum großen Teil auch selbst schuld, weil sie sich immer nur um ihre eigenen Dinge kümmert und so wenig über Geld spricht. Mit solchen einfachen, den US-amerikanischen vergleichbaren Zahlen könnte man unter Umständen etwas erreichen. Denn das ist das Einzige, was in diesem Augenblick zählt: nicht der pädagogische Nutzen, sondern das, was es im Augenblick kostet und nicht, was uns in einigen Jahren bei richtigen Investitionen erspart bleibt. Ein Problem ist, dass die meisten, die heutzutage politische Verantwortung tragen, dann längst nicht mehr im Amt sind. Diese Tatsache motiviert nicht, sich für Veränderungen zu engagieren.

Ministerialrat Dr. Reinhard Wiesner: Damit - Herr Dr. Mager - sprechen Sie einen zentralen Aspekt unserer gegenwärtigen politischen Diskussion an. Sie ist auf den Augenblick - bestenfalls auf die jeweilige Legislaturperiode - begrenzt. Mit einer solchen Perspektive werden wir den künftigen Anforderungen nicht (mehr) gerecht werden können. Es bedarf neuer Strategien, um die Politiker dazu zu zwingen, über den Teller- rand der nächsten Wahl hinaus zu denken und nachhaltige Politik zu betreiben.

Dr. Rainer Strätz, *Stellvertretender Leiter des Sozialpädagogischen Institutes Nordrhein-Westfalen - Landesinstitut für Kinder, Jugend und Familie, Köln:* Wie kommen wir an Geld? Die Chancen sind gering, dass es uns jemand freiwillig gibt, obwohl sich beispielsweise manche Betriebe in Dortmund, Bochum oder Düsseldorf finanziell engagieren. Diese Beispiele sind ein Hinweis darauf, dass man sich Kooperation unter finanzieller Beteiligung von Unternehmen durchaus vorstellen könnte. Aber im Prinzip wird es darauf hinauslaufen, dass die Jugendhilfe jede Mark, die sie zusätzlich braucht, anderen wegnehmen muss.

Das Schlimmste, was passieren kann, wäre das Szenario, dass der Jugendhilfeetat gedeckelt wird und dass die Leute aus den Tageseinrichtungen das Geld zum Beispiel den Leuten aus der Jugendarbeit wegnehmen. Um das zu verhindern, müsste man eine Stufe höher gehen. Dann müsste beispielsweise Herr Henkel das, was er braucht, den Leuten wegnehmen, die die Parkverbotsschilder in Köln aufstellen. Dafür hätte ich schon mehr Sympathie. Es ist doch immer eine Frage der Prioritätensetzung. Übrigens sind die Kommunen nicht die Einzigen, die Geld haben. Länder zum Beispiel sollen auch Geld haben. Wenn nun die Frage erörtert wird, ob wir eine Magnetschwebebahn durch das Ruhrgebiet brauchen oder vielleicht 12.000 Plätze für Schulkinder, so hat

das etwas mit der Prioritätensetzung zu tun. Mehr will ich dazu als Landesbeamter nicht sagen.

Ministerialrat Dr. Reinhard Wiesner: Bei der Prioritätensetzung gucken die Politiker natürlich auf die Wähler: Oberflächlich betrachtet kommt die Magnetschwebbahn allen Bürgerinnen und Bürgern von Nordrhein-Westfalen zugute, die 12.000 Plätze für Schulkinder gerade mal diesen Kindern und ihren Eltern. In Wahrheit geht es aber auch hier nicht um die konkrete Versorgung dieser Kinder, sondern um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe mit Auswirkungen für alle Bürgerinnen und Bürger.

Thomas Mörsberger, Leiter des Landesjugendamtes Baden, Karlsruhe: Ich überlege mir, was so im Laufe dieses Diskurses passiert ist. Fühle ich mich nach den Impulsen von heute ermutigt oder eher ohnmächtiger? Insbesondere konstatiere ich: Je mehr ich erfahre, desto ohnmächtiger fühle ich mich.

Ich komme mir ständig vor wie im Squash-Training, wo ich den Ball, den ich selbst geschlagen habe, heftig zurückbekomme. Je heftiger ich zuschlage, umso heftiger kommt der Ball zurück. Wir überzeugen uns gegenseitig mit solcher Wucht, dass es mich richtig niederdrückt. Nur frage ich mich, ob wir statt der internen Debatten nicht lieber gezielt überlegen sollten, wer die Leute sind, gegen die wir eigentlich - auf öffentlicher Szene - kämpfen müssten.

Zum Beispiel in der Sache mit dem Geld. Gehen wir wirklich systematisch und konsequent an das Problem heran? Wo sind wir also der Meinung, dass nicht adäquat bezahlt wird für das, was getan wird? Wird diese Frage konsequent gestellt? Nein. „Pragmatismus“ ist angesagt. Man könnte auch sagen: Vermeidung von Konflikten. Wie aber soll die Politik merken, dass da etwas nicht im Lot ist, wenn wir es nicht klar genug benennen? Ist da bei uns nicht ein „blinder Fleck“?

Ich glaube jedenfalls, dass wir so, wie wir die Probleme zuletzt diskutiert haben, kaum einen Zentimeter weiterkommen. Wenn wir feststellen, dass eigentlich alle überzeugt sein müssten, dass eine gute Tageseinrichtung für Kinder diese Gesellschaft in glücklichere Zeiten führt, dann muss es doch wirklich eine Form von spezifischer Dummheit in dieser Gesellschaft sein, diese Erkenntnis nicht so schnell wie möglich in die Praxis umzusetzen. Stattdessen verschleudern wir Energien, indem wir uns untereinander erzählen, wie schrecklich das alles ist.

Denn: Wenn ich in den nächsten Tagen zu Hause oder in Ausschüssen gefragt werde, wie es denn bundeszentral um die Diskussion steht, welche Bedeutung Kindertagesstätten haben, und ich darauf antworte, bundeszentral sei man der Auffassung, dass dort mehr investiert werden müsste, dann bräuchte ich nichts mehr zu erzählen. Dann würde ich mit diesem Hinweis mit Sicherheit keinerlei größere Unterstützung kriegen, wenn gleichzeitig in einzelnen Regionen mancher Bürgermeister ohne jede Schwierigkeit die Standards heruntersetzen kann, weil sie wissen, dass die Leute ihnen folgen.

Dr. Rolf-Peter Löhr: Das bleibt natürlich immer schwierig. Man muss mit anderen Professionen reden, aber und zu den Tagungen mit dem Thema „Jugendhilfe“ kommen die anderen eben nicht. Der Verein für Kommunalwissenschaften versucht dem zu entgehen, indem er mit anderen Professionen zusammen Tagungen veranstaltet. Das machen wir im Bereich „Soziale Stadt“. So kooperieren wir in diesem Bereich mit Wohnungsbaugesellschaften oder mit der Handwerkskammer, indem wir eine gemeinsame Tagung vorbereiten.

Aber die Kooperation funktioniert nicht, Herr Mörsberger, wenn ich die anderen davon überzeugen will, dass ich Recht habe und erwarte, dass diese anderen für mich etwas Gutes tun sollen. Das ist meines Erachtens der alte Denkfehler der Jugendhilfe. Es geht auch nicht, wenn man den anderen etwas wegzunehmen beabsichtigt. Diese Verteilungsdiskussion kann man natürlich führen; sie ist sicherlich auch interessant, aber alles in allem, wie Herr Wiesner gerade deutlich gemacht hat, fruchtlos. Worum es geht, ist deutlich zu machen, dass wir alle kein jeweils spezifisches, sondern ein gemeinsames Problem zu bewältigen haben.

Ein Beispiel: Die Wohnungsbaugesellschaften merken mittlerweile, dass sie sich um die sozialen Belange ihrer Mieter kümmern müssen, weil diese viel verträglichere und vor allem bleibende Mieter sind, wenn man sie auch sozial betreut und das Umfeld der Wohnung mit bedenkt. Die klugen Wohnungsbaugesellschaften sind heutzutage sehr viel mehr als Wohnungsbereitsteller. Dasselbe gilt auch für das Jugendamt. Es geht nicht darum, nur zu sagen, die Kindertagesstätten sind notwendig. Wenn eine kommunale Verwaltung hervorhebt, für bestimmte Arten von Betrieben hochqualifizierte Leute zu brauchen, die vielleicht auch Kinder haben, dann muss man etwas an den weichen Standortfaktoren verändern. Dazu gehören eine schöne Umwelt, eine attraktive Kulturlandschaft; dazu gehören auch gute Schulen und Kindertageseinrichtungen.

Das provoziert geradezu die Frage: Warum tut sich die Jugendhilfe nicht mit der Wirtschaftsförderung zusammen und unterbreitet der Wirtschaftsförderung ein Angebot? Eine solche Kooperation wäre wünschenswert und auf jeden Fall Erfolg versprechend, wenn jede Seite erkennt, dass die jeweils andere auch etwas einbringen kann, letztlich auch finanzielle Mittel. So kann wirklich etwas bewegt werden. Es darf nicht darum gehen, anderen Geld wegzunehmen, sondern deutlich zu machen, dass gemeinsame Ziele mit anderen bestehen, die ihre eigenen Budgets haben. Wenn es gelingt, diese Mittel zusammenzubringen, dann spart jeder Bereich vielleicht sogar noch Geld, jedenfalls gibt er es effektiver aus. Und dann erfüllen auch beide Seiten ihre Aufgaben. Das ist nämlich Qualität. Man muss Wege und Mittel finden, deren Nutzen sich für alle Beteiligten gleichermaßen erweist. Die anderen dürfen nicht denken, sie müssten der Jugendhilfe etwas Gutes tun. Die denken nicht daran!

Ministerialrat Dr. Reinhard Wiesner: Herr Dr. Löhr, vielen Dank für Ihr Plädoyer zur Kooperation. Offensichtlich fällt es in der Jugendhilfe bis heute noch immer sehr schwer, die richtige Strategie zu finden, nämlich einerseits unsere Absichten und Ziele beharrlich zu verfolgen, dafür zu werben und zu kämpfen, gleichzeitig aber auch Koa-

litionen und Bündnisse einzugehen, gemeinsame Plattformen mit anderen Politikbereichen zu etablieren und damit auch von deren Potenzial zu profitieren. Vielleicht haben wir die „Eigenständigkeit der Jugendhilfe“ manchmal zu wörtlich genommen und dabei vergessen, dass wir auch „anschlussfähig“ bleiben müssen im Hinblick auf die Diskussion in anderen Politikbereichen.

Professor Dr. Reinhart Wolff, Erziehungswissenschaftler und Soziologe an der Alice-Salomon-Fachhochschule Berlin: Nach den nachdenklichen Äußerungen von Thomas Mörsberger will ich noch einige weitere Gedanken in die Diskussion einbringen, weil sich doch die wichtige Frage hinter den vordergründigen Problemen stellt, ob wir nämlich die Probleme nicht doch falsch beobachten. Als eine Quintessenz einer kritischen Überlegung würde ich vorschlagen: Die Beobachtung der anderen Systeme jenseits der Jugendhilfe und Kindertageserziehung kann hilfreich sein, sie führt uns aber nicht weiter. Auch die Beobachtung des Politiksystems allein wird uns in unserer eigenen Professionalität möglicherweise nicht weiterführen. Thomas Mörsberger stellte ja mit Berechtigung die Frage, ob wir nicht irgendwo einen „blinden Fleck“ hätten. Dagegen hat zwar Dr. Löhr mit Verve argumentiert. Aber die Frage nach dem „blinden Fleck“ ist meiner Meinung nach strategisch doch ganz zentral.

Ich würde einen Vorschlag machen: Ich nehme von dieser komplizierten Diskussion heute mit, dass die Fachkräfte selbst möglicherweise der „blinde Fleck“ sind. Das heißt, es würde eine wesentliche strategische Wende bedeuten, wenn wir ernst nehmen würden, dass wir selbst es sind, die in unserem eigenen System am besten etwas verändern könnten, wenn wir uns nur selbst kritisch wahrnehmen und so den „blinden Fleck“ in der Selbstwahrnehmung aufheben würden. Das hieße natürlich, dass die ganze Last auf der Selbstorganisation läge, nämlich sich selbst ernst zu nehmen und mit der Veränderung zu beginnen.

Deswegen fand ich auch die Debatte zum Thema I dieses Diskurses zu stark von uns selbst ablenkend, eher dem Wissenschaftssystem vertrauend. Veränderungen im Jugendhilfesystem ergeben sich aber nicht von selbst. Man muss meines Erachtens eher eine Chance darin sehen, die eigene Selbstblindheit aufzuheben und mit den Fach- und Leitungskräften im Jugendhilfesystem selbst Veränderungen anzustoßen.

Ich kann das jetzt nicht näher ausführen. Dennoch will ich drei Dinge dazu in der gebotenen Kürze sagen. Ich glaube, es gibt doch inzwischen viele Erfahrungen, wie man ein System möglicherweise unter gleichbleibenden Umweltbedingungen doch verändern kann:

1. Wir müssen in Information investieren. Gerade in den vergangenen Jahren ist deutlich geworden, dass sich die Jugendhilfe ganz anders darstellen muss und auch die Öffentlichkeit darüber informieren muss, was sie weiß und kann. Dazu muss sie natürlich auch die Qualitätsstandards und die aktuellen Entwicklungen der Profession kennen, damit sie auch andere informieren kann. Das heißt alles in allem: am Optimum anzusetzen, in programmatischer, bildungspolitischer, methodischer und institutioneller Hinsicht.

2. Der wesentliche strategische Hebel für innovative Veränderungen im Feld der Kindertageserziehung scheint zu sein, Einrichtungen jetzt schon kooperativ umzugestalten, und zwar in jeder Hinsicht, Kinder und Eltern ebenso wie Fachkräfte und andere Dienste einbeziehend - die Einrichtungen der Kindertageserziehung also partizipativ umzustellen. Und wenn es eine Botschaft aus der Bürgerbewegung und aus der Kinderladen-Bewegung für die heutige Kindertageserziehung gibt, dann die: Moderne Kindertageserziehung ist erfolgreich, wenn sie kooperativ wird.

Ich will dazu noch eine Quelle aus dem Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) nennen, von F. Naschold und anderen im Berliner Sima-Verlag 1998 publiziert. Das Buch heißt „Kommunale Spitzeninnovation“. Darin wird unterem anderem von dem Umbau der Kindertageseinrichtungen in der finnischen Stadt Hämeenlinna berichtet. Es wird gezeigt, wie über vier, fünf Jahre die Kindertageseinrichtungen in dieser mittelfinnischen Stadt systematisch partizipatorisch (das heißt alle Beteiligten beteiligend) umgebaut und dabei hervorragende Ergebnisse erzielt wurden. Das kann man nachlesen. Auch unsere eigenen Erfahrungen im Kronberger Kreis mit dialogischer Qualitätsentwicklung im Feld der Kindertageserziehung zeigen: Sowie man die eigene Praxis prinzipiell auf Partizipation umstellt, kann man bereits im Prozess der Umgestaltung in der Kindertageserziehung tolle Ergebnisse erzielen.

3. Man muss natürlich in Qualitätsentwicklung investieren, vor allem natürlich in das Leitungsmanagement und in die Weiterentwicklung der Fachkräfte, aber auch in institutioneller Hinsicht, vor allem was die Trägerstrukturen betrifft. Da gibt es noch viele Möglichkeiten. Und deshalb empfehle ich, nicht über den Abbau von sogenannten Schrotteinrichtungen im Feld der Kindertageserziehung zu klagen, sondern vielmehr konkret in Qualitätsentwicklung zu investieren. Das ist die Zukunft.

Heinz-Hermann Werner, *Leiter des Jugendamtes der Stadt Mannheim*: Ich möchte an den Gedanken anknüpfen, dass es notwendig ist, in Information zu investieren. Beim Hören der Positionen von Herrn Mörsberger habe ich mir aufgrund der praktischen Arbeit vor Ort Folgendes überlegt: Selbst gutmeinende Politik verlangt nach Informationen. Selbst gutmeinende Politik, die glaubt, dass es bei den Tageseinrichtungen maßgeblich auf Qualität ankommt, fragt: Aber worum geht es denn konkret, wenn von Qualität in den Tageseinrichtungen gesprochen wird? Für Politik griffige Antworten sind insbesondere deswegen auch noch sehr schwierig zu vermitteln, wenn ich an die von Dr. Strätz eingebrachte Definition denke, wonach sich Qualität durch die Fähigkeit bestimmt, auf Veränderungen schnell einzugehen und Antworten zu geben.

Denn gleichermaßen müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass in der Politik generell Qualität auch unter Regulierungs- und Deregulierungsaspekten behandelt wird. So gab es beispielsweise in Baden-Württemberg die politische Diskussion und die Entscheidung, die bis dahin richtliniengemäß festgehaltenen Standards für Kindertagesstätten abzuschaffen. Die „politische“ Begründung für diese Entscheidung war klar Deregulierung.

Ein ganz wesentlicher Ansatzpunkt für Qualitätsbestimmung ist das, was Professor Fthenakis ausgeführt hat, nämlich sich über die Bildungskonzeption in den Tagesein-

richtungen viel stärker im Klaren zu sein, der Bildung neben der Betreuung und Erziehung in den Tageseinrichtungen ein stärkeres Profil zu geben. Möglicherweise ist das ein neuer Ansatzpunkt, eine fachliche wie politische Qualitätsdiskussion für den Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder insgesamt neu zu führen.

Unklar ist mir dabei, wer verfahrensmäßig für diesen Prozess die Federführung übernehmen kann und sollte. Wir haben auf der einen Seite den rechtlichen Vorteil, dass die Aufgabenstellung der Tageseinrichtungen bundesrechtlich in § 22 SGB VIII/KJHG geregelt ist. Aber schon die Ausführungsgesetze zum KJHG machen deutlich, dass für den Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder die Länder eine ähnliche Kompetenz für sich in Anspruch nehmen wie für den Schulbereich. Wie wir ein abgestimmtes Vorgehen auf Bundesebene hinbekommen, wie wir möglicherweise auf ein gleichmäßiges Vorgehen auf Länderebene eine Absprache erreichen können, das ist für mich eine entscheidende Verfahrensfrage, die aber auch wesentlich den Erfolg zukünftiger Veränderungen bestimmen wird. Ich habe im Moment keine Antwort.

Ministerialrat Dr. Reinhard Wiesner: Ich glaube, die Antwort werden wir in den letzten Minuten dieser Diskussion auch nicht mehr finden. Aber ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal ganz kurz nachhaken. Für mich ist es im Wesentlichen ein strategisches Problem mit den zwei Fragen: Wie kommen wir aus dieser rein fachlichen Diskussion in eine gesellschaftspolitische Diskussion? Wie können wir die sehr stark kommunal geführte Diskussion über praktische Weichenstellungen durch eine Diskussion auf der Landesebene und der bundespolitischen Ebene flankieren?

Wenn ich höre, dass in verschiedenen Ländern die Verantwortung für die Angebotsstruktur in der Tagesbetreuung - wie in Brandenburg - immer weiter nach unten delegiert wird, nämlich von den Kreisen auf die kreisangehörigen Gemeinden, dann bedarf es dringend einer Gegensteuerung. Qualität und Quantität der Angebote dürfen nicht von den Zufällen kommunaler Politik abhängen, sondern müssen für Eltern und Kinder überschaubar und berechenbar bleiben. Unabhängig davon, wie sie in dieser Republik ihren Lebensmittelpunkt haben, haben sie Anspruch auf eine hochwertige Tagesbetreuung. Deshalb darf das Thema keinesfalls auf die kommunale Ebene delegiert werden, sondern es muss auf Landes- und Bundesebene diskutiert und verhandelt werden.

Meiner Meinung nach sollten wir - und damit meine ich auch den Veranstalter, den Verein für Kommunalwissenschaften e. V. - die Frage erörtern, wie es bei einer künftigen Fachtagung oder einem Diskurs gelingen kann, auf diesen Aspekt viel globaler einzugehen, indem wir versuchen, stärker an die Politik heranzukommen, auch an die Wirtschaft, die sicherlich Eigeninteressen hat, die wir aber auch für unsere gemeinsamen Ziele mit einsetzen können.

An dieser Stelle möchte ich den 3. Berliner Diskurs zur Jugendhilfe des Vereins für Kommunalwissenschaften e. V. beenden. Recht herzlich bedanke ich mich bei Ihnen für die Teilnahme, für das engagierte Interesse sowie für alle Beiträge. Ich hoffe, dass wir uns beim Verein für Kommunalwissenschaften zu diesem Thema oder anderen Themen wieder begegnen.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Diskurses

KAZIM AYDIN

Vorsitzender des Türkischen Elternvereins Berlin-Brandenburg e. V., Berlin

DR. MARGRIT BARTH (MDA)

Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, PDS-Fraktion

ANDREAS BERAN (MDL)

*Vorsitzender des Ausschusses für Soziales und Jugend im Landtag
des Bundeslandes Schleswig-Holstein, Kiel*

WOLFGANG BIEHL

*Leiter der Abteilung Offene Soziale Arbeit des Diakonischen Werkes
an der Saar, Neunkirchen, Saarland*

ANNEGRET BOMMELMANN

*Bürgermeisterin, Dezernentin für Soziales, Jugend, Gesundheit, Wohnen,
Schule und Sport der Landeshauptstadt Kiel*

UWE BORZICHOWSKI

Leiter des Fachbereiches Jugend der Stadt Recklinghausen, Nordrhein-Westfalen

LOTHAR BURGHOFF

*Dienstleiter (Verwaltungsleiter) des Jugendamtes der Stadt Dortmund,
Nordrhein-Westfalen*

BARBARA BÜTOW

Geschäftsführerin des Berliner Institutes für Kleinkindpädagogik e. V. (BIK)

ANNEGRET DAHMER

*Leiterin des Amtes für Kinder und Familie im Landesjugendamt Rheinland, Köln,
und Vorsitzende des Fachausschusses „Tageseinrichtungen und Tagespflege,
Förderung der Erziehung in der Familie“ der Bundesarbeitsgemeinschaft
der Landesjugendämter (BAGLJÄ)*

SYLKE DERESCHKEWITZ

Leiterin der Kindertagesstätte „Hofzeichendamm“ in Berlin-Weißensee

CYNTHIA FAHLAND

*Leiterin der Kindertagesstätte „Waldblick I“ der Stadt Halberstadt,
Sachsen-Anhalt*

DIRK FRIEDRICHS

Dezernent für Grundsatzfragen im Landesjugendamt Hessen, Wiesbaden

PROF. DR. DR. DR. WASSILIOS E. FTHENAKIS

Direktor des Bayerischen Staatsinstitutes für Frühpädagogik, München

HERBERT FUCHS

Referent für Jugendpolitik der SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages

CLAUDIA GAUDSZUN

*Mitarbeiterin des Referates Kindertagesstätten und Kinderprojekte
des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Landesverband Berlin*

MAGDA GÖLLER

*Wissenschaftliche Referentin des Fachbereiches Kindheit und Familie
der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ), Bonn*

KÄTHE GÜNZEL

Leiterin des Jugendamtes der Stadt Cottbus, Brandenburg

JOACHIM HENKEL

Leiter des Jugendamtes der Stadt Köln, Nordrhein-Westfalen

KURT HERRMANN

*2. Beigeordneter, Dezernent für Bildung, Kultur und Soziales
des Landkreises Elbe-Elster, Brandenburg*

LUTZ HERRMANN

*Beigeordneter der Stadt Schwedt/Oder, Brandenburg, Geschäftsbereich Kultur,
Bildung, Sport, Jugend, Soziales und Bürgerangelegenheiten*

BURKHARD HINTZSCHE

Referent für Kinder- und Jugendhilfe im Deutschen Städtetag, Köln/Berlin

DANIELA PETRA HÖRNER

Mitarbeiterin des Jugendamtes der Landeshauptstadt Stuttgart

MATTHIAS HUGOTH

Referent für Kinderhilfe im Deutscher Caritasverband e.V., Freiburg i. Br.

MARTINA JACOB

Mitglied des Bundesverbandes allein erziehender Mütter und Väter e. V., Bonn

ELFI JANTZEN (MDA)

*Sozialpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
Mitglied des Ausschusses für Jugend, Familie und Sport
des Abgeordnetenhauses von Berlin*

INGE KALLENBERGER

Leiterin des Kreisjugendamtes Halberstadt, Sachsen-Anhalt

OBERKONSISTORIALRAT MANFRED KRÄUTLEIN

*Geschäftsführer des Verbandes Evangelischer Kita-Einrichtungen
Berlin-Brandenburg und
Vorsitzender des Landesjugendhilfeausschusses Berlin*

KERSTIN LANDUA

*Leiterin der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe
des Vereins für Kommunalwissenschaften e. V.*

DR. HANS RUDOLF LEU

*Leiter der Abteilung Kinder und Kinderbetreuung
im Deutschen Jugendinstitut (DJI), München*

DR. ROLF-PETER LÖHR

Geschäftsführer des Vereins für Kommunalwissenschaften e. V., Berlin

REINHARD MACH

1. Beigeordneter des Landkreises Ludwigslust, Mecklenburg-Vorpommern

DR. GERD MAGER

Leiter des Jugendamtes Berlin-Spandau

THOMAS MÖRSBERGER

Landeswohlfahrtsverband Baden, Leiter des Landesjugendamtes, Karlsruhe

JOCHEN MÜLLER

*Leiter der Abteilung Kindertageseinrichtungen des Jugendamtes
der Landeshauptstadt Düsseldorf*

KERSTIN NICOLAUS (MDL)

*Sozial- und gesundheitspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im
Landtag des Freistaates Sachsen und
Vorsitzende des Landesjugendhilfeausschusses Sachsen*

GERHARD OTTE

Leiter des Kreisjugendamtes Düren, Nordrhein-Westfalen

PETER OTTENBERG

*Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses Berlin-Wilmersdorf und Mitglied
der Bezirksverordnetenversammlung, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen*

BRUNO PFEIFLE

Leiter des Jugendamtes der Landeshauptstadt Stuttgart

UTA VON PIRANI

Leiterin des Jugendamtes Berlin-Charlottenburg

ANNA POHL

*Leiterin des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien der Stadt Münster,
Nordrhein-Westfalen*

XENIA ROTH

*Leiterin des Referates Kindertagesstätten im Ministerium für Kultur,
Jugend, Familie und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz, Mainz*

MATTHIAS SCHILLING

*Geschäftsführer des Bereiches Kinder- und Jugendhilfestatistik
der Universität Dortmund*

ARNFRIED SCHLOSSER

*Leiter des Referates Familie, Jugend und Gesundheit im Sächsischen
Staatsministerium für Soziales, Familie, Jugend und Gesundheit, Dresden*

HARTMUT SCHULZ

*Mitarbeiter der Abteilung Steuerungsdienst der
Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport, Berlin*

MATTHIAS SELLE

*Stellvertretender Leiter des Jugendamtes der Stadt Münster,
Nordrhein-Westfalen*

DR. GERHOLD STRACK

*Stellvertretender Leiter des Geschäftsbereiches Fachschulen,
Qualifizierung & Professionalisierung der Stiftung SPI, Berlin*

DR. RAINER STRÄTZ

*Stellvertretender Leiter des Sozialpädagogischen Institutes
Nordrhein-Westfalen - Landesinstitut für Kinder, Jugend und Familie, Köln*

GOSWIN VAN RISSENBECK

*Referent der Bürgermeisterin und Beigeordneten für Soziales, Gesundheit und
Jugend Dagmar Szabados, Stadt Halle/Saale, Sachsen-Anhalt*

PROF. DR. WOLFGANG TIETZE

*Lehrstuhl Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt
Kleinkindpädagogik an der Freien Universität Berlin*

KLAUS-DIETER TOPE

*Landesamt für Versorgung und Soziales,
Leiter des Landesjugendamtes des Landes Sachsen-Anhalt, Halle/Saale*

DR. PETRA WEIHER (MDL)

*Vorsitzende des Ausschusses für Gleichstellung, Kinder, Jugend und Sport
im Landtag Sachsen-Anhalt, Magdeburg*

SIMONE WENZLER

*Jugendpolitische Referentin der CDU/CSU-Fraktion
des Deutschen Bundestages*

HEINZ-HERMANN WERNER

Leiter des Jugendamtes der Stadt Mannheim, Baden-Württemberg

MINISTERIALRAT DR. REINHARD WIESNER

*Leiter des Referates Kinder- und Jugendhilferecht
im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bonn*

PROF. DR. REINHART WOLFF

*Erziehungswissenschaftler und Soziologe
an der Alice-Salomon-Fachhochschule, Berlin*

SYBILLE ZIEMS

*Stellvertretende Leiterin des Dezernates Kindertagesstätten
im Landesjugendamt Mecklenburg-Vorpommern, Neubrandenburg*

Literaturhinweise

Bieback-Diel, Liselotte

**Der Wandel der Tageseinrichtungen
für Kinder und der Tagespflege in der Bundesrepublik Deutschland.
Anmerkungen zum 10. Kinder- und Jugendbericht.**

In: Evangelische Jugendhilfe, Hannover: Evangelischer Erziehungsverband e.V.
- EREV -; 76 (1999); Nr. 5

Bock, Kathrin/Timmermann, Dieter

**Wie teuer sind unsere Kindergärten? Eine Untersuchung zu Kosten,
Ausstattung und Finanzierung von Kindertagesstätten.**

Neuwied: Luchterhand (2000); 416 S.

ISBN 3-472-04172-2

Bostelmann, Antje/Metze, Thomas (Hrsg.)

Der sichere Weg zur Qualität. Kindertagesstätten als lernende Unternehmen.

Neuwied: Luchterhand (2000); 168 S.

ISBN 3-472-03876-4

Bremische Evangelische Kirche (Hrsg.)

Wehrmann, Ilse/Abel, Rolf Dieter

Von der Kindertagesstättenverwaltung zum Kindertagesstättenmanagement.

Bremen (2000); 220 S.

Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter -BAGLJÄ-, Köln

**Qualität in Kindertageseinrichtungen. Stellungnahme - beschlossen auf der
88. Arbeitstagung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter
vom 3. bis 5. Mai 2000 in Halle/Saale**

Köln (2000); 14 S.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bonn (Hrsg.)

Kinderbetreuung in Tagespflege. Tagesmütter-Handbuch. 3. Aufl.

Stuttgart: Kohlhammer (1997); 672 S.

ISBN 3-17-014444-8

Colberg-Schrader, Hedi

Tageseinrichtungen für Kinder als Teil einer Kultur des Aufwachsens.

In: Jugendwohl, Freiburg i. Br.: Lambertus; 80 (1999); Nr. 6-7

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Frankfurt/Main (Hrsg.)

Irskens, Beate/Vogt, Herbert (Hrsg.)

Qualität und Evaluation.

Eine Orientierung - nicht nur für Kindertageseinrichtungen.

Frankfurt/Main: Selbstverlag (2000); 190 S.

ISBN 3-17006828-8

Deutsches Institut für Urbanistik -Difu-, Berlin (Hrsg.)

Reidenbach, Michael

Kommunale Standards in der Diskussion.

Setzung und Abbau von Standards am Beispiel der Kindergärten.

Berlin (1996); 170 S.

ISBN: 3-88118-217-9

Deutsches Jugendinstitut e.V. -DJI-, (Hrsg.)

Hössl, Alfred/Kellermann, Doris/Lipski, Jens/Pelzer, Susanne (Hrsg.)

Kevin lieber im Hort oder zu Hause?

Eine Studie zur Nachmittagsbetreuung von Schulkindern.

München: DJI (1999); 159 S.

ISBN 3-87966-3882

Deutsches Jugendinstitut e.V. -DJI-, Regionale Außenstelle, Frankfurt/Main (Hrsg.)

Burbach, Michael/Hagemann, Ulrich/Kreß, Brigitta/Seehausen, Harald (Hrsg.)

Betriebliche Förderung von Kinderbetreuung. Das Frankfurter Modell.

Organisatorische, finanzielle und rechtliche Aspekte. 2. Aufl.

Frankfurt/Main (1997); 80 S.

Diller, Angelika

Der Bürgermeister als hauptamtlicher Kindergartenleiter –

Kitas zwischen gesellschaftlicher Aufwertung und politischer Demontage.

In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit,

Bonn: Arbeiterwohlfahrt; 50 (1999); Nr. 10

Diller, Angelika

Der Rechtsanspruch als trojanisches Pferd.

Von der Kindertageseinrichtung zurück zur Verwahranstalt?

In: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit,

Bonn: Arbeiterwohlfahrt; 49 (1998); Nr. 3

Dippelhofer-Stiem, Barbara

Institutionelle Erziehung im Vorschulalter. Zur Notwendigkeit einer

bildungspolitischen Diskussion und Zielbestimmung

In: Diskurs, München: DJI Verlag; 7 (1997); Nr. 2

Fthenakis, Wassilios E.

Kindergarten - eine Institution im Wandel.

Bremen: Ed. Temmen (2000); 112 S.

ISBN 3-8610-8660-3

Fthenakis, Wassilios E./Eirich, Hans (Hrsg.)

Erziehungsqualität im Kindergarten.

Forschungsergebnisse und Erfahrungen.

Freiburg i.Br.: Lambertus (1998); 200 S.

ISBN 3-7841-1106-8

Fthenakis, Wassilios E./Textor, Martin R. (Hrsg.)

Qualität von Kinderbetreuung.

Konzepte, Forschungsergebnisse, internationaler Vergleich.

Weinheim: Beltz (1998); 264 S.

ISBN 3-407-62373-9

Harms, Gerd

Auf dem Weg zu einem Bildungsauftrag von Kindertagesstätten.

Ein fachpolitischer Kommentar.

In: Diskurs, München: DJI Verlag; 8 (1998); Nr. 1

Herbert, Alexander

Kosten- und Leistungsrechnung in Kindertagesstätten.

Die Einführung betriebswirtschaftlicher Instrumente zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit.

Helsa: Goebel (1997)

ISBN 3-930985-07-1

Hintzsche, Burkhard

Erprobung neuer Angebote, Organisationsformen und Öffnungszeiten in Tageseinrichtungen für Kinder.

In: Eildienst. Städtetag Nordrhein-Westfalen, Köln; (2000); Nr. 6/7

Hintzsche, Burkhard

Wer bezahlt die Kinderbetreuung? Den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz und seine Folgen bewerten die Städte als ambivalent.

In: Demo. Demokratische Gemeinde, Bonn; 52 (2000); Nr. 7

Hoffmann, Hilmar (Hrsg.)

Studien zur Qualitätsentwicklung der Tageseinrichtungen für Kinder. Zwischen Fachlichkeit und semiprofessionellem Berufsethos.

Neuwied: Luchterhand (2001); 200 S.

ISBN 3-472-04164-1

Jestaedt, Matthias

Ein Grundrecht auf Kinderbetreuung? Überlegungen aus Anlass der Karlsruher Entscheidung zum Kinderleistungsausgleich.

In: Zentralblatt für Jugendrecht, Köln: Heymanns; 87 (2000); Nr. 8

Klug, Wolfgang

Trägerqualität in Kindertagesstätten.

Eine vernachlässigte Dimension der Qualitätssicherung.

In: Sozialmagazin, Weinheim: Juventa; 25 (2000); Nr. 3

Larrá, Franziska

Aspekte der Qualitätssicherung im Kindergarten.

In: Jugendwohl, Freiburg i.Br.: Lambertus; 79 (1998); Nr. 1

Liegle, Ludwig

Zwischen Familie und öffentlichen Institutionen.

Perspektiven der Kinderbetreuung.

In: Neue Praxis, Neuwied: Luchterhand; 28 (1998); Nr. 1

Mönch-Kalina, Sabine

**Förderung von Tageseinrichtungen für Kinder und
andere Angebote der Kinder- und Jugendhilfe.**

In: Beiträge zum Recht der sozialen Dienste und Einrichtungen (RsDE),

Köln: Heymanns (1998); Nr. 38

Moss, Peter

Qualitätsziele und Qualitätskonzepte in Systemen der Kindertagesbetreuung.

In: Forum Jugendhilfe, Bonn: Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe; (2000); Nr. 3

Näther, Jürgen

Die Kita-Card. Ein neues Modell zur Planung und

Finanzierung der Kindertagesbetreuung in Hamburg.

In: Jugendhilfe, Neuwied: Luchterhand; 38 (2000); Nr. 1

Oberhuemer, Pamela/Ulich, Michaela

Kinderbetreuung in Europa.

Tageseinrichtungen und pädagogisches Personal.

Weinheim: Beltz (1996); 316 S.;

ISBN 3-407-55789-2

Peetz, Erwin

**Verbesserung der außerfamiliären Kinderbetreuung durch mehr Markt und
weniger Staat? Ein Vorschlag und seine möglichen Auswirkungen.**

In: Theorie und Praxis der Sozialpädagogik TPS, (1997); Nr. 6

Pestalozzi-Fröbel-Verband -pfv-, Berlin (Hrsg.)

Kindergartenentwicklung. Profil trotz Finanzkrise.

Weinheim: Beltz (1998); 192 S.

ISBN 3-407-25201-3

Prott, Roger

Wie kann man mit Qualitätsentwicklung beginnen?

Einführung von Qualitätsstandards in der Kindertagesbetreuung.

In: Jugendhilfe, Neuwied: Luchterhand; 37 (1999); Nr. 6

Rauschenbach, Thomas

Kindertageseinrichtungen im System der sozialen Infrastruktur.

Perspektiven pädagogischen Handelns.

In: Zentralblatt für Jugendrecht, Köln: Heymanns; 87 (2000); Nr. 5

Rauschenbach, Thomas

Kitas auf dem Weg zu sozialen Dienstleistungszentren für Kinder und ihre Familien im Sozialraum. 4 Thesen.

In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit,
Bonn: Arbeiterwohlfahrt; 51 (2000); Nr. 10

Struck, Jutta/Wiesner, Reinhard

Elternbeiträge zum Besuch des Kindergartens.

In: Recht der Jugend und des Bildungswesens,
Neuwied: Luchterhand; 48 (2000); Nr. 2

Sturzbecher, Dietmar (Hrsg.)

Kindertagesbetreuung in Deutschland. Bilanzen und Perspektiven. Ein Beitrag zur Qualitätsdiskussion.

Freiburg i. Br.: Lambertus (1998); 324 S.
ISBN 3-7841-1077-0

Textor, Martin R.

Konzeption für die Vernetzung von Kindertageseinrichtungen und psychosozialen Diensten: ein Entwurf.

In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, Frankfurt/Main; 79 (1999); Nr. 12

Textor, Martin R.

Qualität der Kindertagesbetreuung: Ziele des Netzwerks Kinderbetreuung der Europäischen Kommission.

In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, Frankfurt/Main; 79 (1999); Nr. 1

Tietze, Wolfgang (Hrsg.)

Wie gut sind unsere Kindergärten? Eine Untersuchung zur pädagogischen Qualität in deutschen Kindergärten.

Neuwied: Luchterhand (1998); 413 S.
ISBN 3-472-02722-3

Verband Katholischer Tageseinrichtungen -KTK- Bundesverband e.V.,
Freiburg i. Br. (Hrsg.)

Wunderlich, Theresia/Hugoth, Matthias/Jansen, Frank

Themenwechsel. Die Zukunft lernt im Kindergarten.

Positionen und Impulse. (Dokumentation des Bundeskongresses vom 31. Mai bis 2. Juni 1999 in Stuttgart).

Freiburg i. Br.: (2000); 415 S.
ISBN 3-933383-04-8

Bezugsadresse: Verband Katholischer Tageseinrichtungen -KTK-
Bundesverband e.V., Karlstr. 40, 79104 Freiburg i. Br.

Wieners, Tanja

**Familiientypen und Formen außerfamiliärer Kinderbetreuung heute.
Vielfalt als Notwendigkeit und Chance.**

Opladen: Leske + Budrich (1999); 272 S.

ISBN 3-8100-2333-7